



BUILDING ALLIANCES

for a Europe of Solidarity

5. Kongress der Europäischen Linken
Berlin, 16.–18. Dezember 2016

Inhalt

Vorwort Gregor Gysi	2
Einleitung Judith Benda, Heinz Bierbaum, Claudia Haydt	4
Bernd Riexinger: Für ein solidarisches, sozial gerechtes, demokratisches und friedliches Europa	8
Alexis Tsipras: Es liegt an der Linken, Europa voranzubringen	12
Gregor Gysi: Wir Linken müssen wieder rebellischer werden	18
Europa neu gründen; neue progressive Bündnisse schaffen. Politisches Dokument des 5. EL-Kongresses 2016	28
Beschlüsse	58
Statut der Partei der Europäischen Linken (EL)	78
Organisation der Partei der Europäischen Linken (EL)	94



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

die Europäische Linke (EL) kam vom 16.-18. Dezember 2016 in Berlin zu Ihrem fünften Kongress zusammen. Diese Broschüre informiert über die Ergebnisse und Diskussionen des Kongresses und gibt einen Einblick in den Debattenstand in der EL. Auf Vieles haben wir uns in Berlin einigen können: unsere Konzeptionen für ein friedliches, soziales und ökologisch-nachhaltiges Europa sind weiter gediehen und wir haben unsere Analyse der gegenwärtigen Krise der Europäischen Union (EU) konkretisiert. Auch ist die EL weiter gewachsen – wir konnten auf dem Kongress neue Mitglieds-, Beobachter- und Partnerparteien begrüßen. Der Kongress hat mich zum Präsidenten der EL gewählt, Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten wurden Maite Mola, Margarita Mileva, Pierre Laurent und Paolo Ferrero.

Die EU steht am Scheideweg: macht sie so weiter wie bisher, kann sie untergehen. Sie ist unsolidarisch, unsozial, nicht demokratisch genug, ökologisch nicht nachhaltig, intransparent und wird zunehmend militärischer. Ich werbe als Präsident der Europäischen Linken für einen grundlegenden Neustart der EU – in diesem Sinne hat sich auch die EL auf dem Kongress positioniert. Das in dieser Broschüre wiedergegebene Politische Dokument „Europa neu gründen; neue, progressive Bündnisse schaffen“ analysiert die Sollbruchstellen der EU und zeigt Möglichkeiten auf, wie es der Linken gelingen kann, Wege hin zu einem demo-

kratischen, sozialen und ökologisch nachhaltigen Europa zu eröffnen.

Diesen Neustart hinzubekommen, ist wesentlich schwerer, als die EU zu zerstören – was der Agenda der Rechten entspricht. Wir haben da eine große Verantwortung, aber wir können diese Aufgabe niemals alleine schaffen. Deswegen ist der Einsatz für die Schaffung progressiver Bündnisse so wichtig und hier werden wir 2017 viel Kraft investieren: Am 11. und 12. November wird in Marseilles ein Forum stattfinden, bei dem ein großes Spektrum demokratischer Gruppen gemeinsam mit der EL über die Zukunftsfragen Europas diskutiert.

Es liegt es in unserer Verantwortung, die bestehenden Kräfteverhältnisse zu ändern, nicht nur in den einzelnen europäischen Ländern, sondern im gesamteuropäischen Rahmen. Voraussetzung dafür ist, dass wir als Linke das Vertrauen der Menschen gewinnen und uns als Gegengewicht der Rechtsentwicklung in Europa etablieren.

Der Berliner Kongress der EL hat sich all diesen Fragen gestellt. Ich wünsche Ihnen und euch viel Spaß bei der Lektüre.

Mit herzlichen
und solidarischen Grüßen



Gregor Gysi,
Präsident der Partei
der Europäischen Linken



Der 5. Kongress der Partei der Europäischen Linken

Vom 16.-18. Dezember 2016 fand in Berlin der 5. Kongress der Partei der Europäischen Linken (EL) statt. Dabei ging es zum einen um die politische Ausrichtung der Europäischen Linken, zum anderen um eine Neubesetzung der Führungsspitze. Zum neuen Präsidenten wurde Gregor Gysi gewählt. Gysi löst damit den sechs

Jahre lang amtierenden Präsidenten Pierre Laurent von der französischen kommunistischen Partei ab, der allerdings als einer der vier Vizepräsidenten in der Führung der EL bleibt. Mit Gysi als einem der bekanntesten Politiker der Linken besteht die Chance, die EL gesellschaftlich sichtbarer zu machen.

Weitere VizepräsidentInnen neben Pierre Laurent sind Maite Mola (Izquierda Unida, Spanien), Margarita Mileva (Bulgarische Linke) und Paolo Ferrero (Rifondazione Comunista, Italien). Als Schatzmeisterin wurde Brigitte Berthouzoz (Partei der Arbeit, Schweiz) gewählt und löst somit Diether Dehm ab. DIE LINKE ist im Vorstand weiterhin mit Judith Benda und Claudia Haydt vertreten. Neu eingerichtet wurde ein vom Vorstand gewähltes politisches Sekretariat, in dem für DIE LINKE Heinz Bierbaum vertreten ist.

In der Debatte war auch die (in der EL nicht neue) Forderung nach einer quotierten Doppelspitze. Das feministische Netzwerk der EL, ELFem, und auch der Bundesausschuss unserer Partei hatten im Vorfeld Beschlüsse zum Thema gefasst und darauf gedrängt, die notwendigen Anpassungen im EL-Statut vorzunehmen. Bis zu den nächsten Wahlen der Europäischen Linken soll ein Vorschlag zur Satzungsänderung hin zu einer möglichen Doppelspitze des EL-Vorsitzes erarbeitet werden.

Die inhaltlichen Schwerpunkte des Kongresses sind in einem Politischen Dokument festgehalten (S.28 ff.). Dieses Dokument ist das Ergebnis eines breiten und intensiven Diskussionsprozesses unter den Mitgliedsparteien. Ausgangspunkt ist eine äußerst kritische Beschreibung des Zustandes der Europäischen Union, die - so das Dokument - sich in der schwersten Krise seit ihrem Bestehen befindet und zu kollabieren droht. Dabei wird der Brexit als historischer Wendepunkt in der Europäischen Union bezeichnet. Es wird ein enger Zusammenhang mit der

systemischen Krise des Kapitalismus von 2008 hergestellt. Als neue Elemente seit dem letzten Kongress 2013 in Madrid werden die Europa erfassenden kriegerischen Auseinandersetzungen mit Verweis auf Ukraine und auf Syrien, die sich verschlimmernde ökologische Krise vor allem durch den Klimawandel und die Herausforderungen für die Zivilgesellschaft ausgemacht, die durch die Wahl Donald Trumps entstehen. Es werden die Folgen der neoliberalen europäischen Austeritätspolitik beschrieben, die zu ökonomischen Ungleichgewichten und sozialer Verelendung führen und insgesamt die demokratische Entwicklung bedrohen. Besondere Schwerpunkte stellen die Darstellung der politischen Krise mit dem Aufstieg der extremen Rechten und die Migranten- und Flüchtlingsfrage dar. Zusammenfassend wird festgestellt, dass Europa in eine neue historische Periode eintritt. Wenn die Politik nicht grundlegend geändert werde, stehe Europa vor dem Dilemma, dass das ganze Gebäude zerfällt oder aber im Sumpf der Austerität mit Massenarbeitslosigkeit versinkt.

Dagegen setzt die EL auf eine über den Kapitalismus hinausweisende sozialistische Perspektive und befürwortet einen Sozialvertrag für Souveränität und Solidarität unter den europäischen Völkern. Mit der hinter dem Vertrag von Lissabon stehenden Logik soll gebrochen und ein Pakt für neues Entwicklungsmodell geschlossen werden. Dieses Modell beinhaltet eine Restrukturierung der Wirtschaft mit öffentlichen Investitionen zur Schaffung sozialer und ökologisch nachhaltigen Arbeitsplätzen. Es soll demokra-

tisch unter Einbeziehung der Mitgliedsstaaten der EU entwickelt werden. Die Finanzierung soll über die Europäische Zentralbank (EZB) sichergestellt werden. Überhaupt soll die EZB auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und nachhaltige ökologische Entwicklung verpflichtet werden. Gefordert wird weiter eine Wende in der Energiepolitik, um den CO₂-Ausstoß drastisch zu mindern. Dem Sozialdumping wird der Kampf angesagt. Gefordert wird eine Verkürzung der Arbeitszeit im Interesse der Minderung der Arbeitslosigkeit, insbesondere bei der Jugend.

Einen zentralen Punkt stellt der Kampf gegen Militarisierung der EU und der Einsatz für eine Politik des Friedens dar. Harte Kritik wird an der aggressiven Politik der NATO geübt und deren Auflösung gefordert. Diplomatische Initiativen für politische Lösungen für die Konflikte in der Ukraine und im Nahen Osten sollen ergriffen werden. Die EL tritt für einen nachhaltigen Frieden zwischen Israel und Palästina unter Anwendung der UN-Resolutionen ein. Sie unterstützt die Polisario als Vertretung der Sahrauis in ihrer Forderung nach Selbstbestimmung und Unabhängigkeit ebenso wie die Bemühungen um eine Lösung der Zypernfrage.

Seitens der deutschen Delegation wurden Anträge für Frieden und Abrüstung, gegen die Militarisierung Europas, zur Situation in der Türkei und Kolumbien, sowie zu den G20-Protesten in Hamburg eingebracht. Unter den Anträgen ist insbesondere auch der Antrag zur Durchführung einer feministischen Karawane in Europa hervorzuheben, der maßgeblich von deutschen ELFem -Aktivistinnen

entwickelt wurde und Schwerpunkt des sehr gut besuchten Frauenplenums war, welches vor dem eigentlichen Kongress unter dem Motto „Building feminist alliances“ stattfand. Knapp 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern hörten die HDP-Abgeordneten Tugba Hezer und die stimmungsvollen und motivierenden Liedern von Gina und Frauke Pietsch und befassten sich in Kleingruppen mit den vorgeschlagenen drei Säulen der Karawane (Arbeit/Erwerbslosigkeit, Familienpolitik /sexuelle Selbstbestimmung und Vielfalt, Militarisierung).

Der Kongress stand unter dem Motto „Building Alliances for a Europe of Solidarity“. Damit wird die zentrale Zielsetzung markiert: Die Schaffung einer breiten Allianz, die für ein anderes Europa, ein demokratisches, soziales, ökologisches und friedliches Europa eintritt. Denn um eine Änderung der europäischen Politik zu erreichen, ist eine Veränderung des Kräfteverhältnisses unabdingbar. So ist denn auch einer der zentralen Beschlüsse die Durchführung eines jährlichen politischen Forums, das offen für alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte sein soll. Damit sollen sowohl die linken Parteien, die wie z.B. die portugiesische kommunistische Partei nicht in der EL organisiert sind, als auch soziale Bewegungen, Gewerkschaften und progressive Kräfte in der Sozialdemokratie und den Grünen angesprochen werden. Dabei kann an Erfahrungen angeknüpft werden, die beim von der EL organisierten „Forum der Alternativen“ in Paris oder beim „Foro del Sur“ in Barcelona letztes Jahr gemacht wurden. Das erste derartige Forum soll

nächstes Jahr im Herbst in Marseille stattfinden.

Auf dem Kongress selbst waren zahlreiche Vertreter von linken Parteien und Bewegungen aus der ganzen Welt zu Gast. Das wohl größte Medieninteresse galt dem Ministerpräsident Griechenlands, Alexis Tsipras. Besonders eng ist die Kooperation der EL mit dem Foro de Sao Paulo (FSP), dem wichtigsten Treffen der progressiven Kräfte in Lateinamerika und in der Karibik. So wurde unmittelbar vor dem Kongress ein zweitägiges Seminar über gemeinsame Perspektiven der EL und des FSP durchgeführt. Teilgenommen haben hochrangige Vertreter der lateinamerikanischen Linken, darunter auch Monica Valente (PT Brasilien), die Koordinatorin des FSP.

Mit dem Berliner Kongress will die EL eine neue Phase ihrer Entwicklung einleiten. Nach Gründung und Konsolidierung sollen nun das politische Profil geschärft und die Wirksamkeit der EL erhöht werden. Weitgehend übereinstimmend wurde festgestellt, dass die EL nicht nur angesichts des Aufstiegs der extremen Rechten ins Hintertreffen zu geraten droht, sondern auch in der Debatte der Linken insgesamt über Inhalt und Ausrichtung europäischer Politik zu wenig präsent ist. Die europäische Linke muss sich als politische Alternative sowohl gegenüber der neoliberalen Politik der herrschenden Eliten als auch gegenüber der nationalistischen und rassistischen Politik der extremen Rechten profilieren.

Im Verlauf der letzten Jahre hat sich die Debatte um linke europäische Politik intensiviert. Die Kritik an der EU, ihren ver-

traglichen Grundlagen und Institutionen ist schärfer geworden. Immer weniger wird eine Reform der EU für möglich und immer mehr wird daher ein Neustart für erforderlich gehalten. Auch von links gibt es - wie in Portugal - vermehrt Stimmen, die einen Bruch mit der EU propagieren. Besonders intensiv ist die Debatte um die Zukunft des Euro, wobei vielfach der Austritt aus der Eurozone oder aber der Ersatz des Euro durch ein anderes Währungssystem gefordert wird. In dieser Debatte ist die EL nur wenig sichtbar. Will die EL aber politisch wirksamer werden, muss sie sich in dieser politisch-programmatischen Auseinandersetzung sehr viel stärker engagieren und möglichst selbst dafür Plattform sein. Gerade in der sich immer weiter zuspitzenden Situation in Europa muss es der Partei der Europäischen Linken gelingen, sich stärker politisch zu profilieren, sichtbarer werden und zum Motor und Plattform einer breiten Bewegung der linken und progressiven Kräfte in Europa zu werden. Dafür sollte der Berliner Kongress mit seiner inhaltlichen Ausrichtung, den beschlossenen Strukturveränderungen und der personellen Neubesetzung das Signal geben. Ob dies gelingt, wird die weitere Entwicklung zeigen müssen.

Judith Benda,

Mitglied des Vorstandes der EL

Heinz Bierbaum,

Mitglied des Politischen Sekretariats der EL

Claudia Haydt,

Mitglied des Vorstandes der EL



Grußwort von Bernd Riexinger auf dem
Fünften Kongress der Partei der Europäischen Linken am 16. Dezember 2016

Für ein solidarisches,
sozial gerechtes,
demokratisches und
friedliches Europa

Liebe Genossinnen und Genossen!

Das Jahr neigt sich dem Ende zu. Und es ist zweifelsohne ein historisches Jahr. Die Wahl von Donald Trump bedeutet eine politische Zäsur! In der größten Macht der Welt wurde ein Präsident gewählt, der offen nationalistisch und rassistisch ist. Derzeit stellt er ein Horrorkabinett von rechtsextremen Vordenkern, Multimillionären und neoliberalen Hardlinern zusammen. Er wird seine Versprechen, sichere Arbeitsplätze in der Industrie zu schaffen, brechen und versuchen, dies mit einer autoritären Politik und Rassismus zu übertünchen. Das ist sehr gefährlich. Er will nicht, wie einige fälschlicherweise denken, die Nato auflösen. Er will, dass die anderen Nato-Staaten mehr für die Kriegseinsätze tun und zahlen.

Und was liebe Genossinnen und Genossen war die erste Reaktion aus EU-Kreisen und der deutschen Bundesregierung auf die Wahl von Trump? Der Vorstoß zur Einführung einer europäischen Armee! Als europäische Linke werden wir weiter gegen die Militarisierung der europäischen Außenpolitik und für ein Europa des Friedens kämpfen!

Auf der ganzen Welt machen sich Millionen Menschen Sorgen angesichts des Aufstiegs der Rechtspopulisten. Hunderttausende engagieren sich gegen rechts. Und sie haben Recht! In vielen europäischen Ländern erleben wir den Aufstieg rechter Hetzer, rechtspopulistischer bis neofaschistischer Kräfte. Sie machen Stimmung gegen MigrantInnen, Muslime und gegen die Errungenschaften der Frauenbewegung. Die Linke in Europa hat

in den 1920er und 1930er Jahren die Gefahr unterschätzt, die in den großen Krisen des Kapitalismus von einer autoritären Veränderung der Herrschaft ausgeht. Wir haben aus diesem Fehler gelernt!

Heute, liebe Genossinnen und Genossen sind wir uns der historischen Verantwortung bewusst, die in dieser gefährlichen Situation der Linken zukommt: Die europäische Linke nimmt diese Herausforderung an: Wir werden Europa nicht den Le Pens, Hofers, Orbans und Petris überlassen!

Jetzt wird nach der Wahl Trumps von Frau Merkel als letzte Hoffnung für ein menschliches Europa beschworen. Wenn die Demokratie sich an solche Hoffnung klammern müsste, dann wäre sie verloren! Es ist doch die deutsche Bundesregierung, die sich weigert zur Kenntnis zu nehmen, welche verheerenden Folgen ihre Kürzungsdiktate für die Menschen in Europa haben. Es war doch die deutsche Regierung, die die demokratisch gewählte linke Regierung in Griechenland erpresst hat!

Es ist doch Frau Merkel, die erst den schmutzigen Deal mit Erdogan eingefädelt hat – und sich jetzt ach so machtlos zeigt, wenn eben dieser Erdogan ein autoritäres Regime errichtet und Krieg gegen die Kurden führt. Als europäische Linke werden wir weiter Solidarität zeigen mit allen politischen Verfolgten und unseren Genossinnen und Genossen von der Türkei! Wir fordern die sofortige Freilassung von Selahattin Demirtas und Figen Yücekdag!

Diese EU ist unsozial und keineswegs demokratisch! Die neoliberale Politik

der Wettbewerbsfähigkeit zerstört die Zukunftsperspektiven junger Menschen, die keine Arbeit finden!

Das neoliberale Projekt einer EU der Standortkonkurrenz, des Sozialabbaus und der prekären Arbeit steckt in einer existentiellen Krise: Obwohl die EZB die Märkte flutet, stagniert die Wirtschaft. Millionen Menschen in Europa finden keine Arbeit oder können von ihrer prekären Arbeit zu Niedriglöhnen nicht leben. Solange die europäische Politik den Interessen der deutschen Exportindustrie, der Großkonzerne und Banken untergeordnet wird, werden die Krisen und Zerfallsprozesse der EU weitergehen.

Die politischen Kräfte des Neoliberalismus in Europa – von den konservativen Parteien bis hin zu weiten Teilen der Sozialdemokratie – sie haben bis heute nicht verstanden, dass es ihre Politik ist und diese EU, die den Rechten den Nährboden bereitet. Die Demokratie steckt in einer tiefen Krise, weil der neoliberale Kapitalismus die gesellschaftlichen Grundlagen der Demokratie zerstört.

Jetzt droht Wolfgang Schäuble wieder der demokratisch gewählten griechischen Regierung. Im Europa der Wettbewerbsfähigkeit sollen 1,6 Millionen Rentnerinnen und Rentner in Griechenland lieber frieren und manche Familien an Weihnachten hungern als das Herr Schäuble es zulässt, dass es eine Einmalzahlung auf die Renten von durchschnittlich 380 Euro gibt. Das ist Gegenteil eines solidarischen Europas! Das ist zynisch und menschenverachtend!

Es ist unerträglich, wie Sie Herr Schäuble sich in die Angelegenheiten des ge-

wählten griechischen Parlaments einmischen!

Und: Es nicht im Interesse der Bevölkerung in Deutschland, wenn Schäuble die Menschen in Europa demütigt.

Die einseitige Exportorientierung der deutschen Wirtschaft führt zu De-Industrialisierung, Verschuldung und Massenarbeitslosigkeit in weiten Teilen der EU. Sie geht auch zu Lasten der Beschäftigten in Deutschland. Die Folge sind prekäre Arbeit, Niedriglohn und Dauerstress. Als deutsche LINKE sind wir uns unserer Verantwortung bewusst – wir kämpfen für einen wirklichen Politikwechsel hin zu sozialer Gerechtigkeit in Deutschland und für ein Ende der verheerenden Austeritätspolitik hier und in Europa!

Liebe Genossinnen und Genossen! Die Rechten wollen Nationalismus an die Stelle Europas setzen, das ist brandgefährlich. Die europäische Linke steht für eine klare Alternative: Die Linke kämpft für ein Europa der Solidarität, der Gerechtigkeit und der Demokratie. Und gerade deswegen wollen wir diese Europa grundlegend verändern!

Wer den Rechtsruck stoppen will und wer will, dass Europa einen sozialen, demokratischen, ökologischen Weg aus der tiefsten Krise seit vielen Jahrzehnten findet – der, liebe Genossinnen und Genossen, muss den Superreichen und der neoliberalen politischen Klasse den Kampf ansagen!

Lasst uns immer wieder deutlich machen, dass die Interessen der Lohnabhängigen über alle Grenzen hinweg gemeinsame sind. Die Grenzen verlaufen zwischen den Klassen, zwischen oben und unten,

und nicht zwischen drinnen und draußen, wie es die Rechten behaupten.

Liebe Genossinnen und Genossen, in dieser gefährlichen, aber auch offenen gesellschaftlichen Situation stehen wir mit unserem Kongress vor großen Herausforderungen, von denen ich drei kurz in unsere Diskussion bringen will:

Es braucht ein neues Verhältnis und eine stärkere Verbindung von unseren Kämpfen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene. Nur wenn es gelingt, den Kampf um ein anderes Europa als eine Vielzahl von Kämpfen um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen der Mehrheit der Menschen in Europa zu führen, können die gesellschaftlichen Kräfte für einen Bruch mit dem Neoliberalismus entstehen.

Ohne konkrete (!) Alternativen zur Standortkonkurrenz und neoliberalen Handels- und Investitionspolitik lässt sich keine linke Hegemonie in Europa gewinnen. Wir müssen unsere Diskussion zur einer anderen europäischen Wirtschafts- und Industriepolitik weiterführen und eine konkrete Perspektive einer Demokratisierung der Wirtschaft entwickeln.

So wichtig programmatische Debatten über die Ausgestaltung eines sozialen und demokratischen Neustarts der EU sind: Entscheidend ist, dass die Europäische Linke konkreten »Gebrauchswert« für die Europäisierung gewerkschaftlicher Kämpfe und sozialer Bewegungen entwickelt. Dafür müssen wir gemeinsam an einer neuen politischen Kultur einer organisierenden und verbindenden Europäischen Linken arbeiten.

Die Hoffnung für ein soziales und demokratisches Europa ist nicht Angela

Merkel, sondern die Hoffnung sind die vielen Menschen, die gegen das TTIP aktiv geworden sind. Die Hoffnung für ein soziales Europa sind auch die vielen jungen Menschen, die in Frankreich gegen die autoritäre Durchsetzung der Arbeitsmarktreform von Hollande wochenlang demonstriert und gestreikt haben. Die Hoffnung für ein solidarisches Europa sind die Hunderttausenden, die sich für Geflüchtete und gegen die rechte Gefahr engagieren. Die Hoffnung für Europa kommt auch von den Millionen Menschen, die nicht mehr bereit sind, einer neoliberalen Elite zu folgen – wie zuletzt in Italien, wo die undemokratische Verfassungsreform von Renzi scheiterte.

Die Hoffnung für Europa sind auch die starken Linksparteien, gerade in Portugal, Griechenland, Spanien, Irland und Slowenien – und in vielen anderen Ländern. Die Hoffnung sind Regierungen mit starker linker Beteiligung, die der neoliberalen Hegemonie trotzen. Die Hoffnung für Europa ist auch Jeremy Corbyn – und leider nicht Sigmar Gabriel.

Als europäische Linke wollen wir uns mit allen politischen und gesellschaftlichen Kräften verbinden, die mit dem Neoliberalismus brechen wollen und für ein solidarisches, sozial gerechtes, demokratisches und friedliches Europa eintreten. Das Ziel dieses Kongresses ist es, gemeinsam zu diskutieren, wie wir solche Allianzen für ein Europa auf den Weg bringen können. Ich wünsche euch und uns allen viel Erfolg dabei, ein produktives Wochenende mit guten Diskussionen – und bei aller Arbeit auch Zeit für den persönlichen Austausch!



Rede von Alexis Tsipras, Ministerpräsident von Griechenland
auf dem 5. Kongress der Partei der Europäischen Linken am 17. Dezember 2016

Es liegt an der Linken, Europa voranzubringen

Genossen und Freunde seit vielen Jahren und in vielen Kämpfen,

Ich freue mich sehr, heute hier zu sein, zurück in meiner politischen Heimat. Unter Genossen zu sein, mit denen ich die schwierige, aber aufregende Reise vom Gründungskongress in Rom im Mai 2004 bis zum 5. Kongress der Europäischen Linken in Berlin dieser Tage gemeinsam unternommen habe. In der Stadt, die das Zeichen des Kampfes von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sichtbar trägt.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, Das Herz der europäischen Linken schlägt in dieser Stadt, in diesem Raum. Denn dieser Kongress wird die politische Dynamik der europäischen Linken stärken.

Und lasst mich in diesem Moment auch die Arbeit, die Pierre Laurent als Präsident unserer Partei in den vergangenen sechs Jahren geleistet hat, hervorheben. Wir verdanken ihm sehr viel. Wir teilen mit Pierre die Auffassung, dass die Linke eine politische Kraft ist, die kraftvoll aufgestellt ist und kämpft. Sie ist keine politische Kraft, die zurückweicht.

Wir teilen ebenfalls die Auffassung, dass in schwierigen Zeiten, und besonders, wenn die Linke mit dem Mandat des Volkes betraut ist, sie keine andere Möglichkeit hat – wie schwierig das auch sein mag – sich dieses Mandats als würdig zu erweisen. Sich nicht der Bürde ihrer politischen Verantwortung zu entziehen. Die Linke kann sich nicht dafür entscheiden, das Volk in die Hände der konservativen

Kräfte zu geben. Die Linke kann sich nicht dafür entscheiden, vor der Geschichte zu fliehen.

Und genau das war unsere schwierige Entscheidung im Sommer 2015. Und das griechische Volk rechtfertigte diese Entscheidung in den darauf folgenden Wahlen im September und erneuerte sein Vertrauen und sein Mandat für uns.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte euch auch persönlich allen danken, dass ihr mich, vor drei Jahren, mit eurem Vertrauen geehrt habt, als Kandidat der Europäischen Linken für die Europäische Kommission anzutreten. Als wir uns entschlossen haben, die Initiative zu ergreifen und uns für die Bürger zu öffnen, die vorher niemals daran gedacht hatten, für die Linke zu stimmen. Als wir uns entschlossen haben, neue gesellschaftliche Allianzen aufzubauen und auf andere progressive politische Kräfte zuzugehen.

Das war ein Erfolg, auf dem wir aufgebaut haben und auch weiterhin aufbauen müssen. Weil wir mit anti-neoliberalen und progressiven politischen Kräften in einem ständigen Dialog bleiben und alle Formen der Kooperation ausschöpfen müssen. Wir müssen zusammenarbeiten und die Bedrohung und Entstehung der extremen und populistischen Rechten aufhalten.

Ein notwendiger erster Schritt in diese Richtung wäre die Einrichtung eines permanenten jährlichen Forums aller progressiven Kräfte in Europa. Eines Forums, das mögliche Politikfelder für eine Annäherung und Formen der

politischen Koordinierung ausloten könnte.

Genossen und Freunde,
Europa ist nicht nur an einem schwierigen Scheideweg angelangt, wie wir es bis vor kurzem noch gesagt haben. Europa steht tatsächlich kurz davor, den Rubikon zu überschreiten. Die dunklen Kräfte der Vergangenheit erheben Anspruch auf die Gegenwart. Und sie tun es auf dem fruchtbaren politischen Boden des Versagens des neoliberalen politischen Establishment Europas, die ökonomische, Flüchtlings- und Sicherheitskrise effektiv zu lösen. Das drohende Erstarken des populistischen Nationalismus ist das politische Resultat der Politik der offenen Grenzen für die Austerität aber der geschlossenen Grenzen für Flüchtlinge und Asylsuchende.

Weil das Fehlen von Solidarität, der Rückzug auf eine enge nationalstaatliche Logik mit einer »nicht-vor-meiner-Haus-tür«-Mentalität, Euroskeptizismus und Nationalismus gebaren. Der Rückfall in absurde gegeneinander gerichtete Stereotypen, – BürgerInnen Europas gegen BürgerInnen Europas und besonders gegen Europas Süden – gebaren Teilung und Populismus.

Daher war der Neoliberalismus für uns das politische Sprungbrett für die nationalistische Rechte. Und daher ist die Rechte keine Alternative zur extremen Rechten und kann dies niemals sein. Die Zeit für entschlossenes Handeln ist jetzt gekommen. Es ist an uns, der Europäischen Linken, die politische Initiative für eine progressive Alternative zum Natio-

nalismus und zur extremen Rechten zu ergreifen.

Wir müssen breite politische und soziale Bündnisse als eine glaubwürdige Anti-Establishment-Alternative für unsere Bürger bilden und damit die extreme Rechte in ganz Europa aufhalten. Aus diesem Grunde muss die europäische Sozialdemokratie ihrer historischen Verantwortung gerecht werden. Um dem neoliberalen Konsens ein Ende zu setzen.

Wir brauchen die Teilnahme aller demokratischen und progressiven Kräfte. Wir brauchen ein öffentliches Aufwachen und öffentliche Aktionen, um das Europa von Massenarbeitslosigkeit, sich ausbreitender Armut und Ungleichheit, von Sozialdumping und geringer öffentlicher Investitionen zu beenden. Die demokratische, soziale und ökologische Neugründung Europas ist natürlich nicht das exklusive Recht nur einer politischen Kraft. Sie bedarf der kollektiven Anstrengung aller progressiven Kräfte.

In diesem für Europa kritischen Moment – lasst mich ein paar Worte über mein Land sagen – kämpft Griechenland um die Beendigung der Austerität und den Austritt aus den neoliberalen Memoranden der sozialen Ungerechtigkeit und Entbehrung. Wir haben die Rezession beendet, in diesem Jahr hat unsere Wirtschaft bereits eine entscheidende Wende in Richtung Erholung und Wachstum gemacht. Aber Wachstum allein ist nicht genug. Die entscheidende Frage ist: Wachstum für wen? Wir haben die Antwort bereits gegeben: Wir müssen Institutionen schaffen, die die Vertei-

lung eines fairen Anteils des produzierten Reichtums an die gesellschaftliche Mehrheit sicherstellen. Und aus genau diesem Grund ist es so wichtig, in meinem Land, in Griechenland, für die Wiedereinsetzung von Tarifverhandlungen in Übereinstimmung mit dem Europäischen *acquis* zu kämpfen.

Unsere Gläubiger – besonders der IWF – müssen begreifen, dass der Ausnahmezustand auf dem griechischen Arbeitsmarkt nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Das ist einer der wichtigsten, vielleicht der Hauptgrund dafür, dass eine linke Regierung stark bleiben muss – besonders jetzt, wo die Rezession vorüber ist. Und wir werden hier stark bleiben.

Unsere Gläubiger müssen immer bedenken, dass das griechische Volk genug Opfer gebracht hat und es jetzt an der Zeit ist, dass sie ihre Verpflichtungen erfüllen.

In diesem Kontext haben wir, als eine linke Regierung, die politische Entscheidung getroffen, diejenigen, die eine geringe Rente erhalten und in all diesen Jahren an der Schwelle zur Armut standen, für ihre Opfer zu entschädigen, wir haben Kinder in Gegenden mit geringem Einkommen mit Schulessen versorgt, und wir haben die Erhöhung der Mehrwertsteuer für all die Inseln eingefroren, die jeden Tag die Bürden der Migration für Europa tragen.

Wir haben diese Gesetze initiiert, ohne unsere europäischen Verpflichtungen zu gefährden. Sie werden aus den Überschüssen der öffentlichen Einnahmen dieses Jahres finanziert. Wir sind ent-

schlossen, die Rechte des griechischen Volkes zu verteidigen – insbesondere die der Armen, der Geringverdienenden und der Arbeitslosen. Daher werden wir unser Volk niemals den Ja-Sagern überlassen, denen, die Griechenland noch viele Jahre in der Zwangsjacke der Austerität halten wollen.

Wir haben unsere Verpflichtungen erfüllt, jetzt müssen unsere Gläubiger ihren Teil leisten! Und der besteht nicht nur in ihrer Verpflichtung, kurzfristige Maßnahmen gegen die Schulden umzusetzen, sondern gleichzeitig die Diskussion über die mittelfristige Verringerung der primären Überschussziele zu eröffnen.

Griechenland wird seine Ziele programmgemäß erreichen, aber wir werden die Logik ewiger Austerität, die die griechische Gesellschaft zerstört, nicht akzeptieren. Eine Logik, die letzten Endes den europäischen Partner schwächt, der DIE Säule für Frieden und Stabilität in einer Region wachsender Spannung und Konflikte ist. Ein Partner, der an der Frontlinie Europas den großen Migrationsdruck, dem wir alle ausgesetzt sind, auf der Grundlage des Völkerrechts bewältigen muss. Und der auch ein entscheidender strategischer Partner ist, der tagtäglich um die Erhaltung des Gleichgewichts in den europäisch-türkischen Beziehungen kämpft.

Er ist auch gleichzeitig ein Partner, der Bestrebungen für eine gerechte und realisierbare Lösung der Zypern-Krise auf der Grundlage der Resolutionen des UN-Sicherheitsrates unterstützt. Eine Lösung in der Zypernfrage, die letztlich ALLEN Menschen in Zypern – sowohl griechischen,

als auch türkischen Zyprioten – erlaubt, ohne ausländische Truppen, ohne das koloniale System von Garantien und, am allerwichtigsten, ohne Furcht zusammen zu leben.

Genossen und Freunde,

ich fühle mich sehr geehrt, bei euch zu sein und meine Gedanken mit euch zu teilen. Ich bin mir sehr gewiss, dass dieser Kongress ein Wendepunkt für die Europäische Linke sein wird, weil hier ein neues Führungsgremien gewählt wird und die politische Basis unserer europäischen Partei erweitert wird. Auch wegen der Vorschläge, ihre politische Rolle aufzuwerten. Und lasst mich sagen, dass ich mich sehr

freue Gregor Gysi meine volle Unterstützung für die Führungsposition in unserer Partei auszudrücken. Er ist eine sehr wichtige Figur der Europäischen Linken, und ich bin sicher, dass er eine neue Dynamik in unser gemeinsames Projekt bringen wird.

Zum Schluss möchte ich noch einmal eure anhaltende und entscheidende Solidarität und politische Unterstützung für den Kampf des griechischen Volkes ausdrücklich würdigen. Ich danke euch allen für die Unterstützung. Kämpft weiter. Wenn das Rad der Geschichte sich zurückdreht, ist es an der Linken, Europa nach vorne zu bewegen.

Ich danke euch sehr.





Rede von Gregor Gysi auf dem Fünften Kongress der Partei der Europäischen Linken in Berlin nach seiner Wahl zum Präsidenten am 17. Dezember 2016

Wir Linken müssen wieder rebellischer werden

Liebe Genossinnen und Genossen,

ehrlich gesagt, eine Einzelabstimmung hätte mich auch nicht gestört. Aber so geht es auch.

Ich bedanke mich für das Vertrauen, das ihr mir gegeben habt, das ihr Margareta Mileva, das ihr Maite Mola, das ihr Paolo Ferrero und Pierre Laurent gegeben habt. Herzlichen Dank!

Auf jeden Fall beginnt für mich schon wieder ein neuer Lebensabschnitt. Aber das macht nichts. Jetzt freue ich mich darauf, als Präsident der Partei der Europäischen Linken europaweit wirken zu können.

Als unsere Partei gegründet wurde, war ihr erster Vorsitzender Fausto Bertinotti, der eine Menge geleistet hat. Danach war es Lothar Bisky, der viel getan hat für diese europäische Partei und leider viel zu früh von uns gegangen ist. Und dann hat Pierre Laurent sechs Jahre hart gearbeitet, um Strukturen zu schaffen, die wir jetzt nutzen können.

Wir haben eine Europäische Union, die in einer tiefen Krise steckt, sie steht in einem desolaten Zustand. Die Rechtspopulisten gewinnen an Einfluss. Es gibt einen Rechtsruck in den USA und in Europa. Das ist eine Herausforderung, nicht nur – aber gerade auch für die Linke. Wir haben in Österreich erlebt, dass der rechtspopulistische Kandidat nicht gewählt wurde, sondern der andere. Viele beruhigt das. Ich freue mich auch darüber, aber mich beruhigt das überhaupt nicht. Es war ein Unterschied von anderthalb Prozent. Wie schnell kann der schmelzen. Wir dürfen

uns nicht zurücklehnen. Wir müssen den Kampf gegen rechts ernst nehmen in ganz Europa. In Italien gab es ein Votum, das mich sehr beruhigt hat, weil die Verfassungsreform einen Demokratieabbau bedeutet hätte und das hat eine deutliche Mehrheit der italienischen Bevölkerung zurückgewiesen. Trotzdem, wir haben die tiefste Krise der EU seit ihrer Gründung vor fast 60 Jahren.

Erstens: Die Europäische Union ist unsozial. Die Kluft zwischen Armut und Reichtum wird überall größer. Wir dürfen es nicht vergessen und müssen es immer wieder sagen: Die 62 reichsten Menschen auf der Erde sind genauso vermögend wie die finanziell untere Hälfte der Weltbevölkerung, das heißt wie 3,6 Milliarden Menschen. Man muss sich das mal überlegen: 62 Menschen und 3,6 Milliarden Menschen besitzen das Gleiche. Das ist absolut abenteuerlich und unverschämt. Und interessant ist, dass 2010 die 388 reichsten Personen so viel besaßen wie die finanzielle untere Hälfte der Weltbevölkerung. Was ist in den fünf Jahren geschehen? Das Vermögen der 62 Reichsten ist um eine halbe Milliarde angestiegen. Und das Vermögen der 3,6 Milliarden Menschen, die zur unteren finanziellen Hälfte gehören, ist um eine Billion US-Dollar gesunken. Sie haben 41 Prozent ihres Vermögens verloren. Wir haben keine Zeit, wo sich das allmählich angleicht. Im Gegenteil. Wir haben eine Zeit, wo es immer weiter auseinandergeht. Und wegen dieser sozialen Frage ist die Linke mal gegründet worden. Da müssen wir uns auch entsprechend zu Wort melden.

Für die Vermögenden wurden Steueroasen geschaffen. Konzernspitzen werden mit null und Niedrigsteuern nach Irland, Holland und Luxemburg gelockt. Es gibt einen ruinösen Wettbewerb auf Kosten der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger. Die Privatisierung der öffentlichen Einrichtungen, des öffentlichen Eigentums ist zutiefst unsozial. Und wir müssen uns auch dagegen stellen. Heute wird häufig von einer Staatsschuldenkrise gesprochen. Das ist falsch. Es war eine Finanz- und Bankenkrise durch Spekulation. Und nur weil die Staaten die Banken gerettet haben, wurde daraus eine zu hohe Staatsverschuldung. Das heißt, schuld sind die Banken und die Finanzjongleure nicht in erster Linie die Staaten. Und der Weg soll nun die Austerity Politik sein.

Griechenland: Unser Genosse Tsipras und die SYRIZA sind in einer extrem schwierigen Situation. Sie haben harte Sozialkürzungen durchgeführt, weil sie gezwungen wurden, weil sie unter Druck gesetzt wurden von der sogenannten Troika und von der Bundesregierung, insbesondere von Schäuble und Merkel. Aber eine Niederlage von Tsipras ist auch eine Niederlage der Linken in Europa. Und wir müssen Schäuble endlich stoppen. Es wird höchste Zeit, liebe Genossinnen und Genossen. Aber es wachsen auch die Widerstände. Wir haben in Portugal eine Linksinregierung. Sie nimmt die Auflagen diktate wieder zurück. In Athen trafen sich die europäischen Staatsschefs zusammen mit Frankreich, Italien war auch dabei. Und zwar weil sie doch darüber nachdenken, wie man eine Sperrminorität gerade

gegen die deutsche Vorherrschaft in der Europäischen Union bilden kann. Es wird höchste Zeit, dass man auch denen zeigt, dass es Grenzen gibt. Die Linke muss diesen Widerstand fördern. Wir brauchen Solidarität mit dem griechischen Volk und mit unserer Mitgliedspartei, der SYRIZA.

Nach 1945 hat Deutschland erlebt, dass es einen Marshallplan gab – nachdem die schlimmsten Verbrechen in der Geschichte der Menschheit durch Deutsche begangen worden sind – zum Aufbau Europas und zum Aufbau des Landes. Und was machen wir heute mit Südeuropa? Wir bauen es ab. Wir sparen es kaputt. Wir kürzen die Löhne, die Renten, die Sozialleistungen. Wo bleibt der Marshallplan für Südeuropa? Das sind wir Deutsche gerade dem Süden Europas schuldig in Anbetracht unserer Behandlung nach 1945.

1953, das war acht Jahre nach dem Ende der Nazidiktatur und des Zweiten Weltkrieges, gab es die Londoner Schuldenkonferenz und Deutschland wurden überwiegend die Schulden erlassen. Acht Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges und der Nazidiktatur! Ich sage euch, wir brauchen jetzt auch in der Eurozone eine Schuldenkonferenz. Da geht es nicht nur um Griechenland. Es geht um alle Schulden in der Eurozone, wo wir eigentlich konkret entscheiden müssen, welche zurückgezahlt werden müssen und welche nicht. Es ist wieder an der Zeit, eine solche Konferenz durchzuführen.

Die Troika, die Bundesregierung – sie haben Griechenland auch zur Rentenkürzung gezwungen. Nun war etwas Geld übrig. Das griechische Parlament hat sich entschieden, eine Einmalzahlung an die

ärmsten Rentnerinnen und Rentner vorzunehmen. Darüber regen sich Schäuble und Merkel so auf. Ich finde das eine Unverschämtheit. Und ich muss auch sagen, es geht sie gar nichts an. Ich will darauf hinweisen: Noch hat Deutschland und kein anderes Land auch nur einen einzigen Euro an Griechenland bezahlt. Das ist alles nur gedrucktes Geld der Europäischen Zentralbank. Das hat mit den Ländern nichts zu tun. Und noch was kommt hinzu. Herr Schäuble hat gesagt, deshalb werden Schuldenerleichterungen für Griechenland gestrichen. Nur, die waren zu einem früheren Zeitpunkt schon vereinbart. Da hat er es auch nicht gemacht. Das hatte überhaupt nichts mit dieser Einmalzahlung zu tun. Aber er benutzt sie noch dazu. Und das ist eine besondere Unverschämtheit zu sagen, dass eine einmalige Zahlung an die ärmsten Rentnerinnen und Rentner dazu führt, dass man Griechenland dafür bestraft. Abenteuerlich, kann ich nur sagen. Und das Zweite ist, dass sich Frau Merkel und Herr Schäuble über folgenden Sachverhalt nicht aufgeregt haben: Die deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler haben der Commerzbank in ihrer Spekulationskrise mit 18 Milliarden Euro geholfen. Und dann ist die Regierung darauf hingewiesen worden, dass es eine Steuerlücke gibt, so dass die Commerzbank, nachdem sie große Gewinne macht, keine Steuern zu bezahlen braucht. Sie hat sie nicht geschlossen. Es gab keinen Antrag, das Steuerrecht diesbezüglich zu ändern. Und jetzt werden sie auch nicht an den Gewinnen der Commerzbank beteiligt. Haben Sie, Frau Merkel und Herr Schäuble, jemals darü-

ber aufgeregt, dass wir 18 Milliarden Euro an eine Bank gezahlt haben und nichts von ihr bekommen? Nein, darüber regen Sie sich nicht auf, aber wenn die ärmsten Rentnerinnen und Rentner in Griechenland was bekommen, darüber regen Sie sich auf. Und dagegen muss die Linke stehen, und zwar konsequent.

Zweitens: Die EU ist unsolidarisch. Es war die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland, die die Solidarität mit Griechenland aufgekündigt hat. Und das hat die Solidarität in der Europäischen Union insgesamt zerstört. Und zwar aus einem einzigen Grund, weil alle Regierungen wussten, wie sie behandelt werden, wenn es ihnen schlecht geht. Und wenn du dem Land, dem es am schlechtesten geht, so unsolidarisch begegnest, dann zerstörst du die Solidarität in der gesamten Gemeinschaft.

Bei der Flüchtlingspolitik war es auch sehr interessant. Viele sind im Mittelmeer ertrunken. Die italienische Regierung bat um Solidarität. Und andere Regierungen, einschließlich der Bundesregierung, sagten Nein. Wir haben das Abkommen von Dublin. Das ist euer Problem, das geht uns gar nichts an. Nun musste Merkel doch Opfer ihrer eigenen Politik werden. Denn als dann im Herbst 2015 viele Flüchtlinge über die sogenannte Balkanroute nach Deutschland kamen und plötzlich die EU Flüchtlingsquoten forderte, sagten alle anderen Regierungen Nein. Und ich habe selten in solche Gesichter von Staats- und Regierungschefs geguckt, mit welcher Wonne die uns den mittleren Finger gezeigt haben. Aber schuld ist die

Bundesregierung selbst. Wenn du zum rechten Zeitpunkt keine Solidarität übst, dann bekommst du auch keine. Das ist das Ergebnis dieser Fehlpolitik. Natürlich wollen wir das ändern. Und ich weiß, dass die Zahlen der Flüchtlinge groß sind. Ich kenne alle Theorien zum Mauerbau; abgesehen davon, dass ich aus Berlin komme und wir eine spezielle Erfahrung mit Mauern haben, füge ich hinzu, es ist auch völlig unrealer Blödsinn. Selbst wenn man eine Mauer baute, dann hat man eine Pause, aber höchstens von anderthalb Jahren, und dann stürmen Millionen Menschen diese Mauern, dann wird die Situation unbeherrschbar. Wenn man die Zahl der Flüchtlinge reduzieren will, gibt es nur einen einzigen Weg: den Abbau der Fluchtursachen. Es gibt keinen anderen Weg. Und dem müssen wir uns stellen. Warum ist Deutschland der drittgrößte Waffenexporteur? Warum liefern wir Waffen an Diktaturen wie Saudi-Arabien? Warum liefern wir Waffen in Spannungsgelände? Das muss aufhören. Deutschland darf nicht länger an Kriegen verdienen. Warum verkaufen wir als Europäische Union die Lebensmittel so billig nach Afrika, dass die afrikanischen Lebensmittel immer teurer sind und dort keine eigene Landwirtschaft entstehen kann? Das ist unverschämt und muss sofort eingestellt werden. Die Landwirtschaftskonzerne manipulieren das Saatgut und zwar, damit es nicht vervielfältigt werden kann. Das ist ja geschäftlich logisch, weil sie ja jedes Jahr wieder verkaufen wollen. Dafür hat man dann eigentlich Politik, dass sie sagt, ja, das hat eine geschäftliche Logik, aber aus politischen Gründen muss ich

das verbieten. Es wird nämlich höchste Zeit, es zu verbieten. Jährlich sterben auf der Erde 70 Millionen Menschen, davon 18 Millionen, obwohl wir weltweit eine Landwirtschaft haben, die die Menschheit zweimal ernähren könnte. Warum? Ich habe zwei Gründe genannt. 12,5 Millionen Menschen sterben an behebbaren Umweltschäden. Warum? Und nur die anderen sterben »normal« an Alter und Krankheit. Wenn wir also nicht die Kriege überwinden, wenn nicht die Not und das Elend und den Hungertod, dann wird sich die Zahl der Flüchtlinge nicht reduzieren.

Wie bekämen wir nun endlich Frieden in Syrien? Es gibt nur eine Chance, dass zwischen den USA und Russland endlich ein Kompromiss gefunden wird und der dann auch durchgesetzt wird, übrigens auch gegen den Willen der Regierungen von Saudi-Arabien, der Türkei und des Iran. Und ich finde wieder einmal die Außenpolitik Deutschlands abenteuerlich. Deutschland unterstützt die Türkei mit Waffen und steht auch selbst mit Soldaten dort. Die Türkei aber bombardiert die Kurdinnen und Kurden in Syrien, weil sie ein autonomes Gebiet der Kurden verhindern will. Diese Kurdinnen und Kurden führen aber den entscheidenden Bodenkampf gegen den islamischen Staat. Also steht Deutschland da an der Seite der Türkei. Aber Deutschland liefert auch Waffen an die Kurdinnen und Kurden im Irak. Ich frage die Regierung: Was wollt ihr denn eigentlich? Das ist doch abenteuerlich. Man kann doch eine gewisse Konsequenz in der Politik fordern. Und die müsste heißen, dass wir Kriege nicht

unterstützen und so schnell wie möglich Frieden in Syrien herstellen.

Drittens: Die EU ist undemokratisch. Die Austerity-Politik wird durchgedrückt als Diktat gegen demokratisch gewählte Parlamente und Regierungen. Es gab einen Volksentscheid in Griechenland. Das hat weder die Troika noch die Bundesregierung interessiert. Die Europäische Zentralbank, die EU-Kommission und der Internationale Währungsfonds sind durch nichts legitimiert, Entscheidungen demokratisch gewählter Parlamente aufzuheben, aber sie machen es. Und die Europäische Zentralbank ist unabhängig. Das kann man bei einer Bank nachvollziehen. Aber dann darf sie auch keine politischen Entscheidungen treffen. Aber sie trifft in Griechenland und im Süden Europas ständig politische Entscheidungen und wird nicht einmal politisch kontrolliert. Das ist völlig indiskutabel und undemokratisch. Viele fragen sich, wozu soll ich eigentlich nationale Parlamente wählen, wenn die immer weniger zu sagen haben. Und ich frage auch: Würden sich Merkel und Schäuble einem solchen Diktat unterwerfen, würde sich Frankreich einem solchen Diktat unterwerfen? Und was man für sich selbst nicht akzeptiert, darf man auch anderen nicht antun.

Es gibt gerade wieder zwei neue Beispiele. Die EU-Regierungschefs haben beschlossen, dass das frei gewählte Europäische Parlament an den Brexit-Verhandlungen nicht beteiligt wird. Sie haben es nicht begriffen. Und das Europäische Parlament hat beschlossen, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei auszuset-

zen, weil Erdogan gerade dabei ist, aus einer Demokratie eine Diktatur zu machen. Natürlich darf er sich gegen einen Putschversuch wehren. Aber wenn er 48 Stunden später schon weiß, welche 3000 Staatsanwälte und Richter daran beteiligt waren, dann organisierte er offensichtlich einen Gegenputsch. Nun gibt's ja den Beschluss des Europäischen Parlaments. Und was sagt Frau Merkel? Sie sagt, ja, wir werden kein neues Kapitel aufmachen, aber wir verhandeln weiter über die Kapitel, über die wir bisher verhandeln. Das heißt, sie akzeptiert das einfach nicht. Sie nimmt das nicht zur Kenntnis. Sie respektiert das nicht.

Wir haben eine Schuldenbremse in Deutschland. Der Fiskalpakt ist auch so aufgesetzt worden, die Länderregierungen werden gefesselt und die sogenannte Haushaltsdisziplin ist wichtiger als Investition. Sie ist wichtiger als sichere Renten. Sie ist wichtiger als eine gute Gesundheitsversorgung und sie ist wichtiger als eine gute, chancengleiche Bildung. Auch hiergegen müssen wir uns stellen. Im Übrigen bin ich – und ich glaube, wir alle sind es – Anhänger des Subsidiaritätsprinzips. Kommunal muss entschieden werden, was in der Kommune entschieden werden kann. In Regionen muss entschieden werden, was nur dort entschieden werden kann. Die Staaten sollen entscheiden, was sie entscheiden können. Und in Europa darf nur das entschieden werden, was wirklich in Europa entschieden werden muss. Dieses Subsidiaritätsprinzip wird ständig verletzt. Wir müssen dafür kämpfen, dass es wieder durchgesetzt wird.

Viertens: Die EU ist ökologisch nicht nachhaltig. Das EU-Klimaziel lautet zum Beispiel, dass wir ca. 40 Prozent weniger CO₂-Abgase haben wollen bis 2030 im Vergleich zu 1990. Das basiert auf einer schon akzeptierten Erderwärmung von über drei Grad Celsius. Nun gibt es aber das Pariser Klimaschutzabkommen, und dort heißt es: Die maximale akzeptable Erderwärmung muss unter zwei Grad liegen, wenn möglich bei nur 1,5 Grad Celsius. Die EU müsste also ihr schwaches Klimaziel nachbessern. Und die dann notwendigen Klimaziele auf die Mitgliedsstaaten aufteilen. Bleibt die Kommission bei ihren jetzigen Plänen, dann unterläuft sie das Abkommen. Die Umweltverbände fordern übrigens eine Minderung von 50 bis 60 Prozent von CO₂-Abgasen in diesem Zeitraum. Aber es sieht nicht so aus, als ob sie sich durchsetzen können. Auch das schwache Ziel von 27 Prozent Ökostrom EU-weit bis 2030 ist mit dem Paris-Abkommen nicht kompatibel. Es führt zudem zu einer deutlichen Absenkung der Investitionen der EU in der kommenden Dekade.

Fünftens: Und dann ist die EU intransparent. CETA, TTIP, das Dienstleistungsabkommen TiSA – alles hinter verschlossenen Türen. Ich werde euch mal erzählen, wie das aussah, wenn du als leitender Beamter früher beim TTIP-Abkommen fünf Seiten lesen durftest. Dann wurdest du vorher durchsucht. Dann bist du allein in den Raum gegangen, hast die fünf Seiten gelesen, dann bist du wieder rausgekommen, bist wieder durchsucht worden. Und wenn du das jemanden erzählt hättest,

was du gelesen hast und es hätte in der Zeitung gestanden, hätten sie gewusst, dass du es warst. Und zwar aus einem Grund. Sie haben in jedes Papier immer individuell einen Fehler eingebaut. Alle haben gelesen: dreihundertfach und der eine hat gelesen: zweihundertfach. Und wenn in der Zeitung zweihundertfach gestanden hätte, hätten sie gewusst, wer es war. Das alles klingt nach James Bond. Aber dass sollten Verhandlungen zwischen der EU und der USA zu einem Freihandelsabkommen sein, woran natürlich die Bevölkerung zu beteiligen ist. Sie haben es nicht begriffen. Wir müssen die Intransparenz überwinden.

Sechstens: Die EU ist bürokratisch. Dazu sage ich nichts weiter, das wisst ihr ohnehin.

Siebtens: Es droht, dass die EU immer militärischer wird. Dagegen leistete bisher Großbritannien wegen seiner eigenen Streitkräfte Widerstand. Aber Großbritannien scheidet ja aus. Es geht gar nicht darum, eine kleine EU-Streitmacht statt der nationalen Streitkräfte zu schaffen, denn dann könnten die einzelnen Länder keine Kriege mehr führen weder gegeneinander noch woanders. Sondern es geht darum, EU-Streitkräfte zusätzlich zu installieren und nicht neben den nationalen Streitkräften. Und ich glaube, wir müssen dagegen kämpfen, dass sich die EU an Kriegen beteiligt, dass sie über eine Interventionsarmee verfügt – das darf nicht passieren. Und zur Sicherheit gehört auch, dass Russland Bestandteil Europas ist. Und wenn das stimmt, dann

heißt das aber nicht, dass wir gegenüber der russischen Politik unkritisch sind – Stichworte Aleppo, Umgang mit Schwulen. Und auch gegenüber Putin dürfen wir nicht unkritisch sein. Aber wir müssen eines begreifen und verbreiten: Frieden und Sicherheit in Europa gibt es niemals ohne, geschweige denn gegen Russland. Und die Sanktionen waren eine Fehlpolitik. Das ist nicht der Weg. Wir müssen vermitteln.

Wenn das alles stimmt, was tun? Es gibt mehrere Alternativen.

Wenn man eine so schwere Kritik äußert wie ich, was rate ich der Europäischen Linken zu tun? Wir werden, da sind wir uns einig, immer für Frieden, für mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Demokratie, mehr ökologische Nachhaltigkeit, mehr Transparenz, für den Abbau von Bürokratie und gegen eine Militarisierung der EU streiten. Aber unterschiedliche Auffassungen gibt es, ob man die EU reformieren kann oder nicht, ob EU-Institutionen überhaupt Sinn machen. Ich weiß, dass ich all diese unterschiedlichen Sichten zu vertreten und zu respektieren habe. Und das werde ich auch tun.

Ich verstehe zum Beispiel die portugiesische Partei. Wie soll man noch an die Reformierbarkeit der EU glauben, wenn über 50 Prozent der Jugend arbeitslos ist und zwar durch Druck der EU. Ihr sollt aber auch meine Auffassung kennen. Weshalb ich die EU zwar scharf kritisiere, aber deutlich mit einem Neustart verändern, aber nicht untergehen lassen will. Ich weiß, dass viele unserer Mitgliedsparteien, viele Linke in Europa, aber eben

nicht alle, diese Auffassung teilen. Der erste Grund, warum wir die EU nicht untergehen lassen dürfen, ist die Jugend. Die Jugend ist im Unterschied zu meiner Generation europäisch aufgewachsen. Die meisten sprechen ähnlich. Sie haben mal in dem Land gearbeitet, mal in jenem. Sie waren dort mal im Praktikum. Sie haben dort studiert. Stellt euch doch mal vor, wir kehren zu den alten Nationalstaaten mit Grenzbaum zurück, führen wieder die Pässe ein. Irgendwann gibt es Konflikte mit der Visumpflicht. Bevor du nach Paris fahren kannst, musst du drei Monate vorher in der französischen Botschaft das Visum beantragen. Wir kennen das ja alle. Also, die Jugend braucht eine europäische Integration.

Der zweite Grund: Die alten Nationalstaaten werden im Verhältnis zu China und den USA ökonomisch keine Rolle spielen. Nur als EU sind wir Faktor.

Der dritte Grund: Politisch spielen die alten Nationalstaaten ebenfalls nur als EU eine Rolle. Was glaubt ihr, welche Rolle Luxemburg im Nahost-Konflikt spielt? Das kann man vergessen, aber auch die Rolle Deutschlands und anderer Länder.

Der vierte Grund hat etwas mit Deutschland zu tun. Wir Deutschen sind leider keine guten Revolutionäre. Deshalb scheiterte schon unsere Revolution von 1848. Das Ergebnis war, dass wir keinen Nationalstaat bekamen, sondern den Bund deutscher Staaten behielten. Und erst 1871 hat Bismarck von oben den deutschen Nationalstaat gegründet. Nun kommt das Problem. Die Herrschenden waren der Meinung, dass sie

an der Aufteilung der Welt ungenügend beteiligt sind. Die anderen Länder hatten viel mehr Kolonien. Deutschland nur ein kleines Stück von Afrika. Heute können wir froh sein, wir müssen uns nicht so oft entschuldigen wie die anderen. Aber die herrschenden Kreise litten darunter. Und weil sie darunter litten, gab es den deutschen Sonderweg vor dem Ersten Weltkrieg und im Ersten Weltkrieg und vor dem Zweiten Weltkrieg und im Zweiten Weltkrieg – mit der Absicht, eine Neuaufteilung der Welt zu erreichen. Und heute geht es nicht mehr so um Kolonien, sondern um Einfluss. Und wenn wir wieder der alte Nationalstaat werden, dann gibt es in Deutschland wieder Kräfte, die zu dem Sonderweg zurück wollen. Und ich will den ausschließen. Deshalb hat man nämlich nach 1945 entschieden, Deutschland in alle internationalen Gremien hinein zu nehmen, es zu integrieren, um den Sonderweg für die Zukunft auszuschließen.

Der fünfte und wichtigste Grund: Seit Bestehen der Europäischen Union gab es noch nie einen Krieg zwischen zwei Mitgliedsländern in der Europäischen Union. Aber vorher haben die Kriege zwischen diesen Staaten die gesamte europäische Geschichte gekennzeichnet. Und ich befürchte, wenn wir zu den Nationalstaaten zurückkehren, entstehen auch wieder alte Konflikte und an irgendeiner Stelle beginnen dann wieder Kriege. Das haben wir, das haben unsere Kinder und das haben unsere Enkel nicht verdient.

Die Linke in der Europäischen Union ist noch relativ schwach. Das liegt auch am

Scheitern des Staatssozialismus. Weil auch Parteien, die auf Distanz gingen zur Sowjetunion trotzdem mit in den Keller gezogen wurden. Das müssen wir einfach zur Kenntnis nehmen. Aber wir haben es mit der Situation zu tun, dass die Europäische Union leider durch Deutschland dominiert wird. Ich weiß es. Es stand ja auch die Frage, Gabi Zimmer als Vorsitzende der linken Fraktion im EU-Parlament ist Deutsche, ich ein Deutscher. Ich will euch dazu was sagen: Ich möchte, dass man in Europa mitbekommt: Es gibt auch ein anderes Deutschland. Ja, es gibt das Deutschland von Frau Merkel und Herrn Schäuble, aber es gibt eben auch Gabi Zimmer und Gregor Gysi, die das völlig anders sehen und die anders streiten.

Ich will nur Weniges zu unseren künftigen Aufgaben sagen, weil ich das ja im Kollektiv beraten will. Aber wir müssen uns mit Fragen beschäftigen. Wie reagiert eigentlich die Linke, wenn Le Pen in Frankreich regieren sollte und den EU-Austritt Frankreichs forciert? Wenn Frankreich aus der EU austritt, ist die EU tot. Und es gibt viele Unterschiede zwischen Rechten und Linken, aber ein Unterschied wird nicht gesehen: Die Rechten setzen alles um, was sie ankündigen. Wir Linken setzen immer nur die Hälfte von dem um, was wir ankündigen, und wenn dann noch mal 250.000 Leute gegen uns demonstrieren, dann streichen wir noch mal die Hälfte. Nicht die Rechten, die sind ganz anders. Sie nutzen die Macht vollständig aus.

Und wie gestalten wir künftig unser kritisches Verhältnis zur Sozialdemokratie? Auch darüber müssen wir nachdenken und sprechen. Ich meine, die Linke darf

unter gar keinen Umständen Schuld haben am Scheitern der EU sein, schon gar nicht an der Seite von Frau Le Pen und anderer Rechter.

Die bisherige Leitung, insbesondere Pierre Laurent und seine Stellvertreterinnen Maria Teresa Mola und Marisa Matias, sein Stellvertreter Alexis Tsipras und sein Schatzmeister Diether Dehm, sowie alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben gute Arbeit geleistet. Ihnen gehört unser Dank. Sie haben Strukturen aufgebaut, die wir jetzt nutzen müssen, und zwar um die Partei der Europäischen Linken noch bekannter, noch populärer und vor allen Dingen wirksamer werden zu lassen. Jedes Jahr werden wir ein immer breiter werdendes ständiges Forum zu zentralen europäischen Fragen organisieren. Ich bin sicher, wir werden stärker wahrgenommen werden. Ich werde auch mit führenden konservativen und anderen Kräften der politischen Ära in Europa sprechen.

Und ich werde ihnen Folgendes sagen: Ihr seid dabei, die EU kaputt zu machen. Wenn ihr sie so unsozial, so undemokratisch, so intransparent usw. organisiert und vielleicht noch militärisch, dann dürft ihr euch nicht wundern, dass immer mehr Mehrheiten der Bevölkerung der Mitgliedsländer die Europäische Union ablehnen. Und dann seid ihr und nicht die Linken dafür verantwortlich, dass die EU scheitert. Das müssen wir ihnen so deutlich sagen.

Und ich wünsche mir noch etwas. Wir Linken müssen endlich wieder rebellischer und leidenschaftlicher werden. Wir müssen doch zeigen, dass wir etwas können und dass wir das auch anstreben. Und ich möchte, dass wir in Europa der stärkste und stabilste Faktor für Frieden, soziale Gerechtigkeit, Demokratie und gegen rechts werden.

Dankeschön!

Intervention of Delegations



Politisches Dokument des EL-Kongresses 2016

Europa neu gründen; neue, progressive Bündnisse schaffen

Seit dem 4. Kongress im Dezember 2013 in Madrid und besonders seit Anfang 2015 haben sich die Krisen und Spaltungen quer durch Europa vertieft, bis hin zu einer existenziellen Krise der Europäischen Union. Wirtschaftliche und soziale Probleme haben sich verschärft. In dieser Zeit gesellten sich zu einer immer aggressiveren Diktatur der Sparpolitik zudem noch Auflösungserscheinungen hinzu. Die vorherrschenden politischen Kräfte, sowohl die Konservativen, die Christdemokraten oder die Neoliberalen, zu denen man den rechten Flügel der Sozialdemokraten zählen muss, die den Kapitalismus als unüberschreitbaren Horizont ansehen, stecken in einer Sackgasse fest. Sie sind mit der Krise des Kapitalismus, in die sie die EU selbst geführt haben, und mit massiven Spaltungen in ihren politischen Familien konfrontiert. Die Zukunft Europas ist von einer wachsenden Unsicherheit überschattet, umso mehr als die Veränderung der internationalen Kräfteverhältnisse direkte Auswirkungen auf die EU und ihr Wirken in der Welt hat.

Das europäische Haus hat überall Risse und könnte zusammenbrechen. Das europäische Projekt wird wieder einmal in seiner Gesamtheit und seine Grundlagen betreffend in Frage gestellt. Die Werte, die die Europäische Union angeblich begründen, sind faktisch verschwunden. Die unterschiedliche Behandlung von Ländern wie Griechenland und denen, die wie Großbritannien den Rang einer Regionalmacht für sich in Anspruch nehmen können, zeigt die Brutalität des Kräfteverhältnisses, auch des institutionellen, innerhalb der EU. Der Brexit markiert

einen Wendepunkt in der Geschichte der Europäischen Union. Schon vor dem Referendum verankerten die Verhandlungen über den Brexit die Praxis des Sozialdumpings stärker in der EU. Die Tatsache, dass sich eine Bevölkerung das erste Mal seit 1957 dafür entscheidet, die Europäische Union zu verlassen, verdeutlicht die Schwäche eines auf Märkte und Finanzen fixierten Europas. Das offensichtliche Scheitern und die Weigerung der EU, die Flüchtlingsfrage auf der Grundlage der Prinzipien der Solidarität und des internationalen Rechts zu lösen, bezeugen den Bankrott des gegenwärtigen Modells und verstärken den schwerwiegenden Trend zu einem Zerfall der EU. Die Ausweglosigkeit und das Scheitern der Politik der EZB, die noch mit Verlust zwischen heute und März 2017 1,5 Billionen Euro allein für den Profit der Banken und der großen Konzerne in den Markt pumpt, zeigt ihre strukturelle Unfähigkeit, ein anderes ökonomisches Modell ins Auge zu fassen. Man hält uns seit Jahren die Dogmen der Verträge entgegen, um fortschrittliche Veränderungen, die wir vorschlagen, abzuweisen. Aber die Wahrheit ist, dass heute alles auf dem Tisch liegt und alle Debatten wieder offen sind.

Heute sind die Kräfte des Status quo überall in Europa in der Defensive und die Kräfte der Reaktion in der Offensive. Die Rechte und die extreme Rechte bieten rückwärtsgewandte und fremdenfeindliche Lösungen an. Die politische Krise ist allumfassend. Der Kontinent steht vor einem Wendepunkt, an dem sich die Völker wieder in sich selbst zurückziehen könnten, mit all den Risiken von Spannungen

und Zerfall, die das mit sich bringt. Zugleich steht der Krieg an den Toren der Europäischen Union, in der Ukraine und an den Ufern des Mittelmeeres.

In diesem Umfeld muss die EL mehr denn je die Offensive für ein solidarisches, feministisches, demokratisches und kooperatives Europa ergreifen. Die EL versammelt eine breite Front verschiedener Kräfte: KommunistInnen, SozialistInnen, RepublikanerInnen, AntikapitalistInnen, Grüne, FeministInnen, ÖkosozialistInnen und andere demokratische und progressive Gruppen. In dieser Zeit des verschärften Klassenkampfes versteht sie sich als Werkzeug im Dienste der Interessen der Mehrheit in Europa, indem sie den Standpunkt des demokratischen Sozialismus für alle Völker Europas vertritt. Die historische Krise der Sozialdemokratie entspringt der Anpassung ihrer Führung an den Neoliberalismus und den neoliberalen Aufbau der EU seit den 80ern. Dies kann Möglichkeiten für die Schaffung einer linken Verteidigung eines alternativen Projekts zum Neoliberalismus bieten. Die EL sieht einer offenen Diskussion über so ein Projekt mit allen verfügbaren Kräften erwartungsvoll entgegen.

Im Bewusstsein dieser Herausforderungen schlägt die EL der gesamten politischen Linken in Europa, den sozialen und zivilgesellschaftlichen Kräften, die dazu bereit sind, vor, Räume für umfassende Debatten zu eröffnen, breite Kampffronten für den Aufbau von anti-neoliberalen Mehrheiten, die in der Lage sind, das Kräfteverhältnis zugunsten der Völker umzukehren. Der Ausgang der politischen und

wirtschaftlichen Erschütterungen steht noch nicht fest. Wir können mit dem stetigen Aufstieg der Rechten und extremen Rechten in ganz Europa das Schlimmste entstehen sehen. Wir sehen aber auch den Aufstieg linker Kräfte, die – sicher unter einem sehr ungünstigen Kräfteverhältnis – versuchen, fortschrittliche Auswege zu eröffnen, wie in Griechenland, Portugal, Spanien und Irland. In diesem Zusammentreffen sehr widersprüchlicher Tendenzen ist die Verantwortung der Europäischen Linken größer denn je. Die europäischen Völker müssen dringend aus dem tödlichen Dilemma ausbrechen, in das die herrschenden Klassen sie bringen wollen: entweder die endlose Austeritätspolitik und unsoziale Konkurrenz akzeptieren oder sich autoritären Spielzügen unterwerfen, die sie aus der Eurozone oder gar der EU ausschließen wollen; entweder den unbegrenzten Freihandel der kapitalistischen Globalisierung akzeptieren oder sich in sich selbst zurückziehen. Wir lehnen die noch brutālere Entfesselung der Konkurrenz zwischen den Völkern und der Spekulation gegen sie ab, was die Krise noch verschärfen und sogar zu einem großen zivilisatorischen Rückschritt in ganz Europa führen könnte. Wir rufen zu einem Europa der Solidarität und des gemeinsamen sozialen Fortschritts auf.

Unser Ziel ist es, eine andere Möglichkeit, einen anderen Weg zu eröffnen. Diese neue Hoffnung muss den Weg tiefgreifender Veränderungen in Europa nehmen, um ein neues Europa, ein anderes Europa zu gründen und auch um die Menschen vor der Austeritätspolitik zu

schützen und zu verhindern, dass sie sich der Fremdenfeindlichkeit zuwenden. Das unterstreicht die dringende Notwendigkeit, die bestehenden Kräfteverhältnisse zu ändern, nicht nur in jedem unserer Län-

der, noch weniger nur in einem einzelnen, sondern nach und nach in mehreren Ländern und im gesamteuropäischen Rahmen.

I. Die historische Krise der europäischen Konstruktion: Die Bruchlinien

1. EINE SICH VERSCHLECHTERNDE INTERNATIONALE SITUATION

Die Unfähigkeit der herrschenden Klassen, dauerhafte Lösungen für die systemische Krise des Kapitalismus von 2008 anzubieten, ist ein Strukturelement der europäischen Krise. In der Handhabung der 2008 ausgebrochenen Krise wurde versucht, das neoliberale Vorkrisen-Modell wiederherzustellen, bei dem die Privilegien des »einen Prozents« und die Handlungsfreiheit der Banken und großen Konzerne garantiert wurden. Die Krise führte zum Produktionsrückgang und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und verursachte wachsende Ungleichheiten in jedem Land und zwischen den Ländern. Das Gespenst einer Jahrhundertstagnation geht um. Schlimmer noch wurden die Bedingungen für eine finanzielle Überakkumulation als Grundlage für einen neuen, noch größeren Finanzcrash in den kommenden Jahren reproduziert.

Seit Beginn der 2000er Jahre hat die finanzielle Deregulierung die Immobilienpreise und die Kreditsummen für Bauträger und Hausbesitzer in unvorhersagbare Höhen schießen lassen, was zu breiter Verschuldung und Kreditbla-

sen geführt hat. Größere Städte erlebten eine von der Gentrifizierung gesteuerte Umstrukturierung der zentralen städtischen Gebiete mit dem Ergebnis einer umfassenden sozialen Säuberung von der armen Bevölkerung. Während des finanziellen Zusammenbruchs um 2008 konnten wir beobachten, wie Finanzunternehmen massiv unterstützt wurden, in die Millionen für den Bail-out (die Rettungsaktionen) gepumpt wurden, was in der Konsequenz die Staaten in Schulden stürzte und mit Austeritätsmaßnahmen gegen die Bevölkerung kombiniert wurde. Erhebliche Zahlungsausfälle und Zwangsräumungen, zunächst und vor allem in Spanien, haben sich über den europäischen Wohnungsmarkt ausgebreitet und so die Bedingungen für den nächsten Krisenausbruch geschaffen.

Die vielgestaltige europäische Krise, die sich bis nach Russland erstreckt, fügt sich in die neuen weltweiten Ungleichgewichte ein, die sie verstärkt: Die Entwicklung der amerikanischen und chinesischen Wirtschaften geht zunehmend auseinander, was die gesamte Weltwirtschaft destabilisiert. Die »Schwellenländer« sind gleichermaßen erschüttert

worden: fallende Rohstoffpreise, schwankende Wechselkurse und die Versuchung, ausschließlich auf Export zu setzen. Das Wachstum der öffentlichen und privaten Schulden, die sich zwischen 2005 und 2014 mehr als verdoppelten, destabilisiert die Wirtschaft zusätzlich. Während die Industrieproduktion 2015 um drei Prozent zurückging, ist die Politik der EZB nicht in der Lage, die Wirtschaft nennenswert anzukurbeln. Schlimmer, diese Politik nährt eine Spekulationsblase auf die Staatsschulden. All das zeigt die Unfähigkeit der herrschenden Klassen, eine neue Politik zu entwickeln und die politische und moralische Sackgasse, in die sie Europa treiben.

Drei neue Elemente sind seit 2013 aufgetaucht. Zunächst ist Krieg wieder unmittelbar am Horizont von Europa erkennbar. Der Bürgerkrieg in der Ukraine hat seit April 2014 mehr als 10.000 Menschenleben gefordert. Er erzeugt tiefgreifende Spaltungen in Europa, die an die des Kalten Krieges erinnern. Die Minsker Abkommen sind noch immer nicht vollständig umgesetzt worden. Die Europäische Linke fordert die tatsächliche Umsetzung der Minsker Abkommen durch alle Konfliktparteien. Das Chaos, das in weiten Teilen des Globus, von Afrika bis zum Nahen und Mittleren Osten regiert, destabilisiert die internationalen geopolitischen Kräfteverhältnisse. Der Zerfall ganzer Staaten wie Irak oder Syrien unter den doppelten Schlägen von hauptsächlich vom westlichen Imperialismus angestifteten Kriegen und exzessiver Liberalisierungspolitik lässt neuen Totalitarismen und neuem Aberglauben wie dem

des so genannten »Islamischen Staates« freies Feld. Ganze Regionen des Erdballs müssen sich mit einer barbarischen Infragestellung der Prinzipien von Gleichheit und Gerechtigkeit auseinandersetzen.

Der Bürgerkrieg in Syrien ist dabei, der blutigste Konflikt seit 1945 zu werden. Er resultierte aus der brutalen Reaktion des Assad-Regimes auf die friedliche demokratische Bewegung. Später wurde er durch die Intervention regionaler und internationaler Mächte in einen regionalen, indirekt sogar internationalen, Konflikt verwandelt. Die EL unterstützt in diesem Zusammenhang den Kampf der KurdInnen, deren Kräfte praktisch die einzigen sind, die in wesentlichen Größenordnungen für eine demokratische, pluralistische und antipatriarchale Gesellschaft kämpfen. Die Europäische Linke betont, dass eine nachhaltige, friedliche und politische Lösung dringend geboten ist. Wir unterstützen die Idee eines globalen Friedensplans für den Nahen Osten und die Mittelmeerregion.

Die Vereinbarung zwischen den Großmächten und dem Iran beseitigt zumindest vorläufig eine Kriegsgefahr. Zudem nimmt sie den Staaten der Region den Vorwand für die Ausstattung mit Nuklearwaffen. Die Europäische Linke tritt für die Einrichtung einer von Kern- und Massenvernichtungswaffen freien Zone im Nahen Osten ein. Das trifft auch auf Israel zu. Die EL tritt für die Perspektive der globalen nuklearen Abrüstung ein.

Die Konflikte im Nahen Osten haben, verschärft durch die imperialistischen Interventionen, Tür und Tor für Terrorismus und Extremismus geöffnet, die nun im

Herzen Europas angreifen. Terroristische Anschläge sind die schlimmsten Feinde der Demokratie, zum einen an sich, zum anderen, weil sie zum Vorwand genommen werden, »Antiterrorgesetze« einzuführen, die die Grundrechte untergraben. Darüber hinaus eröffnen sie Raum für fremdenfeindliche und rassistische Propaganda und rechtsextreme Kräfte. Aus diesen Gründen müssen diese aus einer totalitaristischen Ideologie stammenden Phänomene unermüdlich bekämpft werden.

Zudem verschärft sich trotz aller Warnungen die ökologische Krise. Die Frage ist nicht, ob wir in eine ökologische Krise geraten, sondern wie wir einen Ausweg aus der ökologischen Krise finden, in der wir uns seit mehreren Jahren befinden. Wir wissen, dass eine Erwärmung der unteren Atmosphäre über 1,5°C im Vergleich zur vorindustriellen Ära mehr als wahrscheinlich zu ökologischen und sozialen Katastrophen führen wird, die sehr schwer rückgängig zu machen sind. Die ökologische Krise ist ein Ergebnis der Ausweitung der kapitalistischen Produktionsweise, die einerseits zu einem unbegrenzten Produktivismus auf Kosten der natürlichen Ressourcen führt, andererseits zu einem entfremdeten Konsumismus. All das geht auf Kosten gesellschaftlich notwendiger Produktion und sozialer Bedürfnisse, die entwickelt und befriedigt werden müssten. Unser Nachdenken über die Welt der Zukunft muss einhergehen mit einer langfristigen Betrachtung unserer natürlichen Umwelt. Dabei geht es um die Grenzen, die die Gesellschaft fähig sein muss, für die Ausbeutung der

natürlichen Ressourcen zu setzen. Es geht um die Suche nach einem »guten Leben«, das die menschliche Entfaltung in untrennbarer Verbindung mit der Entwicklung einer lebensfähigen Umwelt in den Blick nimmt. Heute ist jede sozialistische Perspektive untrennbar mit dem ökologischen Übergang, der Umwandlung der Produktionsweise im Sinne der Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse und der Bewahrung der Umwelt vereint.

Die Welt steht einer Herausforderung für die Zivilisation gegenüber. Die Wahl Donald Trumps, eines skrupellosen, militaristischen, sexistischen und rassistischen, milliarden schweren Abenteurers, der von ultrakonservativen und rechten amerikanischen Kräften unterstützt wird, an die Spitze der globalen Supermacht, kann eine Periode großer Instabilität einleiten. Die Kandidatur Hillary Clintons bot sicherlich keine echte Alternative. Der Umschwung in den USA kann nun jedoch der Beginn einer neuen Wirtschaftskrise und Kriegsspirale werden. Dieses Ergebnis ist die Frucht sozialer Spaltungen, hervorgerufen durch die kapitalistische Globalisierung sowie das Aufkommen von Angst und Hass durch das Versagen der Weltordnung.

2. ZERSPLITTERTE GESELLSCHAFTEN WERDEN IN DIE KNIEN GEZWUNGEN

Die Austeritätspolitik führt zu massivem Sozialabbau in ganz Europa. Löhne, Tarifabkommen und Sozialleistungen stehen durch die Sparpolitik unter permanentem Beschuss. Die herrschenden Klassen benutzen die Krise, um für die

durch die Arbeiterkämpfe des 20. Jahrhunderts errungenen sozialen Rechte Rache zu nehmen. Massenarbeitslosigkeit, Jobunsicherheit und Armut entstellen alle Gesellschaften Europas. Der gegenwärtige Freihandel innerhalb der EU-Grenzen, ohne irgendeine Form der sozialen Angleichung, präferiert soziales Dumping, um sich greifende Deregulierung und die Senkung des Wertes der Arbeit. Im Namen dieser Erpressungen zerstören wir die sozialen Sicherheiten, kündigen schneller und einfacher, prekarisieren wir und erdrosseln die ökonomische Aktivität. Die Ungleichheit der Geschlechter wird durch wachsende Jobunsicherheit verstärkt.

Geschlechterungleichheit und die Ausbeutung von Frauen nehmen stetig zu. Frauen sind auf dem Arbeitsmarkt immer weniger geschützt. Schwarzarbeit im häuslichen Bereich trifft insbesondere Migrantinnen schwer. Der Handel mit Migrantinnen und Frauen aus Osteuropa als Haushaltshilfe muss aufhören. Stattdessen müssen wir für gute und bezahlbare öffentliche Kinderbetreuungsangebote kämpfen, so dass alle Frauen gleichberechtigt mit den Männern am Arbeitsmarkt teilnehmen können – das heißt, Frauen sollen die gleiche Bezahlung erhalten wie Männer. Bei gesellschaftlichen und sozialen Themen wurde nichts dafür getan, um Rechte nach oben anzugleichen, insbesondere das Recht auf Arbeit und Frauenrechte. Dieser Rückfall bei den Frauenrechten ist fatal. Die Austeritätspolitik drängt sie in die Schwarzarbeit, aus dem Arbeitsmarkt oder sogar in die Prostitution.

Die Rechte und Tarifabkommen, die die Beziehung zwischen Arbeitenden und Arbeitgebern bestimmen, kommen in ganz Europa mehr und mehr in Bedrängnis. Die Wachstumsraten nahezu aller Eurozoneländer sind sehr gering oder gar nicht vorhanden: Die durchschnittliche Wachstumsrate in der Eurozone im 2. Quartal 2015 betrug 0,3 Prozent. Diese Vision, die auf der Reduktion von »Kosten« (Arbeit, Öffentliche Hand, Sozialschutz) um jeden Preis basiert, verhindert jeglichen gesunden Wirtschaftsaufschwung und verursacht Massenarbeitslosigkeit. Ein Viertel aller EuropäerInnen (122 Millionen) ist von Armut bedroht. Diese Zahlen sind für Frauen, junge Menschen und Kinder noch höher. Es führt sogar in eine humanitäre Krise, die durch den Abbau der öffentlichen Gesundheitsdienste verstärkt wird. Die Öffentlichen Dienste werden überall durch den neoliberalen Kapitalismus attackiert.

Die Ungleichgewichte in Europa werden durch die Austeritätspolitik und die daraus folgende wirtschaftliche Stagnation noch verstärkt. Die ökonomischen und sozialen Ungleichheiten zwischen Nord- und Südeuropa wachsen. Die Kluft zwischen den Ländern, in denen sich die Arbeitslosenquote auf einem Tiefpunkt befindet und jenen, in denen sie beständig steigt, wird immer breiter. Die offiziellen Zahlen zeigen eine Lücke von 20 Punkten zwischen Griechenland und Deutschland. Dieser Kontrast ist bei den unter 25-Jährigen noch deutlicher, bei denen sich die Lücke versiebenfacht hat. Die nächste Generation weiß, dass es ihr insgesamt schlechter gehen wird als ihren Eltern.

Konkurrenz verstärkt die Ungleichgewichte zwischen den Regionen und großen Städten Europas. Der Zusammenbruch der öffentlichen Dienste lässt unsere Gesellschaft zerbrechlicher werden und mehr und mehr Menschen werden ausgeschlossen. Diese Spaltungen nähren gefährliche, auf Trennung zielende Ideologien.

Die Jahre nach der Wiedereinführung des Kapitalismus und der durch die europäische Integration herbeigeführte Übergang haben in den Ländern Mittel- und Osteuropas nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt. Der Lebensstandard und die Löhne sind insgesamt viel niedriger als in anderen europäischen Ländern. Nahezu alle Banken sind privatisiert worden und die Mehrheit davon ist nun im Besitz westlicher Banken. Die Produktionssysteme wurden abgebaut, was zu Massenarbeitslosigkeit und zur Abwanderung hunderttausender Menschen führte, die sich auf die Suche nach einem besseren Leben machten. Ländliche Regionen sind komplett sich selbst überlassen.

All dies verdeutlicht das Risiko eines massiven sozialen Verfalls, der den Kontinent bedroht. Die Europäische Union ist kein Regulierungsfaktor mehr. Sie treibt nun eine Politik voran, die die Krise und ihre Konsequenzen verschlimmert.

3. DIE DEMOKRATISCHE KRISE: BETROGENE VÖLKER UND EINE FRAGMENTIERTE EU

Der Verfall der Demokratie hat sich seit 2015 verstärkt. Das zeigte sich auch in der unterschiedlichen Behandlung einiger Länder, ebenso in der unterschiedli-

chen Gewichtung einzelner Themen. Die herrschenden Klassen untermauern ihre Position mit einem monetär-fiskalischen und finanziellen Autoritarismus und indem sie bei der Staatshaushalts- und Schuldenfrage einen autoritären Föderalismus praktizieren. Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission, sagte nach dem Wahlsieg von Syriza 2015 in Griechenland, dass »es keine demokratische Wahl gegen die Europäischen Verträge« gäbe und zeigte damit: Je stärker das Modell versagt, desto mehr werden die Verträge von ihren BefürworterInnen gepriesen. Obwohl ökonomisch absurd, halten die EU-Regierenden an der 3-Prozent-Budgetdefizitgrenze fest. Dieses Dogma findet heute breite Akzeptanz, selbst von Liberalen, ohne dass jemand gegen dieses politische Werkzeug protestiert, mit dem die Völker und Regierungen, die sich ihm entziehen wollen, verklagt werden sollen. Dem Griechenland und der Syriza-Tsipras-Regierung auferlegten Diktat war ein wahrhaftiger Bankenputsch vorausgegangen, der darauf abzielte, dem Land die Lebensgrundlage zu entziehen. Es zeigt die Brutalität der von der Troika gewählten Methoden, um Druck auf die Länder auszuüben, und ihre komplette Missachtung der Wahlentscheidung der Menschen. Der weniger direkte Versuch, die portugiesische Regierung zu destabilisieren, folgt letztlich der gleichen Logik. Wenn allerdings David Cameron im Namen des Vereinigten Königreichs – einer viel größeren und einflussreicheren ökonomischen und diplomatischen Macht – Konzessionen fordert, die die Arbeitnehmerrechte schwächen, wird ihm zugehört.

Die ultranationalistischen, autoritären und klerikalen Regierungen, die in Osteuropa an die Macht gekommen sind, verdeutlichen noch den Rückzug der Demokratie und die Beschneidung von Rechten. Darüber hinaus kämpfen sie dafür, die Geschichte aus reaktionärer Perspektive umzuschreiben.

Die linken und kommunistischen Kräfte in den Ländern Mittel- und Osteuropas sind permanenten Angriffen ausgesetzt. Die Regierungen tun alles, was sie können, um die progressiven Kräfte zu diskreditieren und zu zerstören, um selbst an der Macht zu bleiben. Seit 2014 ist der gesamte Apparat des ukrainischen Staates darauf konzentriert, die Kommunistische Partei der Ukraine zu zerschlagen. Das Ziel der »Dekommunisierung«-Kampagnen in der Ukraine, Rumänien, Polen, Bulgarien und anderen Ländern ist es, kommunistische Organisationen zu verbieten und kommunistische Monumente und Erinnerungsstätten von der Landkarte zu tilgen. Es gibt jedoch legale Wege, sich diesen Prozessen entgegen zu stellen, wie die Beispiele der Republik Moldau und Ungarn zeigen.

In vielen EU-Ländern gibt es einen realen Rückfall in Bezug auf das Recht von Frauen, über ihren eigenen Körper zu entscheiden. Es gibt schwerwiegende Angriffe auf das Recht zum Schwangerschaftsabbruch seitens rechter Regierungen und der katholischen und orthodoxen Kirche. Frauen haben hart dafür gekämpft, das Recht über ihren eigenen Körper wieder zu erlangen. Polnische Frauen konnten einen Sieg erringen. Das totale Verbot des Schwangerschaftsabbruchs wurde in

einen Abbruch unter bestimmten Bedingungen geändert. Polnische Frauen setzen ihren Kampf für das Recht fort, selbst über einen Abbruch zu entscheiden. Der Körper einer Frau gehört ihr selbst und sie hat das Recht zu entscheiden, ob sie eine Schwangerschaft beenden will oder nicht. Die Europäische Linke fordert das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in allen europäischen Ländern.

Bei sozialen und gesellschaftlichen Themen wird nichts getan, um die Rechtsstandards denen der am höchsten entwickelten Länder anzupassen, insbesondere was das Recht auf Arbeit und Frauenrechte angeht. Die EU tut rein gar nichts, um die Angriffe auf das Recht der Frau, ihren eigenen Körper zu kontrollieren oder sexistische Gewalt gegen sie zu sanktionieren. Wenn ein Land einseitig entscheidet, seine Grenzen zu schließen und die europäischen Migrationsregeln zu missachten, braucht es den Zorn Brüssels nicht zu befürchten. Bisher haben acht Länder ihre Grenzen geschlossen und die EU schaut untätig zu.

Der Brexit hat der Krise eine neue Dimension gegeben. Das Brexit-Ergebnis muss als Tatsache akzeptiert werden. Der Schock des Brexit deckt das Ausmaß der Ablehnung der neoliberalen Integration der EU auf. Er beleuchtet die Tiefe der territorialen und sozialen Spannungslinien nach mehr als dreißig Jahren Austerität und kapitalistischer Globalisierung. Das war ein sozialer Protest. Die extreme Rechte hat diesen Protest jedoch ausgenutzt. Die Strategie der Rechten hat die fremdenfeindlichen Kräfte von der Leine gelassen. Die neue britische Re-

gierung scheint sogar rechter zu sein als die vorherige und vereint noch schärfere Austeritätspolitik mit einer weiteren Stigmatisierung immigrierter ArbeiterInnen, der Demokratie und der politischen Ausrichtung in der EU. Wenn man die tatsächlichen Konsequenzen des Brexit in Betracht zieht, muss dieser Prozess Gegenstand demokratischer Bewertung und Entscheidung werden. Für die Linke in Großbritannien heißt das, der Kampf um die Erhaltung der Bewegungsfreiheit, der Menschenrechte und des Arbeitsplatzschutzes muss erneut angegangen werden und könnte die Basis für einen radikalen Wandel der Demokratie und der politischen Ausrichtung in der ganzen EU bilden. Die EL unterstützt das Recht der Bevölkerungen Nordirlands und Schottlands, die gegen den Brexit gestimmt haben, damit deren Willen bezüglich des Brexit respektiert wird. Dies führt auch zu neuen Fragen für die Linke und ihre Fähigkeit, mit einer Alternative für die Bevölkerungen Europas hervorzutreten.

4. DER KONTINENT AM RANDE EINER IDEOLOGISCHEN KEHRTWENDE

Die politische Krise breitet sich in ganz Europa aus. Bisherige Regierungen wurden beinahe systematisch von den WählerInnen abgestraft. Rasante und widersprüchliche politische Erschütterungen polarisieren die öffentliche europäische Debatte. Wachsende fremdenfeindliche und nationalistische Stimmungen stellen für die Linke eine existenzielle Herausforderung dar. Der Kontinent ist von einer umfassenden ideologischen

Verschiebung bedroht. In verschiedenen Ländern suchen die extreme Rechte und rechte Populisten auf unterschiedliche Weise nach Wegen, ihre Themen durchzusetzen. Desorientierung, Verzweiflung und die Furcht vor internationalen Veränderungen verstärken ihre Botschaften. Der »protektionistische«, sogar »soziale« Diskurs der extremen Rechten ist Teil einer alten Tradition, die bis auf Europas frühere faschistische Regime zurückgeht. Er wird genutzt, um sicherzustellen, dass sie an die Macht kommen und um die Linke und die Arbeiterbewegung zu marginalisieren. Die politischen Haltungen einiger Regierungen legitimieren diesen Diskurs und die Menschen wenden sich ihnen wie in der Slowakei zu. In diversen europäischen Hauptstädten ist ein autoritärer Block an der Macht: in Warschau, Budapest und Bratislava. Die baltischen Regierungen steuern in die gleiche Richtung.

Bei der Wiederholung des zweiten Wahlgangs der Präsidentschaftswahlen in Österreich konnte der Kandidat der radikalen Rechten, der deutsch-nationalistischen Freiheitlichen Partei, von einer breiten Front kritischer Kräfte der Zivilgesellschaft bis hin zu den etablierten Parteien besiegt werden. Das ist ein großer Erfolg, aber die Gefahr ist noch lange nicht vorüber, da die sozialen und politischen Ursachen für das Erstarken der radikalen Rechten immer noch bestehen. Das Erstarken der extremen Rechten in Deutschland ist ein seit 1945 nicht mehr dagewesenes Phänomen. In Frankreich ist der Front National das Herzstück nationaler Politik und bereitet sich selbst-

sicher auf die Wahlen 2017 vor. Eine flämische nationalistische Partei mit engen Beziehungen zur extremen Rechten ist in Belgien Teil der Regierung. Selbst in den skandinavischen Ländern – die sonst für ihren Humanismus und ihre Solidarität bekannt sind – macht die extreme Rechte eine gefährliche Entwicklung durch. Es gab lange eine starke extrem rechte Partei in Dänemark, die Dänische Volkspartei, die damit erfolgreich war, die bis dato fremdenfeindlichste Migrationspolitik durchzusetzen. Auch in Norwegen, Schweden und Finnland gibt es starke rechte Parteien und die schwedische Partei »Schwedendemokraten« hat ihre Ursprünge in der Neonazibewegung. Nicht zuletzt das Erstarken der Goldenen Morgenröte in Griechenland nach 2012 hat es kriminellen Neonazigangs ermöglicht, auf kommunaler, nationaler und europäischer Ebene institutionell repräsentiert zu sein, obwohl ein großer Teil der Führungsebene wegen Mord, illegalem Waffenbesitz, etc. angeklagt ist. In Mittel- und Osteuropa nährt sich die Entwicklung von Nationalismus, Neofaschismus und Fremdenfeindlichkeit von der Verarmung der Menschen und der Krise der Demokratie. Die Anprangerung des »inneren Feindes« hat großen Einfluss auf die Bevölkerungen dieser Länder. Die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit verstärken den Hass auf MigrantInnen und Roma, die sowieso bereits der Sündenbock sind. Erdogan nutzt in der Türkei sein Notstandsregime als Instrument, um Demokratie gewaltsam zu unterdrücken, bestehende Freiheiten zu zerschlagen, den Medien einen Maulkorb anzulegen, die Macht der Opposition zu

schmälern, die parlamentarische Immunität aufzuheben, um HDP-Abgeordnete einzusperren und einen mörderischen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung zu führen.

Dennoch bleibt dieser ideologische Wandel bei Weitem nicht unwidersprochen, was bedeutet, dass Europa seine Geschichte noch nicht wieder umkehrt. Die Menschen werden gegen die Korruption der herrschenden Klassen und die politische Sackgasse in einigen Ländern aktiv. Der Sturz der rumänischen Regierung im November 2015 und die Massendemonstration gegen Korruption in der Republik Moldau zeugen deutlich davon. In Westeuropa und insbesondere in Griechenland zeigt die Solidaritätsbewegung mit den Flüchtenden, dass der Willkommensgeist in Europa immer noch lebendig und kein »Luxus« reicher Länder ist. Diese Solidaritätsbewegung fungiert als Bremse und Fokus des Widerstands gegen Gesellschaften, die sich immer mehr der Fremdenfeindlichkeit zuwenden.

5. DAS MIGRATIONSTHEMA ALS KATALYSATOR FÜR DIE HISTORISCHE KRISE DER EUROPÄISCHEN UNION

Die Mischung aus Machtlosigkeit und Amoralität, mit der die Europäische Union und die meisten ihrer Regierungen auf den Zustrom von MigrantInnen reagiert haben, zeigt das Ausmaß der Krise der Europäischen Union und ihrer Prinzipien.

Die Migrationskrise verdeckt eine darunter liegende Systemkrise. Sie ist ein massives und strukturelles Phänomen in Folge der sich rapide verschlechternden

internationalen Lage und der Politik, die dies verursacht hat, die Politik der EU und ihrer Mitgliedstaaten eingeschlossen. Schätzungen zufolge sollen bis zum Jahr 2050 200 Millionen MigrantInnen vor Krieg, Wirtschaftskrisen, Staatszerfall, dem Chaos in vielen Teilen Afrikas und dem Nahen Osten sowie wegen der Auswirkungen des Klimawandels auf der Flucht sein, wenn bis dahin kein politischer Wandel stattfindet. Die Europäische Union trägt einen beträchtlichen Teil der Verantwortung. Der Abschluss von bilateralen Freihandelsabkommen hat den Abbau öffentlicher Dienste und die daraus folgende Schwächung des Staates in vielen afrikanischen Ländern begünstigt. Die Teilnahme bestimmter europäischer Staaten an den Kriegen in diesen Regionen ist ein weiterer Schandfleck für die EU. Die Migrationskrise ist Ausdruck der krisenhaften Beziehungen der EU zum Rest der Welt.

Darüber hinaus zeigt die Tatsache, dass eine Million Flüchtlinge einen derartigen Aufruhr in einer politischen Union mit einer Bevölkerung von 580 Millionen verursacht, das Ausmaß der Krise in der EU. Die humanitäre Lage der Flüchtlinge ist ein internationaler Skandal. Der Versuch, Flüchtlinge zum Sozialdumping zu missbrauchen, verstärkt die Neigung der Bevölkerung, sich auf sich selbst zurückzuziehen oder gar fremdenfeindlich zu werden. Die Lage ist insbesondere für Frauen und junge Menschen ernst. Sie leiden am meisten unter Gewalt, einschließlich sexuellem Missbrauch und Ausbeutung am Arbeitsplatz. Wir müssen spezielle Schutzmechanismen und recht-

liche Absicherungen schaffen und Spezialisten ausbilden.

Die schlimmsten Wendungen in dieser Geschichte ergeben sich aus den von einigen Regierungen, wie denen der Visegradgruppe oder Dänemarks, unternommenen Handlungen. Auch westeuropäische Regierungen arbeiten kaum mit leichteren Bandagen, wie aus der Erklärung des damaligen französischen Premiers Manuel Valls auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2016 und, noch schlimmer, aus den Äußerungen des belgischen Innenministers, deutlich wurde.

Diese Krise wird erneut genutzt, um Griechenland zu erpressen, das mit der Ankunft der Flüchtenden allein umgehen muss – als eines der wenigen Länder, das eine höhere Zahl von Willkommenszentren errichtet hat. Wir müssen ebenso der Solidaritätswelle, die durch die griechische Gesellschaft fließt, Achtung zollen, die es ermöglichte, eine sehr komplexe Situation zu handhaben, ohne dass die extreme Rechte davon profitieren konnte.

Der von Menschenrechtsorganisationen verurteilte EU-Türkei-Deal stellt Erdogan einen nicht hinnehmbaren Blankoscheck aus, obwohl seine Politik eine der Ursachen der Krise im Nahen Osten ist und er die kurdische Bevölkerung, türkische DemokratInnen und die Pressefreiheit brutal unterdrückt. Dies zeigt die Bereitschaft der europäischen Herrschenden, die Tore Europas vor Menschen, die vor Krieg, Gewalt und Armut flüchten, zu schließen. Nahezu alle Staats- und Regierungschefs haben das Abkommen akzeptiert, nur zu froh darüber, von ihrer

Verantwortung befreit zu sein, Menschen in Not aufzunehmen und ihnen Asyl zu gewähren. Der Umgang der EU mit der Flüchtlingskrise ist ein weiterer Beweis für den politischen und ethischen Bankrott dieses neoliberalen europäischen Integrationsprojektes. Die Führung der EU schweigt anstatt Sanktionen gegen jene Mitgliedstaaten anzuwenden, die einseitig das vereinbarte Programm für eine sichere und gerechte Umverteilung der in Griechenland und Italien angekommenen und dort festsitzenden Flüchtlinge verletzen.

SCHLUSSFOLGERUNG: EIN NEUER ZEITABSCHNITT IN DER GESCHICHTE

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass die Europäische Union und ganz Europa in eine neue Periode der Geschichte eintreten, nach jener der beiden Blöcke und des Gemeinsamen Marktes, der ursprünglich zwischen sechs Ländern etabliert wurde. Die Einheitliche Europäische Akte und die Verträge, die danach folgten, erhoben den Wettbewerb in den Status übergeordneten EU-Rechts. Dies ging einher mit dem gegenseitigen Wettbewerb der Sozialsysteme und dem Abbau der fortschrittlichsten sozialen Rechte. Dieses in den 1980er und 1990er Jahren errichtete Gebäude bekommt seit mehreren Jahren Risse. Es befindet sich in einer ernsten Legitimitätskrise und das ihm zugrunde liegende

Projekt wird derzeit nur von einer Minderheit der Menschen in Europa befürwortet. Ein neuer Zeitabschnitt der Geschichte beginnt, in dem die EU in zwei verschiedene Richtungen gezogen wird. Während autoritärer Brüsseler Zentralismus verstärkt wird, zerbröseln zur gleichen Zeit Teile davon. Der europäische Kontinent ist demnach an einem Wendepunkt angelangt: Entweder werden die reaktionären Werte des rechten Blocks kombiniert mit fiskalem Autoritarismus das Rennen machen oder ein neuer politischer und sozialer Block, der für die Interessen der Menschen arbeitet, wird entstehen.

Wenn nichts getan wird, sehen sich die Menschen einem fürchterlichen Dilemma ausgesetzt: Entweder wird das ganze Gebäude einstürzen bevor irgendjemand – und am wenigsten die Herrschenden selbst – damit rechnet, oder der Kontinent wird weiterhin in Austerität und Massenarbeitslosigkeit versinken, hinter seinen geschlossenen Grenzen.

Noch können wir von diesem Abgrund zurücktreten. Die Menschen haben noch nicht klein bei gegeben, ganz im Gegenteil. Es gibt politische, soziale und zivilgesellschaftliche Kräfte, die gegen das beschriebene Dilemma ankämpfen. Die EL richtet sich an diese Kräfte und schlägt vor, dass wir gemeinsam eine neue Politik für eine Union der Menschen in Europa erarbeiten, basierend auf Souveränität und Solidarität.

II. Ein Sozialvertrag zwischen souveränen und solidarischen Völkern in Europa:

Die politischen Leitlinien der Europäischen Linken für ein Ende der Austeritätspolitik und der neoliberalen Grundstruktur der Europäischen Verträge

Die Partei der Europäischen Linken bringt verschiedene politische Organisationen zusammen, die einen durchaus unterschiedlichen Blick auf das europäische Projekt haben, aber gemeinsame Ziele teilen. Das sind zuvorderst

- die Zurückweisung des von den Herrschenden auferlegten Dilemmas, das sich entweder in einem autoritären Brüsseler Zentralismus, der rücksichtslos über die bürgerliche Souveränität und die Rechte der Nationen hinweggeht oder verstärktes nationales Selbstinteresse und Rivalität äußert, und
- die Vereinigung der Völker Europas um ein gemeinsames Projekt der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit.

Ungeachtet der möglichen Meinung über die EU geht es im Kern um den Inhalt und die politische Perspektive. Die Partei der Europäischen Linken verteidigt die sozialistische Perspektive, definiert als eine Gesellschaft der Gerechtigkeit, die darauf aufbaut, den Wohlstand und die Produktionsmittel zu bündeln, die die Vorherrschaft der demokratischen Wahlfreiheit gelten lässt und dies im Einklang mit den begrenzten Ressourcen des Planeten tut. Sie lehnt den Kapitalismus ab, der Ungleichheit, Ungerechtigkeit, Armut und Kriege sowie das Patriarchat und jegliche Diskriminierung verursacht.

Die Partei der Europäischen Linken verpflichtet sich entschlossen dem Aufbau eines Projektes und einer breiten Front gemeinsam mit den politischen Bewegungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Individuen, die, auch wenn sie sich nicht über alles einig sind, so doch wesentliche linke Sichtweisen teilen und breite linke Koalitionen, die mehrheitsfähig sind, möglich machen. Die gegenwärtige Situation zeigt, dass die politischen Herausforderungen nicht größer sein könnten. Die politischen Leitlinien der EL sind darauf ausgelegt, entlang konkreter Zusammenhänge zu debattieren und aktiv zu werden, bis wir die notwendigen Umbrüche und alternativen Lösungsansätze umsetzen können.

Die EL ist für einen Sozialvertrag zwischen den souveränen und solidarischen Völkern Europas. Europa muss zu einer Union der Nationen und Völker werden, deren Souveränität respektiert wird und deren gemeinsames Ziel der menschliche Fortschritt ist. Wir sind bereit, dafür mit allen politischen, zivilgesellschaftlichen, gewerkschaftlichen, sozialen und intellektuellen Kräften zusammenzuarbeiten – auf der Grundlage von fünf Leitprinzipien. Diese Leitprinzipien stellen die Handlungsgrundlage für die EL dar. Sie beinhalten eine fundamentale Infrage-

stellung der gegenwärtigen Grundlagen der Europäischen Union.

Wir sind gegen die dem Vertrag von Lissabon zu Grunde liegenden Prinzipien und somit auch gegen die der übrigen Verträge, die der Lissabonner Vertrag beinhaltet. Auf dem nächsten EU-Gipfel im März in Rom planen die europäischen Anführer anlässlich des Jahrestages des Vertrags von Rom, die Grundlagen für eine Reform der Verträge zu legen. Die Europäische Linke muss diese weitere Vertiefung einer neoliberalen Union stark verurteilen, da sie konträr zu den Interessen der Bevölkerungen steht. Wir sind gegen die Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), das in Stein gehauene Europäische Semester, und wir sind ebenso gegen das gegenwärtige Projekt einer Europäischen Armee, insbesondere wenn dies eine Zusammenarbeit mit Kriegsorganisationen wie der NATO bedeutet.

Unser Ziel ist es, den Europäischen Fiskalpakt aufzuheben. Wenn wir bei jeder Gelegenheit darum kämpfen müssen, diese Logik bei nationalen und europäischen politischen Entscheidungen zurückzudrängen, wollen wir das vorhandene Vertragswerk nicht anpassen. Stattdessen wollen wir Europa neu gründen, denn es ist nicht möglich, eine Politik des sozialen Wandels durchzusetzen, ohne sich von Verträgen zu distanzieren, die auf dem Dogma des freien und uneingeschränkten Wettbewerbs und der Infragestellung des Rechts der Völker und Nationen, sich selbst demokratisch zu regieren, basieren.

Wir brauchen ein Projekt der Europäischen Solidarität. Das wird aber nicht

möglich sein, solange wir nicht die politische und wirtschaftliche Souveränität der europäischen Völker wiederhergestellt haben. Dieses Projekt muss mit den Ländern und Menschen bewältigt werden, die den Willen haben, diese Souveränität zu erlangen und ein neues europäisches Projekt mit neuen Werten und Prinzipien der Solidarität und des Internationalismus zu gründen.

Es ist möglich und notwendig, den Wunsch nach nationaler Souveränität, der durch die Kürzungen und die Austeritätspolitik der EU hervorgerufen wurde, im Kontext unserer internationalistischen Tradition zu koordinieren. Daher ist es wichtig, den Bündnissen mit jenen Ländern Priorität zu geben, die unter Haushaltsschulden leiden und der EU-Architektur unterstellt wurden, um ein linkes Projekt gemeinsam mit den europäischen Kräften anzustoßen und zu koordinieren.

1. FÜR EIN EUROPA, DAS DIE SOUVERÄNITÄT DER VÖLKER RESPEKTIERT

Wir stehen für die Neugründung Europas unter Anwendung der Werte der Gerechtigkeit, des sozialen Fortschritts und der Demokratie bei Respektierung der demokratischen Rechte der Nationen und europäischen Staaten, einschließlich des Rechts zur Abhaltung von Referenda über die notwendigen Veränderungen der Struktur der Europäischen Union. Die Menschen haben das Recht, über die Machtbefugnisse zu bestimmen, die einem demokratisch definierten politi-

schen Raum in Europa übertragen werden, über demokratische Strukturen für den Kontinent und das Vorrecht der Parlamente bei gleichzeitigem Respekt der demokratischen, souveränen Rechte der Völker.

Es ist notwendig zu überprüfen, auf welche Art und Weise sowohl der europäische Rahmen und als auch das Vorrecht der Mitgliedstaaten ihren Ausdruck finden. Europa darf sich nicht an die Stelle individueller Nationalstaaten, auf nationaler Ebene und in ihren Vorrechten, setzen, sondern es sollte zur Kooperation bei gemeinsamen Projekten und globalen Herausforderungen ermutigen. Die Souveränität eines jeden Staates muss respektiert werden. Die demokratische Legitimität jedes Landes muss vor den gegenwärtigen Europäischen Verträgen Vorrang haben. Ein Mitgliedsland sollte die Möglichkeit der Nichtanwendung europäischer Direktiven und Entscheidungen haben, wenn diese in punkto sozialer und demokratischer Errungenschaften und der Rechte der Bevölkerungen rückschrittlich sind. Europäische Gesetze sollten vom Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten gemeinsam aufgesetzt werden. Die Europäische Kommission sollte nicht das Initiativrecht bei Gesetzen haben; stattdessen sollte dieses Recht auf das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente übergehen. Lobbyarbeit der Unternehmen sollte verboten werden.

Wir wollen Regierungen unterstützen, die mit dem neoliberalen Ansatz brechen wollen und die Idee des Fortschritts in Europa vorantreiben.

2. EIN ABKOMMEN ÜBER EIN NEUES ENTWICKLUNGSMODELL

Wir müssen mit den neoliberalen Wettbewerbsregeln und mit der Austerität brechen. Der Entwicklungspakt, den wir vorschlagen, orientiert sich an sozialen Bedürfnissen.

Die Restrukturierung von Europas Wirtschaft und den geldpolitischen Werkzeugen muss in den Dienst eines neuen Entwicklungsmodells gestellt werden, das auf öffentliche Investitionen und die Schaffung von sozialen und ökologisch nachhaltigen Arbeitsplätzen setzt. Das Geld, welches die EZB derzeit mit Verlust in Banken und multinationale Konzerne steckt, muss in eine mutige, sozial sinnvolle und umweltfreundliche Politik für einen ökonomischen Neustart umgeleitet werden. Dies gilt ebenso für die dringend notwendige Schaffung sicherer Arbeitsplätze in der Industrie, die wieder in Europa produzieren soll. Eine solche Politik würde den notwendigen ökologischen Übergang möglich machen. Die EU muss gemeinsam mit den Mitgliedstaaten einen strategischen Diskurs mit allen wichtigen Industrien führen, um Produktion und Arbeitsplätze zu sichern oder ArbeiterInnen Umschulungen für neue Tätigkeiten anzubieten. Dabei geht es darum, den Bedarf Europas in Sachen Energietransformation, Transportinfrastruktur, Bildung und Ausbildung sowie hinsichtlich der Zukunft von Industrie und Produktion zu bestimmen, und es gilt zu ermitteln, welche neuen Herausforderungen entstehen, zum Beispiel bei der Entwicklung einer Kreislaufwirtschaft. Ebenso erforderlich ist die Sicherstellung

der öffentlichen Kontrolle von Energie. Privatisierungen müssen gestoppt und privatisierte Sektoren in den öffentlichen Bereich zurückgeführt werden. Es muss ein Moratorium für alle Deregulierungen im Energie- und Transportsektor geben, genauso wie einen Plan zur Reduzierung des Energieverbrauchs, bei gleichzeitigem Wandel von einer Monostruktur hin zu einer Diversifikation der Energiequellen und bei einer Effizienzsteigerung in der Energiegewinnung. Nachhaltige Entwicklung muss auf der Investition in wissenschaftliche und technologische Forschung basieren.

Die Gemeinsame Agrarpolitik muss reformiert werden, um die Macht des Agrarbusiness und seiner produktivistischen Logik zu brechen. Die Förderungen sind in den Dienst derjenigen Agrarwirtschaft zu stellen, die grundlegende und stabile Preise für LandwirtInnen und FischerInnen garantiert und die dazu beiträgt, gesunde und erschwingliche Nahrung für die Menschen bereit zu stellen. Öffentliche Gelder dürfen nicht dazu genutzt werden, das industriell-chemische Agrarwirtschaftssystem zu stützen und niedrige Preise auf dem Weltmarkt zu begünstigen, mit denen kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe in Europa und in den Entwicklungsländern nicht mithalten könnten. Eine Voraussetzung für finanzielle Unterstützung sollte biologischer Anbau sein. Zudem muss es eine Obergrenze für die finanzielle Unterstützung pro landwirtschaftlicher Einheit geben, um nachhaltige ländliche Strukturentwicklung zu fördern. Darüber hinaus muss die Finanzierung der Förderung

öffentlicher Güter gewidmet sein: Arbeit, starke lokale und regionale Märkte, Entwicklungsprojekte für kleine biologische Landwirtschaftsbetriebe, die Einsetzung junger LandwirtInnen und FischerInnen für einen Generationenwechsel und die Belebung ländlicher Gebiete, Nahrungsmittelqualität und -angebot, Tierwohl und Schutz der Biodiversität, Wasser und Klima.

So kann die EU ein Hauptakteur in der Umwelt- und Klimafrage werden.

Dieses neue Entwicklungsmodell muss auf demokratische Art und Weise geschaffen werden, unter Einbeziehung der Nationalstaaten und der Politikgestaltung der nationalen Parlamente. Um dies zu erreichen, sollte ein sozial-ökologischer Entwicklungsfonds ins Leben gerufen werden, in dessen Kontrolle und Entscheidungsfindungsprozesse die Mitgliedstaaten einbezogen werden. Der Fonds könnte durch eine zusätzliche jährliche Investition in Höhe von zwei Prozent des europäischen BIP über die nächsten zehn Jahre finanziert werden.

Die Aufrechterhaltung und der Ausbau der öffentlichen Daseinsfürsorge auf nationalem und europäischem Level sind Mittel, um eine neue Wirtschaftsentwicklungspolitik umzusetzen, die sich gegen die neoliberale Logik stellt. Dieser Entwicklungspolitik sollte eine transparente und demokratische Kontrolle zugrunde liegen. Es soll eine Institution zur Bestandsaufnahme des öffentlichen Dienstes eingesetzt werden. Dabei sollen gleiche Kriterien für alle Länder gelten. Wenn sich Länder darauf einigen, soll die Möglichkeit bestehen, dass ihre öffentli-

chen Dienste enger zusammen arbeiten, um die gemeinsamen Herausforderungen wirksam anzugehen.

3. DER KAMPF GEGEN UNGLEICHHEIT UND FÜR BESCHÄFTIGUNG: SCHLUSS MIT DEM SOZIALDUMPING

Es ist unumgänglich, Sozialdumping zu bekämpfen, wenn wir wollen, dass die Idee eines Zusammenkommens der Völker Europas überlebt, die untereinander Solidarität zeigen. Um das Sozialdumping zu beenden, muss Europa Schritte für die Anhebung der sozialen und demokratischen Rechte auf ein gleiches, hohes Niveau in allen Mitgliedstaaten unternehmen. Wir fordern die Einführung eines Prinzips, das soziale Rückentwicklungen nicht zulässt. Das heißt, EU-Richtlinien zu sozialen oder Umweltfragen können nur angewendet werden, wenn sie der nationalen Gesetzgebung überlegen sind. Die Richtlinie über die Entsendung von ArbeitnehmerInnen, laut der die Gehälter von Land zu Land bis zu 30 Prozent variieren dürfen, muss abgeschafft werden. Es muss eine neue Richtlinie verabschiedet werden, die das Prinzip »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« geltend macht. Das allgemeine Ziel muss sein, auf progressive Weise allen Arbeitenden die gleiche Behandlung in Bezug auf Gehälter, Sozialleistungen und Arbeitsbedingungen zu garantieren.

Das Recht auf ein angemessenes Einkommen für alle, Frauen und Männer, beinhaltet die Sicherstellung wirklicher Geschlechtergerechtigkeit bei Gehältern und beruflicher Entwicklung. Laut den

Zahlen von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Union, von 2012 ist die Erwerbstätigenquote von Frauen im Altersbereich zwischen 20 und 64 Jahren um 12 Prozent niedriger als die der Männer (58 Prozent gegenüber 70 Prozent). Der Gehaltsunterschied liegt bei 16 Prozent, wobei 32 Prozent der Frauen teilzeitbeschäftigt sind, gegenüber 9 Prozent der Männer. 21 Prozent der Frauen in Europa verdienen weniger als den Mindestlohn. Offiziell mögen die EU-Verträge Geschlechtergerechtigkeit fördern, die Realität sieht allerdings anders aus.

In ganz Europa muss reduzierte Arbeitszeit für alle, Frauen und Männer, gefördert werden, um Arbeitslosigkeit zu senken und jungen Menschen Zugang zu Beschäftigung zu schaffen.

Die Abschaffung der Zwangsteilzeit, der Kampf gegen die geschlechterspezifische Arbeitsteilung, die Einführung und der Ausbau der staatlichen Kinderbetreuung sowie der Aufbau eines europäischen Systems für einen gleichberechtigten und nicht übertragbaren Elternschaftsurlaub wird zur Folge haben, dass Frauen weniger unter Diskriminierung leiden. Ein Mindesteinkommen, das zu einem Leben in Würde reicht, muss für alle, also auch für arbeitslose Menschen, bereitgestellt werden.

Der europäische Entwicklungsplan, die Verringerung von Lohnungleichheit und die Sicherung europäischer Arbeitsplätze führen uns zur Haltung der EU in Bezug auf den internationalen Handel. Wir müssen uns unverzüglich von den Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA trennen. Für die EL ist dies, wie für viele andere

auch, eine wichtige und dringende Forderung. Die EL strebt an, die gemeinsamen Kampagnen zum Stopp der TTIP-, CETA- und TISA-Verhandlungen zu stärken und zu erweitern. Die EL ruft zum Ausbau der Mobilisierung gegen CETA auf, um die Ratifizierung in den nationalen und regionalen Parlamenten zu verhindern.

Die EU muss sich dem System des Freihandels und dem drastischen Abbau sozialer und umweltpolitischer Regeln entgegen stellen, um Handelsbeziehungen wechselseitig nutzbringend zu gestalten.

4. DAS GELD ZURÜCKGEWINNEN: SCHLUSS MIT DEM STEUERDUMPING, BEKÄMPFUNG VON STEUERHINTERZIE- HUNG, KONTROLLE ÜBER DIE BANKEN UND DEN EURO ZURÜCKEROBERN

Europa muss das Steuerdumping bekämpfen. Unter dem gegenwärtigen System können Steueroasen gedeihen, was zum Steuerwettbewerb unter den Mitgliedsländern führt. Heute fallen Deutschland, das Vereinigte Königreich, Irland, die Niederlande und andere EU-Länder zunehmend unter diese Kategorie. LuxLeaks, SwissLeaks und die Panama Papers haben das Ausmaß dieses organisierten Systems offengelegt. Steuerschlupflöcher zu schließen und Steuerhinterziehung sowie alle Formen finanzieller Verbrechen kompromisslos zu bekämpfen, das stellt große Herausforderungen für Europa dar. Der Aufbau eines Steuersystems, das den Interessen der Mehrheit und dem Allgemeinwohl dient, ist ein grundlegendes Projekt und

ein Kampf für die kommenden Jahre: ein Steuersystem, das die Steuerlast von den unteren und mittleren Klassen auf die oberen Klassen überträgt, um der verletzlichsten sozialen Schicht zu dienen, das sich bestehenden Ungleichheiten zuwendet und das Wachstum im Sinne des öffentlichen Interesses fördert. In diesem Kampf müssen wir eine breite Front aufbauen, um den Schleier der Geheimhaltung zu lüften, der Finanzzentren und Steueroasen umgibt, die nicht nur sehr niedrige oder gar keine Besteuerung anbieten, sondern auch Orte sind, an denen potenziell illegale Aktivitäten gedeckt werden. Die Interessen der Menschen müssen Vorrang vor den Interessen multinationaler Konzerne haben. Kapitalflüsse müssen überwacht und rein spekulative Transaktionen verboten werden. Eine Finanztransaktionssteuer und eine Kapitalsteuer zum Beispiel könnten den Europäischen Sozial- und Umweltentwicklungsfonds finanzieren, der durch eine hohe jährliche Investition gefördert werden könnte. Die EL wird sich den Vorschlag des EGB (Europäischer Gewerkschaftsbund), der mit zwei Prozent des europäischen BIP über zehn Jahre plant, genau anschauen.

Der Bruch mit der Austerität beinhaltet auch den Bruch mit der Diktatur der Schulden. Die Schulden der südeuropäischen Länder müssen erlassen oder auf einer europäischen Schuldenkonferenz neu verhandelt werden. Zuerst müssen der Europarat und die Europäische Kommission die Forderungen der griechischen Regierung zur Neuverhandlung ihrer Schulden anhören.

Geld zurück zu gewinnen ist auch verknüpft mit einer radikalen Revision der Rolle der Banken in allen europäischen Ländern und mit der Architektur der Eurozone. Um eine demokratische Kontrolle der EZB einzuführen und um ihre Rolle und Arbeitsweisen zu reformieren, ist ein fundamentaler Wandel von Nöten. Die EZB muss sich zur Erhaltung von Arbeitsplätzen und zur Förderung ökologisch nachhaltiger Entwicklung verpflichten. Sie muss Kreditgeberin der letzten Instanz (Lender of Last Resort) für die Mitgliedstaaten sein. Ebenso muss die Währungsunion für die Mitgliedstaaten, die daran teilnehmen wollen, drastisch überarbeitet werden. Der Euro ist zu einer Kriegswaffe der herrschenden Klassen geworden. Wir müssen mit der Idee des Euros als Disziplinierungsmaßnahme Schluss machen. Die europäische Währung muss gänzlich neu entworfen werden, wie auch die EU selbst. Anstatt zum Fetisch erhoben zu werden, muss der Euro ein Instrument im Dienste der Realwirtschaft werden, für neue industrielle, landwirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele und für das Allgemeinwohl. Die Menschen in Europa müssen die Kontrolle über den Euro übernehmen. Innerhalb der Eurozone muss die Währung in einer Art und Weise genutzt werden, die gemeinschaftlich und aufeinander abgestimmt erfolgt und die Mechanismen beinhaltet, die ökonomische und soziale Unterschiede in den verschiedenen Mitgliedstaaten der Eurozone berücksichtigen. In jedem Fall darf kein Land zur Teilnahme an der Eurozone gezwungen werden. Ein Land, das sich demokratisch entscheidet, aus

dem Euro auszutreten, muss dies umsetzen können, ohne Sanktionen, Druck oder Erpressung ausgesetzt zu werden.

Die EL reflektiert und debattiert weiterhin über die Gemeinsame Währung und sucht nach Alternativen, die nicht die Menschen bestrafen und ihre sozialen und demokratischen Errungenschaften gefährden.

5. FÜR EIN EUROPA DES SOZIAL GERECHTEN ÖKOLOGISCHEN UND ENERGETISCHEN ÜBERGANGS

Es besteht die dringende Notwendigkeit, ein CO₂-armes Europa zu errichten, das mit neuer Energie-, Transport-, Wohn- und selbst Agrarwirtschaftspolitik ein Beispiel setzen muss. Der Energiemix muss Energie von so vielen CO₂-freien Quellen beziehen wie möglich, mit wachsender Bedeutung erneuerbare Energien. Die Produktions- und Investitionsentscheidung muss auf den Kriterien der Bewahrung lokaler Ökosysteme und des Schutzes der Biodiversität beruhen. Wir lehnen den kapitalistischen Produktivismus und Konsumismus ab. Die EL tritt für eine Vielzahl von Produktionsweisen ein, die auf einer Industriepolitik basieren, die die Schaffung von sauberen und umweltfreundlichen Technologien fördert.

Europa ist ein politisches Feld, das es möglich macht, den Kampf gegen den Klimawandel auf kontinentaler Ebene zu führen, um ökologisch nachhaltige Energien zu entwickeln und Energieeinsparung zu fördern. Jeder Schritt vorwärts in Bezug auf sozialen Fortschritt ist untrennbar mit der Einführung einer öko-

logischen Energiewende verbunden. Es ist ein Langzeitprozess, in dem Versuche, Kapitalismus »grün« zu waschen, keinen Platz haben. Die Logik kurzfristiger Profite ist unvereinbar mit dem Schutz unseres Ökosystems. Das bedeutet, dass die Menschen sich Umwelt- und Energiefragen zu eigen machen müssen. Die Frage des Zugangs zu immer weniger werdenden natürlichen Ressourcen wie Wasser, Agrarland und fossilen Rohstoffen wird eine wichtige geopolitische Herausforderung. Die UN-Klimakonferenz 2015 in Paris COP 21 hat Ziele gesetzt, aber nicht festgelegt, wie diese erreicht werden sollen.

Die Reduktion von CO₂-Emissionen ist eine Hauptzielvorgabe, die darauf abzielt, die globale Erwärmung auf deutlich unter zwei Grad (im Vergleich mit dem vorindustriellen Zeitalter) zu begrenzen: Bis 2030 sollen Emissionen nur noch 75 Prozent des gegenwärtigen Stands ausmachen. Die Zielvorgaben der EU, die Treibhausgase bis 2020 um 30 Prozent und bis 2030 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren, sind viel zu niedrig. Es ist absolut essentiell, Energie zu sparen und ökologisch nachhaltige Energien durch die Bildung öffentlicher Investitionen zu entwickeln. Das betrifft zuallererst Transport und Industrie. Öffentliche Investitionen in erneuerbare Energien sind ebenso eine Quelle wirtschaftlichen Wachstums. Der Abbau von Schiefergas muss aufhören. Europa muss aktiv werden, um die Spekulation mit Rohstoffen zu beenden.

Wir stehen für ein Europa, das bezüglich der Hauptnahrungsmittel autark ist. Die Zukunft der europäischen Landwirt-

schafts- und Ernährungspolitik sollte als Teil öffentlicher Politik behandelt werden, die auf wirkliche Bedürfnisse und öffentliche Gesundheitsfragen reagiert. Die Anwendung von umweltzerstörerischen Pestiziden muss beendet werden. Unser Ziel ist es, dass jedem ein breites Sortiment an Lebensmitteln in guter Qualität zur Verfügung steht. Die europäische Agrarpolitik muss einen Schutzschirm gegen die Einflüsse spekulativer Märkte im Landwirtschaftsbereich errichten. Wir stehen für eine neue Agrarpolitik, die sich vom produktivistischen Ansatz abwenden kann und einer Landwirtschaft dient, die stabile Mindestpreise für Bauern und Fischer garantiert. Subventionen sollten von der Art der Produktion, Umweltfragen und der Fragilität des Sektors abhängen. Die landwirtschaftliche Produktion muss einer gerechten und für alle vorteilhaften Konzeption des internationalen Handels mit den Entwicklungsländern folgen.

6. FÜR EIN EUROPA DER GLEICHEN RECHTE FÜR ALLE

Die EL folgt der Tradition derer, die für den Sieg der »natürlichen und unveräußerlichen Rechte« für alle Männer und Frauen in Europa und in der Welt gekämpft haben, und sie beabsichtigt, diesen Kampf fortzusetzen. Um die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1793 zu zitieren: »Unterdrückung der Gesamtheit der Gesellschaft ist es, wenn auch nur eines ihrer Glieder unterdrückt wird; Unterdrückung jedes einzelnen Gliedes ist es, wenn die Gesamtheit der Gesellschaft unterdrückt wird.« Die Gewalt neokon-

servativer Angriffe und die Bedrohung durch ethnische Hysterie in ganz Europa machen das Thema der Verteidigung und Ausweitung der Menschenrechte zu einem großen Schlachtfeld. Die EL nimmt ihren Platz an vorderster Front derer ein, die eine Gesellschaft der Freiheit und Gleichheit verteidigen. Der Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und eine essentialistische Auffassung von Nationen, die sich ausschließlich auf Blutsrecht gründet, hat für uns Priorität. Der Kampf gegen Terrorismus darf nicht zu einer Verlingerung politischer Freiheiten führen.

Die Rechte politischer Vereinigungen und der Gewerkschaften müssen verteidigt werden. Der Ausnahmezustand, der sich allmählich über Europa ausbreitet, muss beendet werden. Der Kriminalisierung sozialer und demokratischer Bewegungen muss entgegen getreten werden. Es ist wichtig, wirklichen Pluralismus und tatsächliche Pressefreiheit zu garantieren, die den Interessen der großen Medienkonzerne etwas entgegensetzt.

Überall in Europa müssen politische, soziale, demokratische und die ganze Bandbreite der Menschenrechte entlang der höchsten Kriterien angeglichen werden. ArbeiterInnen in Europa brauchen starke allgemeine Rechte im Arbeitsrecht und das Recht auf eine Sozialversicherung, insbesondere im Kontext der Entwicklung von grenzüberschreitenden Arbeiterbewegungen.

Das ist besonders bei der Anwendung von Geschlechtergerechtigkeit in wirtschaftlichen und politischen Bereichen der Fall. Gleiche Bezahlung ist dringend notwendig. Überall in Europa sollten

Frauen selbst entscheiden, was sie mit ihrem Körper machen. Niemand sollte verkauft oder gezwungen werden, seinen Körper zu vermieten. Wir rufen dazu auf, den Kampf gegen Menschenhandel zu intensivieren. Wir glauben, dass Prostitution abgeschafft werden soll.

Das Recht auf säkulare Bildung und ein funktionierendes Gesundheitssystem, das Recht in einer sauberen Umwelt zu leben, das Recht auf Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit, das Recht auf Zugang zu einem unabhängigen Justizsystem, das frei ist von Druck, faire Verfahren anbietet und Akten von Willkür widersteht, muss in ganz Europa sichergestellt sein. LGBTIQ-Menschen sind Opfer von Diskriminierung oder in einigen Ländern sogar von Verfolgung; in der Schule, am Arbeitsplatz, beim Zugang zu medizinischer Behandlung, oft mit der stillschweigenden Duldung der Behörden und der Polizei. Sie sind die Zielscheibe eines konservativen Diskurses über die Familie, der darauf abzielt, das Patriarchat zu stärken. In den meisten europäischen Ländern haben Transgendern Menschen nicht das Recht, ihre eigene Genderidentität zu bestimmen.

Bildung spielt eine große Rolle dabei, Bürgerinnen und Bürger zu formen. Wir stehen für eine Bildungsidee, die sich von der Vorstellung von Bildung nach dem Nützlichkeitsprinzip, die sich allein an unmittelbaren wirtschaftlichen Bedürfnissen orientiert, abwendet. Bildung sollte Bürgerinnen und Bürger auf die Zukunft vorbereiten und frei sein von Vorurteilen gegenüber Ethnie oder Geschlecht. Sie sollte die Vermittlung von beidem, Wis-

sen und Fähigkeiten, verbinden. Schulen müssen gebührenfrei, säkular und frei vom Einfluss privater oder religiöser Interessen sein. Universitäten und Forschung müssen vom wirtschaftlichen Druck befreit werden.

Die EL kämpft für eine Harmonisierung der Rechte und die Angleichung von Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik an die höchsten Standards in Europa.

7. FÜR EINEN EUROPÄISCHEN RAUM DES FRIEDENS UND DER SICHERHEIT

Eine regionale Kooperation für den Fortschritt könnte den Weg der Globalisierung hin zu einer Welt des Friedens und eines internationalen Handels, der gerecht für alle ist, den menschlichen Bedürfnissen entspricht und die globalen ökologischen Herausforderungen annimmt, maßgeblich gestalten. Die europäische Nachbarschaftspolitik und die inneren Beziehungen der EU müssen von den Prinzipien der Kooperation und Ko-Entwicklung geleitet sein, insbesondere im Mittelmeerraum, ebenso mit Afrika, Asien und den lateinamerikanischen Ländern.

Lateinamerika und die Karibik sind ins Zentrum der Aufmerksamkeit der herrschenden Klassen gerückt. Sie wollen ihren verlorenen Einfluss wiedergewinnen und die progressiven Regierungen in der Region stürzen, die für die Rechte der Menschen gegen kapitalistische und imperialistische Interessen eintreten. Die EL arbeitet mit ihren Schwesterparteien der Region zusammen, damit die Interessen der Mehrheit über die Interessen des »einen Prozents« triumphieren.

Assoziierungsabkommen der Europäischen Union müssen ein Hebel für sozialen Fortschritt und den Schutz von Rechten sein. Sie können ausgesetzt werden. Insbesondere sollte das Abkommen mit Israel solange ausgesetzt werden, wie Israel damit fortfährt, die internationalen Menschenrechte zu verletzen. Europa muss ein Hebel für Frieden und die Verteidigung der Rechte der Bevölkerung sein, insbesondere in seiner unmittelbaren Nachbarschaft: dem Nahen Osten und der Ukraine.

Wir müssen die erforderlichen diplomatischen Initiativen ergreifen, um politische Lösungen für die Konflikte im Nahen Osten zu schaffen, die einen gerechten Frieden in der Region wiederherstellen und eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung fördern, die den Grundbedürfnissen der Menschen entspricht. Alle europäischen Staaten und die EU selbst müssen Palästina anerkennen. Die Europäische Linke tritt für die Schaffung eines gerechten und nachhaltigen Friedens zwischen Israel und Palästina unter Anwendung der UN-Resolutionen ein. Mit anderen Worten: die Anerkennung eines existenzfähigen Staates Palästina in den Grenzen von 1967 mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt.

Es muss eine politische Lösung für die Anerkennung der Sahrauis gefunden werden, indem ein Referendum über die Selbstbestimmung abgehalten wird.

Die EL ist gegen eine weitere Militarisierung der EU-Außenpolitik und die Einmischung der Militärkräfte europäischer Länder bei externen Operationen. Wir müssen uns gegen die aggressive Prä-

senz der NATO in Europa stellen und dieser Kampf muss zur Auflösung der NATO führen. Eine verstärkte Militärpräsenz der USA vor allem in Osteuropa muss verurteilt werden. Die Teile des Raketenabwehrsystems, die derzeit gebaut werden oder schon in Betrieb sind, müssen umgehend wieder abgebaut werden. Wir müssen uns gegen eine steigende Militarisierung der osteuropäischen Gesellschaften durch die Schaffung von Bürgerwehren aus meist ultranationalen Kreisen stellen. Russland und die Europäische Union müssen einen Weg zum friedlichen und konstruktiven Dialog finden, bei dem alle Themen, die militärische, politische oder territoriale Spannungen oder solche in Fragen der Energieversorgung verursachen, auf den Tisch kommen.

Das Zypernproblem ist im Kern ein internationales Problem der Invasion und illegalen Besetzung und verletzt die Grundprinzipien des Völkerrechts und der UN-Charta, hat aber auch einen internen Aspekt der Wiederherstellung der Beziehungen zwischen den zwei Gemeinschaften auf Zypern, der griechischen und der türkischen ZypriotInnen. Die Verhandlungen zwischen den Anführern der beiden Gemeinschaften Zyperns, die unter der Aufsicht der UN stattfinden, stehen an einem entscheidenden Wendepunkt. Eine umfassende, friedliche Lösung des Zypernproblems muss mit den hochrangigen Abkommen von 1977 und 1979, der UN-Charta, dem Völkerrecht und dem Acquis Communautaire der EU übereinstimmen sowie mit den vereinbarten Rahmenabkommen für einen bi-kommunalen, bi-zonalen föderalen Staat mit einer

Staatshoheit, einer einheitlichen international anerkannten Körperschaft und einheitlicher Staatsbürgerschaft, wie es in diversen Resolutionen des UN-Sicherheitsrats festgelegt wurde. Gleichzeitig muss sie die politische Gleichheit der zwei Gemeinschaften im Rahmen einer Föderation sicherstellen, wie es von den UN-Resolutionen vorgezeichnet wurde.

Die Europäische Linke unterstützt die fortlaufenden Verhandlungen und erinnert an die entscheidende, unterstützende und konstruktive Rolle der linken Kräfte, die die Rechte der zypriotischen Bevölkerung, der griechischen und türkischen ZypriotInnen, verteidigten, in einem vereinten und freien Land zu leben. Aus diesem Grund sollte die Lösung den Rückzug der türkischen Besetzungstruppen und Siedler sowie die Beendigung des anachronistischen Systems ausländischer Garantien beinhalten und die Einheit und territoriale Integrität der Republik Zypern wiederherstellen. Ebenso sollten die Menschenrechte und grundlegenden Freiheiten aller ZypriotInnen wiederhergestellt und gesichert werden, einschließlich des Rechts auf Wiederkehr der Geflüchteten in ihre Heimat und zu ihrem Besitz.

Die Zypernfrage muss durch die Schaffung einer Zwei-Zonen-Föderation gelöst werden, die politische Gleichheit für alle zypriotischen Bevölkerungsteile herstellt, für die griechische genauso wie für die türkische Gemeinschaft. Die Europäische Linke unterstützt den fortlaufenden Dialog zwischen den Gemeinschaften unter der Schirmherrschaft der UN und den linken Kräften, die eine entscheidende Rolle

bei der Verteidigung der Rechte aller Menschen von Zypem spielen.

Wir müssen uns von der Idee einer »Festung Europa« lossagen. Europa und die Mitgliedstaaten müssen MigrantInnen in einer Situation, in der die Krise der neoliberalen Globalisierung, Kriege, Chaos und Barbarei ganze Regionen der Welt verwüsten, ein angemessenes Willkommen bereiten. Migrationspolitik muss gemeinsame europäische Verantwortung bedeuten. Ebenso muss die extreme Ausbeutung der Arbeitenden und die Nutzung illegaler Arbeit bekämpft werden. Die Schengenabkommen müssen neu verhandelt werden und eine Politik für internationale Migration und Bewegungsfreiheit, die weltweit ein strukturelles Phänomen sind, beinhalten, auch eine der Ko-Entwicklung.

In fünfzehn Jahren wird Afrika ein Viertel der Weltbevölkerung repräsentieren. Am Ende des Jahrhunderts wird die Hälfte der Weltbevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren afrikanisch sein. Über Notfallhilfe hinaus ist es notwendig, eine Partnerschaft für nachhaltige gemeinsame Entwicklung zwischen europäischen und afrikanischen Ländern anzusteuern. In Bezug auf demographische Explosion und wirtschaftliche Rückständigkeit bildet das subsaharische Afrika eine entscheidende Herausforderung für das 21. Jahrhundert. Frieden und Wohlstand des Planeten hängen daher zu einem großen Ausmaß von den nötigen Antworten auf die folgenden Herausforderungen ab: die Sicherstellung von Arbeitsplätzen und der Zugang zu fundamentalen Gütern und Diensten für die Bevölkerung. Die natürli-

chen Ressourcen müssen der Ausbeutung durch die großen multinationalen Unternehmen entzogen und wieder in die Hände der Bevölkerung gelegt werden.

ZUSAMMENFASSUNG: HANDLUNGSACHSEN

Die EL plant die folgenden grundsätzlichen Politiken als Basis für breite, offene Kampagnen, die bereits initiierte Aktionen untermauern:

Für ein Europa, das es den Menschen ermöglicht, die Kontrolle über ihre ökonomischen Entscheidungen zu übernehmen: Für den Rückzug vom Fiskalpakt, stattdessen für einen europäischen Investitionsplan, der Arbeitsplätze, öffentliche Dienste, die Energiewende und den ökologischen Übergang fördert, abhängig von der Zustimmung der Mitgliedstaaten; für eine Umstrukturierung und Neuverhandlung der Staatsschulden, für eine grundsätzliche Reform und eine Umleitung von Kapitalspritzen der EZB in eine Entwicklungspolitik, die für alle von Nutzen ist. Für soziale Harmonisierung, die der einzige Weg ist, um das um sich greifende Sozialdumping zwischen den Mitgliedstaaten zu verhindern. Das bedeutet die Infragestellung der bestehenden europäischen Verträge, angefangen mit dem Vertrag von Lissabon, sowie des wirtschaftspolitischen Steuerungsmechanismus, des Fiskalpakts und des europäischen Semesters.

Für die Schaffung einer breiten populären und progressiven linken Front gegen die extreme Rechte und Faschismus.

Förderung einer breiten Einheit zwischen der Arbeiterklasse und den Armen durch die Bekämpfung von Armut und Austerität sowie Förderung von Solidarität.

Für den Kampf gegen Steuerhinterziehung: keine Straffreiheit bei Steuerhinterziehung.

Für eine Reduzierung der Arbeitszeit, ein angemessenes Einkommen für alle und eine öffentliche Investitionspolitik, die Beschäftigung begünstigt.

Für den Rückzug aus den TTIP- und TISA-Verhandlungen und eine Verhinderung der Ratifizierung von CETA.

Für gleiche Rechte für alle: Geschlechtergerechtigkeit in allen Bereichen.

Für ein würdevolles Willkommen und eine Politik, die MigrantInnen und Flüchtenden hilft.

Für einen fundamentalen Wandel des Energiesystems mit einer drastischen Reduktion der CO₂-Emissionen und einer Zukunft, die auf ökologisch nachhaltiger Energie basiert.

Für ein Europa, das sich für den Frieden einsetzt. Für nukleare Abrüstung, den Abbau von Raketenabwehrsystemen, für eine Friedensinitiative im Nahen Osten.

III. Die Kräfteverhältnisse in Europa ändern

1. EINHEIT SCHAFFEN FÜR EINE GEMEINSAME PROGRESSIVE FRONT

Wir haben aus den letzten drei Jahren wichtige Lektionen zu lernen. Eine linke Regierung in Griechenland zeigt sowohl, dass Wahlsiege möglich sind als auch, dass die Veränderung der Kräfteverhältnisse in einem einzigen Land nicht ausreicht. Wir müssen auch in anderen Ländern Brechen schlagen, um die Machtverhältnisse in Europa umzukehren. Die griechische Erfahrung dauert an und die GriechInnen werden wiederholt die europäischen Kämpfe gegen die Troika und in der Eurogruppe gewinnen müssen.

Der Fortschritt linker Bündnisse in Europa in den letzten Jahren zeigt, dass Einheit bei einem Thema kein leerer Slogan ist. Die Entwicklung der Kräfteverhältnisse in Europa kann nach und nach eine

andere mögliche Zukunft aufzeigen, um mit den Grundprinzipien sowohl der Austeritätslogik, der neoliberalen Politik und der Logik der Fremdenfeindlichkeit zu brechen, wo auch immer sie herkommen.

Das ist die Herausforderung für die gesamte europäische Linke. Wir brauchen Siege, die eine linke Alternative in unseren Ländern und auf europäischer Ebene glaubhaft machen. Was für Griechenland oder Portugal gilt, wird in den kommenden Jahren auch gelten, wenn eine andere linke Kraft die höchsten Machtebenen erreicht.

Um den Anstieg fremdenfeindlicher Kräfte effektiver zu bekämpfen, um eine glaubwürdige politische Alternative zur Sparpolitik zu entwickeln, um die pessimistische Haltung und neoliberale Orientierung bei der Mehrheit der sozialdemokratischen Regierungen herauszufordern,

muss die Linke in der Lage sein, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um eine neue historische Front zu bilden. Diese Front muss eine Mehrheit repräsentieren und fähig sein, die sozialen Kräfte, die ein Interesse daran haben, Veränderungen bei Themen wie sozialer Gerechtigkeit, Grundrechten und Volkssouveränität zu erreichen, zu vereinigen.

Unser Ziel ist es schlicht, alle Bevölkerungsschichten zu vereinen, die die Verwüstung durch den Raubtierkapitalismus nicht mehr hinnehmen wollen, insbesondere die populäre Schicht («popular strata» d.Ü.), die die Mehrheit der Bevölkerung bildet, deren Lebensstandard stagniert oder sinkt.

Anfänge existieren bereits. Einige Sektoren sind offen oder können anschlussfähig sein, so wie politische, soziale, zivilgesellschaftliche und intellektuelle Bewegungen, die ihre Opposition gegenüber der bestehenden Orthodoxie der Budgetüberschüsse und Austeritätspolitik zum Ausdruck bringen. Die EL ruft daher dazu auf, das breitest mögliche Spektrum jener Linken zu versammeln, die den Wunsch teilen, die Politik aufzuhalten, die die Idee einer Annäherung der europäischen Bevölkerung zerstört.

Die Gewerkschaften, die für die Rechte der Arbeitenden kämpfen, bilden einen entscheidenden Angelpunkt zur Neugründung Europas. Wir brauchen eine aktive Gewerkschaftsbewegung, wenn wir von der Austeritätspolitik abrücken wollen. Soziale Bewegungen, die auf europäischer Ebene organisiert sind, wie die Aktionen der Dockarbeiter gegen die Direktive, die Häfen zu privatisieren, sind

nötig. Die EL unterstützt deren Entwicklung. Die EL ist bereit, auf europäischer Ebene mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund und aufgeschlossenen Gewerkschaften für ein europäisches Projekt zusammen zu arbeiten, das für die Arbeitenden von Nutzen ist. Die EL hat die entscheidende Bedeutung der Gewerkschaften und der Arbeitskämpfe bei der Veränderung der Kräfteverhältnisse zugunsten der arbeitenden Klasse und der Menschen im weiteren Sinne anerkannt. Wir werden dabei helfen, alle Arbeitenden bei der Initiierung von Streiks oder anderen Arbeitskämpfen zum Nutzen der Gewerkschaftsmitglieder zu unterstützen, und alle Formen der Solidarität und Information über diese Aktionen in ganz Europa befördern.

Die kulturelle Auseinandersetzung ist von entscheidender Bedeutung. Die kulturelle Vielfalt der Menschen in Europa ist eine Quelle, die erhalten werden muss. Die herrschenden Klassen benutzen Kultur als eine Waffe, um den Menschen ihre eigenen Vorstellungen aufzuzwingen und um die neoliberale und neokonservative Offensive in den Köpfen und politischen Vertretungen zu legitimieren, dabei häufig die politischen und sozialen Konzepte der Linken verdrehend. Für die Europäische Linke ist Kultur ein Werkzeug der Emanzipation, um Ideen von Frieden, Widerstand gegen Unterdrückung, Solidarität und den Schutz des Gemeinwohls zu fördern.

Das Tempo des politischen Wandels in den letzten Monaten zeigt uns, dass dies eine realistische Vision ist. Syrizas Wahlsieg in Griechenland, trotz der Hindernis-

se, die ihnen von der aggressiven Haltung der herrschenden Klassen Europas bereitet wurden; die Wahl Jeremy Corbyns zum Chef der Labour Partei; der Zugewinn der Linken in Portugal und die Veränderungen in Spanien zeigen die Möglichkeiten auf. Die EL bekräftigt ihre Bereitschaft, mit allen linken Kräften zu arbeiten, die sich gegen die Austeritätspolitik wenden, selbst wenn sie in Debatten über Lösungen der europäischen Krise unterschiedlicher Meinung sind. Sie bekräftigt auch ihre Bereitschaft mit SozialdemokratInnen zu arbeiten, die sich weigern, die Werte der Linken zu verurteilen und sich weigern, die neoliberale Offensive zu übertragen. Die EL will engere Kontakte mit ökologischen Kräften knüpfen, die sich nicht mit einem »grünen Kapitalismus« zufrieden geben und den Wunsch teilen, sozialen und ökologischen Wandel zu kombinieren.

Darüber hinaus zeigt die Entstehung von zivilgesellschaftlichen Bewegungen und politischen Kräften in ganz Europa, die – wenn auch manchmal auf etwas unbestimmte Art – das Gleiche fordern, dass es in Europa den beträchtlichen Wunsch der Menschen gibt, sich die Werkzeuge der Staatsmacht und Volkssouveränität wieder anzueignen und auch das Bedürfnis, neue Formen der politischen Aktion zu erfinden. Die Bestrebungen betreffen auch konkrete Forderungen wie die Themen Wohnen, Energie, Wasser und Klima oder die Forderung nach politischer Transparenz und der Demokratisierung der öffentlichen Sphäre. Diese Bewegungen stellen das Grundthema des Gemeinwohls in das Zentrum der Debatte.

2. EINEN DAUERHAFTEN RAHMEN FÜR DIE PROGRESSIVEN KRÄFTE IN EUROPA SCHAFFEN.

Die EL selbst wurde durch das Zusammenbringen von Kräften aus den unterschiedlichsten Traditionen gegründet. Sie konnte sich dank eines Konsenses entwickeln, der ihre Verschiedenheit respektierte. Gleichzeitig ist sie konsistenter geworden. Es gibt neue Debatten in unseren Reihen über die Herausforderungen der neuen Phase, die gerade beginnt. Wir müssen mit den Kräften, die der EL nicht beitreten wollen, immer besser zusammenarbeiten.

Ausgehend vom aktuellen Stand des Kräfteverhältnisses in Europa hat unsere Partei sich entschlossen, die notwendigen Initiativen zu ergreifen, um einen neuen Abschnitt in unserer Bestrebung zu beginnen, die progressiven Kräfte zu vereinen und sich mit ihnen zu solidarisieren. Das zentrale Thema ist das ständige Streben nach einer Kooperation mit allen progressiven Kräften Europas. Dies muss auf resolute, kühne Art geschehen. Wir müssen mit allen Kräften, die in der Fraktion GUE/NGL im EU-Parlament vertreten sind, arbeiten. Die GUE/NGL spielt eine zentrale Rolle beim Schutz der Prinzipien der Solidarität und Gerechtigkeit, der Menschen- und Frauenrechte sowie der öffentlichen Dienste und des Friedens. Wir müssen auch mit den neuen linken Bewegungen, die überall in Europa gegründet werden, zusammenarbeiten, so in Spanien, Belgien, Irland, Polen und den Balkanländern und, ohne jemanden auszuschließen, mit neuen Bürgerbewegungen und Initiativen mit einer kriti-

schen Haltung zu den europäischen Institutionen und der gemeinsamen Währung. Es gibt auch Kräfte, die zur Zusammenarbeit bereit sind, unter anderem ökologische oder Teile der Sozialdemokratie.

Dafür will die EL die bereits gestarteten Initiativen stärken, so wie das Forum des Südens in Barcelona, das Forum der Alternativen in Paris und die Allianz gegen Austerität in Athen. Diese bilden einen Rahmen, der sozialen, zivilgesellschaftlichen und intellektuellen Bewegungen ein Zusammentreffen ermöglicht. Die Europäische Bürgerinitiative zu Wasser und TTIP und die Kampagnen für Geschlechtergerechtigkeit und Frauenrechte sind ebenfalls Foren für gemeinsame, pluralistische Aktionen, bei denen die EL sehr aktiv ist.

Dabei entsteht die Frage eines neuen qualitativen Sprungs für diesen Ansatz. Die gegenwärtigen Herausforderungen illustrieren die Notwendigkeit neuer, breiterer Bündnisse. Wir rufen zur Schaffung und Organisation eines neuen politischen Raums auf europäischer Ebene auf, der anfangs ein jährliches europäisches politisches Forum sein könnte. Das Ziel dieses Raums würde sein, all jene politischen, sozialen, gewerkschaftlichen, intellektuellen und NGO-Kräfte zusammen zu bringen, die derzeit einen Ausweg aus der Krise durch Fortschritt suchen. Diese unterschiedlichen Kräfte stimmen vielleicht nicht komplett in der Frage über den besten Weg überein, auf dem dieser Kampf zu führen ist. Das Entscheidende ist aber, ein gemeinsames Ziel zu teilen. Das Forum Sao Paulo weist hierbei den Weg. Das dort abgedeckte politische Spektrum ist bewusst breit und bringt Kräfte zu-

sammen, die das gleiche Interesse teilen, die Menschenrechte, soziale Rechte und die Volkssouveränität zu schützen. Dies würde in Bezug auf die aktuelle Situation einen historischen gemeinsamen Nenner betonen, beginnend bei den bereits existierenden Beziehungen der Kräfte, über die zeitweise auftretenden Meinungsverschiedenheiten hinwegsehend.

Um dieses Ziel zu erreichen und selbst in dessen Dienste stehend, schlägt die EL allen verfügbaren Kräften in Europa vor, ein jährliches politisches Forum zu schaffen, das allen politischen, demokratischen und progressiven Kräften offensteht. Dieses Forum würde die Realisierung gemeinsamer Kämpfe unterstützen sowie den Versuch eines Machtausgleichs in Europa angehen. Es soll offen, plural und partizipativ sein, mit Bewegungen und Intellektuellen, hinarbeitend auf ein Arbeitsprogramm für ein gemeinsames Bündnis.

Die EL schlägt vor, das erste Forum im Herbst 2017 in Marseille abzuhalten.

Die EL, die heute neue Kräfte begrüßen konnte und von nun an 38 Mitglieder, Beobachter und Partner aus 25 Ländern hat, wird ihre Kräfte auf dieses Projekt einschwören, und das unter Einbeziehung aller und in der Verantwortlichkeit der neuen Steuerungs- und Vertretungsinstanzen: der kollektiven Präsidentschaft, des Politischen Sekretariats und des Vorstands.

Perspektivisch könnte die EL ihre Handlungen nicht nur während ihres Kongresses alle drei Jahre, sondern jedes Jahr bei der von der Satzung definierten jährlichen Generalversammlung, neu abstimmen.

ANHÄNGE ZUM POLITISCHE DOKUMENT

Einige Arbeitsgruppen der EL haben Anhänge zum Politischen Dokument vorgelegt.

Das sind:

- Afrika- Arbeitsgruppe
- Balkannetzwerk
- Bildungs- Arbeitsgruppe
- Landwirtschafts-Arbeitsgruppe
- Arbeitsgruppe Lateinamerika und Karibik
- LSBT¹-Arbeitsgruppe
- Arbeitsgruppe Migration
- Arbeitsgruppe Mittel- und Osteuropa
- Arbeitsgruppe Naher Osten und Nordafrika
- Arbeitsgruppe Öffentlicher Dienst
- Umwelt- Arbeitsgruppe

Die Anhänge sind unter **www.die-linke.de** im Bereich Internationales unter Europäische Linke -> Kongresse -> Berliner Kongress 2016 auf Englisch, Französisch und künftig auch auf Deutsch abrufbar.

1 Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle/
Transgender/Transident



Partei der Europäischen Linken

Beschlüsse

Inhalt

Anträge, die en bloc abgestimmt wurden	60
Abstimmungsergebnis:	60
Antrag: Für eine neue EL-Arbeitsgruppe »Vereinigte Staaten/Kanada«	60
Antrag: Indigene Rechte	61
Antrag: Für ein Europa des Friedens und der Abrüstung – Schaffung einer neuen großen europäischen Friedensbewegung	61
Antrag: Unterstützung des Friedensabkommens in Kolumbien – eine Chance für sozialen und politischen Dialog	63
Antrag: Gemeinsam für globale Gerechtigkeit – gegen den G20-Gipfel am 7./8. Juli 2017 in Hamburg	65
Antrag: Eine große Kampagne, um Frauenhandel zu stoppen	65
Antrag: Stoppt Erdogan! Freiheit für alle politischen Gefangenen in der Türkei! Solidarität mit HDP und DBP!	66
Antrag: Schülerbewertung – ein radikales Umdenken ist nötig	67
Antrag: 50 Jahre israelische Besatzung – Für einen gerechten Frieden – Solidarität mit den PalästinenserInnen	68
Antrag zur Selbstbestimmung der Westsahara	70
Antrag: Feministische Allianzen bilden – eine feministische Karawane durch Europa	72
Antrag: Jugendpolitik – Ist sie notwendig und warum sollte sie uns wichtig sein?	74
Separat abgestimmte Anträge	78
Abstimmungsergebnisse:	78
Antrag zu den Wahlen in Deutschland und Frankreich 2017	78
Antrag: Den Frieden im Baskenland unterstützen	79

Anträge, die en bloc abgestimmt wurden

ABSTIMMUNGSERGEBNIS:



ANTRAG:
FÜR EINE NEUE EL-ARBEITSGRUPPE
»VEREINIGTE STAATEN/KANADA«

Einschätzung

In Anbetracht der andauernden Veränderung und sich vertiefenden Krise der politischen Landschaft in den USA, die sich permanent radikalisiert, erscheint das Entstehen neuer politischer Subjekte unausweichlicher denn je. Der gescheiterte Versuch der Zweiparteien-Eliten, mit den Menschen zu kommunizieren, Verbindungen zu schaffen und echte politische Perspektiven und Lösungen in diesen unruhigen und entzweierenden Zeiten zu finden, bedeutet ein radikales Versagen der Demokratie. Ständig entstehen alternative, antipolitische oder Anti-Establishment-Bewegungen, die versuchen die Art, wie Politik gehandhabt und kommuniziert wird, zu reorganisieren. Diese neuen politischen Organisationen fordern Veränderungen: eine neue politische und soziale Agenda, strikte und umgehende Maßnahmen gegen Ungleichheit und soziale Ungerechtigkeit, gegen die betrügerische Ökonomie der Wall Street und die Diktatur der Banken, den Klimawandel, den permanenten Kriegszustand

und eine daraus resultierende Politik der Angst, Kontrolle und Notstandsregierungen, eskalierende Gewalt, etc. Occupy Wall Street, Black Lives Matter und Bernie Sanders sind nur einige Beispiele dieser neuen Stimmen. Das Phänomen Donald Trump ist auf der anderen Seite ein klares Zeichen der sich vertiefenden politischen Krise, der Radikalisierung, des Erstarkens der extremen Rechten, des Fanatismus, der Legitimierung einer faschistischen Sprache und einer Wirtschaftspolitik, die weitere Ungleichheiten und eine größere soziale Kluft nach sich ziehen würde. Diese Situation verlangt dringend nach der Präsenz der Linken. In den letzten Jahren gab es eine öffentliche Debatte über die Notwendigkeit einer neuen politischen Partei, eine Debatte, die sich im Kontext der Entstehung einer Vielzahl von so genannten Graswurzelbewegungen in den USA entfaltete.

Es ist die politische und historische Pflicht der Europäischen Linken, in dieser nie dagewesenen Situation eine Hand auszustrecken und anzufangen, mit den US-amerikanischen linken Parteien, Bewegungen und Organisationen zu kommunizieren und Bündnisse zu bilden. Dies ist ein entscheidender Punkt im glo-

balen Kampf und der Globalisierung des Widerstands. Die politische Szenerie der USA befindet sich gerade im Wandel und gewinnt an bisher ungesehener Dynamik. Es gibt dort eine große Vielzahl und Verschiedenheit linker Organisationen und Parteien sowie neues öffentliches und mediales Interesse und Unterstützung für radikale linke Politik.

Antrag

Auf dieser Grundlage beantragen wir, eine Arbeitsgruppe zu gründen, die für die Kommunikation und Kooperation mit unseren US-amerikanischen und kanadischen PartnerInnen verantwortlich ist.

ANTRAG: INDIGENE RECHTE

Das ILO-Übereinkommen 169 ist die bedeutendste völkerrechtlich wirksame Vorgabe zum Schutz der Rechte indigener Völker.

Die Europäische Linke konstatiert, dass indigene Völker in vielen Teilen der Welt nicht in der Lage sind, ihre grundlegenden Menschenrechte in gleichem Maße auszuschöpfen wie die restliche Bevölkerung der Staaten, in denen sie leben, und dass ihre Gesetze, Werte, Bräuche und Perspektiven häufig unterdrückt werden.

Die EL findet es äußerst wichtig, dass die Samen, die im Norden Europas in Russland, Finnland, Schweden und Norwegen leben, die gleichen Rechte auf ihre Sprache, Kultur und ihr Land haben müssen, wie vom ILO Übereinkommen 169 vorgegeben.

Die EL schlägt ihren Mitgliedsparteien vor, an der Seite der Samen in ihrem

gerechten Kampf für ihre Rechte zu stehen. Die EL unterstützt die Kampagnen ihrer Mitgliedsparteien, die darauf abzielen, dass die finnische Regierung das ILO-Übereinkommen 169 ratifiziert, das sich mit eingeborenen und in Stämmen lebenden Völkern in unabhängigen Ländern befasst.

ANTRAG: FÜR EIN EUROPA DES FRIEDENS UND DER ABRÜSTUNG – SCHAFFUNG EINER NEUEN GROSSEN EUROPÄISCHEN FRIEDENSBEWEGUNG

Im Laufe der Zeit wurde der Kampf für Frieden mit der Linken identifiziert, als Teil ihrer DNA. Das 20. Jahrhundert, ein Jahrhundert zweier Weltkriege und des Einstiegs in die Atomenergie, war auch ein Jahrhundert, in dem große Antikriegs- und Friedensbewegungen entstanden. Die organisierte Friedensbewegung existierte jedoch bereits vor den zwei Weltkriegen.

Wenn wir als Linke von Frieden reden, darf damit nicht allein die Abwesenheit von Krieg gemeint sein. Wir müssen ein bejahendes und multi-dimensionales Konzept für Frieden fördern, das eng mit Demokratie, Menschenrechten und einer nachhaltigen Umwelt- und Sicherheitspolitik durch Abrüstung verbunden ist, die in der abschließenden Analyse eine gemeinsame Sicherheitspolitik sein muss, keine rein nationale.

Dieser Ansatz zur Entwicklung einer Friedensbewegung konzentriert sich auf das entscheidende Thema der Kontrolle und Reduzierung der globalen Militärausgaben, die seit Jahren die Ausgaben

während des Kalten Krieges weit übersteigen und heute im Durchschnitt fünf Milliarden Dollar pro Tag ausmachen. Es ist leicht nachzuvollziehen, was das für die Weltwirtschaft und noch mehr für die Gesellschaften bedeutet.

Die Welt und insbesondere Europa kennen potenziell den Frieden gefährdende Situationen, da die Militarisierung der internationalen Beziehungen mittlerweile Standard geworden ist und nicht mehr die Ausnahme bildet. In ihrem Willen, Frieden zu schaffen, weist die EL jede Form von Unterstützung für Regierungen zurück, die wie in der Ukraine offen neonazistische Parteien aufnehmen. Die EL lehnt jede Art von Kriegstreiberei von imperialistischen und nationalistischen Kräften ab, die die internationalen Spannungen noch verschärfen und Menschen in Krieg, Armut und Exil treiben.

Nach der EU-weiten »Flüchtlingskrise«, dem Referendum über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU und der Forderung des neu gewählten US-Präsidenten Donald Trump nach höheren Verteidigungsausgaben der anderen NATO-Mitgliedsstaaten haben führende VertreterInnen der EU-Körperschaften und Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten die Notwendigkeit einer engeren Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit betont.

Immer offener spricht die EU davon, ihre Instrumente für die Umsetzung geopolitischer und ökonomischer Interessen durch militärische Mittel zu erweitern. Eine stärkere militärische Kooperation und Integration der Streitkräfte der EU-Mitgliedsstaaten wird als ein Weg beworben, um

die Europäische Integration zu retten.

Die Partei der Europäischen Linken ist strikt gegen eine wie auch immer geartete Militarisierung der EU. Das betrifft zum Beispiel eine erweiterte Zusammenarbeit von EU und NATO, die Anhebung des Militäretats der Mitgliedsstaaten um zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), den weiteren Ausbau der Waffenindustrie der Europäischen Union einschließlich eines EU-Forschungsprogramms im Bereich Verteidigung, die Schaffung eines Europäischen Verteidigungsfonds, die Umwandlung der EU in eine »Europäische Verteidigungsunion« mit gemeinsamen Streitkräften und einem EU Hauptquartier sowie die erneute Ausweitung der bereits gegen Russland bestehenden Sanktionen.

Die Partei der Europäischen Linken wendet sich vehement gegen diese Forderungen und Initiativen. Wir brauchen nicht mehr, sondern weniger Aufrüstung. Geringere Rüstungs- und Militärausgaben werden bei der Finanzierung sozialer Verbesserungen und der dringend benötigten Anhebung der Förderung von globaler Entwicklungszusammenarbeit von Nutzen sein. Wir brauchen keine Erweiterung der Sanktionspolitik, sondern Entspannungspolitik, gleichberechtigte Kooperation und Frieden. Die EU darf nicht in ein Militärbündnis mit gemeinsamen Streitkräften und Hauptquartieren umgewandelt werden. Sie muss dem Frieden, der sozialen Solidarität und wirtschaftlichen Zusammenarbeit dienen. Die Möglichkeiten der Vereinten Nationen (UN) und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) soll-

ten ausgeschöpft und demokratisch erweitert werden. Wir stehen für ein neues Friedens- und Sicherheitssystem, das Russland mit einschließt und auf der OSZE basiert, für die Auflösung der NATO, einen Ausstieg aus den militärischen Strukturen der NATO und ein Ende militärischer Blöcke. Drohungen und Sanktionen führen nur zu weiteren Spannungen und entsprechenden Gegenmaßnahmen, nicht jedoch zu Entspannung und Frieden. Insbesondere in Hinblick auf die weltweit bereits existierenden militärischen Konflikte und die Gefahr größerer bewaffneter Konflikte bleibt unser Ziel eine Europäische Union der Abrüstung und des Friedens!

Um diese Ziele in allen Bereichen der EU demokratisch zu verankern, schlagen wir vor, dass die EL und ihre Mitgliedsparteien im kommenden Jahr, 2017, gemeinsam mit Initiativen der Friedensbewegung Kampagnen gegen eine weitere Militarisierung der EU und für die Umsetzung unserer politischen Ziele fördern und organisieren.

Insbesondere

- für eine sofortige Beendigung des Krieges in Syrien. Dies hat in Zusammenhang mit dem Migrations- und Flüchtlingsthema heute oberste Priorität.
- für eine drastische Reduzierung der weltweiten Militärausgaben und die Ablehnung der von der NATO an ihre Mitgliedsstaaten gestellten Forderung ihrer Erhöhung.
- für die Förderung einer antifaschistischen und antimilitaristischen Dimension der Friedensbewegung, die verschiedene Trends vereint, wie die

feministische, die ökologische und die Menschenrechtsbewegung, und insbesondere die junge Generation inspirieren könnte.

- für Aktivitäten in den Bereichen Bildung, Kultur und Sport. Es sollte eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit gestärkt werden, indem die entsprechenden Programme der UNESCO und des internationalen anti-militaristischen Erbes, das der Menschheit verblieben ist, genutzt werden.

Die Gegenproteste beim NATO-Gipfel 2017 in Brüssel, in die die EL bereits aktiv involviert ist, werden im Fokus stehen. Zusätzlich wird die Bildung einer Arbeitsgruppe »Frieden« in der EL angestrebt.

ANTRAG: UNTERSTÜTZUNG DES FRIEDENSABKOMMENS IN KOLUMBIEN – EINE CHANCE FÜR SOZIALEN UND POLITISCHEN DIALOG

Mit dem zwischen der kolumbianischen Regierung und der Guerillaorganisation FARC-EP in Havanna vereinbarten Abkommen sind beide Seiten nahe daran, endlich den internen bewaffneten Konflikt zu beenden, der nahezu ein halbes Jahrhundert zuvor begann. Einige der Gründe für diesen langwierigen und gewalttätigen Disput waren ungleiche Landrechte und mangelnde staatlich geförderte Sozialversicherungssysteme, Bildung und Gesundheit für alle BürgerInnen unabhängig von Einkommen oder sozialer Herkunft. Menschen, die gegen diese Situation protestierten, liefen und laufen Gefahr, dafür umgebracht zu werden.

Die Partei der Europäischen Linken (EL) begrüßt die politische Reife der beiden verhandelnden Parteien nach der Ablehnung des Abkommens in einem Referendum am 2. Oktober 2016 und die Bekräftigung ihres Wunsches, die Friedensgespräche, die unter Aufsicht der Gewährsstaaten Kuba und Norwegen und unterstützt von Venezuela und Chile im Oktober 2010 begannen, zu einem zufriedenstellenden Ergebnis zu bringen.

Wir betonen die zentrale Bedeutung, die die Verhandlungen für die Entschädigung der Opfer dieses Konflikts haben. Zu diesen gehören über 6,5 Millionen KolumbianerInnen, die zwangsumgesiedelt wurden und denen mehr als sieben Millionen Hektar Land genommen wurden, aber auch die 200.000 Getöteten, die über 45.000, die verschwunden sind, und die tausenden von KämpferInnen, die ihr Leben verloren.

Die EL zollt den Bemühungen der VerhandlerInnen Tribut, die weniger als sechs Wochen nach Ablehnung des Abkommens bei dem Referendum am 2. Oktober mit über 400 Änderungsvorschlägen an den Verhandlungstisch zurückgekehrt waren. Im Anschluss an die erfolgreiche Unterzeichnung des neuen Friedensabkommens durch die Verhandlungspartner am 24. November 2016 begrüßen wir deren gemeinsamen Schritt, das Abkommen mit Hilfe des kolumbianischen Kongresses und der internationalen UN-Mission in Kolumbien umzusetzen.

Die EL begrüßt die Tatsache, dass sich breite Teile der Zivilgesellschaft dem

Friedensprozess in Kolumbien stark verpflichtet fühlen. Wir erachten es als dringend nötig, dass die Friedensgespräche zwischen dem kolumbianischen Staat und der zweitgrößten Rebellenorganisation, der ELN, stattfinden und wir hoffen, dass die offizielle Phase der Gespräche ohne Unterbrechungen stattfindet, so dass das Abkommen im Laufe des Jahres 2017 beschlossen werden kann.

Wir begrüßen die wichtige Arbeit, die in Vorbereitung dieser Gespräche durch die Regierungen von Kuba, Ecuador, Venezuela, Brasilien und Chile zusammen mit unzähligen Initiativen der kolumbianischen Gesellschaft unternommen wurde, die bereit ist, ihren Anteil an der Friedensbildung zu leisten.

Wir bitten die Regierung der Republik Kolumbiens, dringend Maßnahmen zu ergreifen, um das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit sowie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit als Grundprinzipien einer friedlichen Demokratie zu schützen. Diese Prinzipien beinhalten die systematische Bekämpfung paramilitärischer Strukturen in Politik, Wirtschaft und Militär.

Als EL bekräftigen wir unsere Solidarität mit all jenen, die sich sozialer Gerechtigkeit und Frieden in Kolumbien verschrieben haben und die durch politischen Dialog danach streben, in Kolumbien ein politisches, wirtschaftliches und kulturelles System zu etablieren, das eine würdevolle Existenz für alle gewährleistet.

ANTRAG: GEMEINSAM FÜR GLOBALE GERECHTIGKEIT – GEGEN DEN G20-GIPFEL AM 7./8. JULI 2017 IN HAMBURG

Die Köpfe der Regierungen der 20 reichsten und mächtigsten Staaten der Welt werden sich am 7. und 8. Juli 2017 in Hamburg treffen. Es wird ein Treffen der Despoten, Diktatoren, Neoliberalen, rechten Populisten und Antifeministen. Es wird ein Treffen der größten Umwelt- und Klimasünder und der größten Waffenproduzenten und Waffenexporteure der Welt.

Die mächtigsten imperialistischen Staaten der G20 folgen einer Wirtschafts- und Handelspolitik, die auf der Abhängigkeit des globalen Südens vom globalen Norden beruht. Neokoloniale Strukturen verhalfen dem globalen Norden zu einem Gewinn von zehn Euro für jeden Euro, der im globalen Süden durch internationale Freihandelsabkommen ausgegeben wird, durch die Bewaffnung der Mittelmeerlande oder durch Erpressung Anderer im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit.

Wir müssen dem widerstehen. Die Linke muss das Recht auf eine unabhängige Entwicklung des Südens verteidigen. Die deutsche Bundesregierung und die Regierung von Hamburg wollen, dass dieser G20-Gipfel im Zentrum von Hamburg stattfindet, geschützt durch zehntausend PolizistInnen hinter Stacheldraht und Zäunen. Aber es formt sich breiter Widerstand in Hamburg, in Deutschland und in Europa.

Daher ist der G20-Gipfel ein guter Anlass, um für mehr globale Gerechtigkeit zu kämpfen und gegen die herrschende neoliberale Politik, für offene Grenzen und

gegen die mörderische Abschottung der reichen Länder, für eine andere globale Ordnung und gegen neoliberale Freihandelsabkommen. Wir wollen eine Politik der Fairness gegenüber dem Süden.

Mit einer großen, bunten Bündnis-Demonstration am Ende des Gipfels, einem Gegengipfel sowie zivilem Ungehorsam senden wir ein klares Signal an die selbsternannten Eliten des globalen Kapitalismus, dass ihre Weltordnung nicht unsere ist.

Die Partei der Europäischen Linken unterstützt die Proteste gegen den G20-Gipfel und ruft ihre Mitglieder und FreundInnen auf, an den Gegengipfelprotesten in Hamburg im Sommer 2017 teilzunehmen.

ANTRAG: EINE GROSSE KAMPAGNE, UM FRAUENHANDEL ZU STOPPEN

Menschenhandel betrifft 2,5 Millionen Menschen auf der ganzen Welt, die Mehrheit von ihnen sind Frauen. Neben der am meisten verbreiteten Form, der sexuellen Ausbeutung, geht es auch um Zwangsarbeit oder Betteln, um Leibeigenschaft wegen Schulden und um die illegale Entfernng von Organen. In Europa gehen 120.000 Frauen und Mädchen, hauptsächlich aus ökonomischen Gründen, den Menschenhändlern ins Netz. Zwei Drittel von ihnen kommen aus den Ländern der Europäischen Union.

Die Abschaffung des Menschenhandels ist ein Hauptziel des progressiven Kampfes in Europa. Dieser Handel zerstört das Leben der Opfer und ist eine Bedrohung für alle anderen. Er ist eine wichtige Finanzquelle für organisierte

kriminelle Netzwerke. Im Herzen unserer Gesellschaften negieren diese die Prinzipien von Gerechtigkeit, Gleichheit und Hoffnung. Sie tragen dazu bei, Gewalt, Missbrauch und Vergegenständlichung von Menschen und ihren Körpern auf dem Weltmarkt zu normalisieren.

Daher stößt die EL eine große Kampagne zur Beendigung von Frauenhandel an. In jedem einzelnen Land und in ganz Europa geht es um folgende Ziele:

- Anerkennung und Unterstützung für die Opfer,
- Einsatz neuer finanzieller und juristischer Mittel,
- eine europaweite Kooperation, um die Netzwerke zu zerstören.
- Diese Kampagne wird die besten nationalen Gesetze gegen Menschenhandel, die stärksten gegen die Netzwerke und die, die den Opfern die besten Garantien geben, als Ausgangspunkt nehmen.

Die EL entscheidet sich, ein Arbeitsteam zu gründen, das diese Kampagne in Zusammenarbeit mit EL-fem vorbereitet und trägt. Die Arbeitsgruppe wird die Entwicklung der Kampagne sowohl in Hinblick auf die aktuelle Situation als auch die Programmplanung sicherstellen. Sie wird auch in ständigem Kontakt mit den verschiedenen Parteien der EL stehen. Das in Spanien initiierte Netzwerk der »Städte ohne Menschenhandel« verdient es, überall verbreitet zu werden.

ANTRAG: STOPPT ERDOGAN! FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN IN DER TÜRKEI! SOLIDARITÄT MIT HDP UND DBP!

Gestern wurden Büroräume der HDP zerstört und schon seit Monaten hat es das Erdogan-Regime auf die progressiven Kräfte abgesehen. Seit dem Putschversuch vom 15. Juli 2016 – und exemplarisch seit den Angriffen im Dezember 2016 in Istanbul, die klar verurteilt werden müssen – findet ein von Präsident Erdogan und der AKP-Regierung angeführter ziviler Staatsstreich statt. Wieder einmal wurden mehr als 900 PolitikerInnen und VertreterInnen von HDP und DBP inhaftiert. Wieder einmal missbraucht das Erdogan-Regime die schrecklichen Anschläge, um weitere Repressionen durchzusetzen. Die Türkei ist auf dem Weg vom autoritären Regime zur Diktatur. Mehr als 115.000 Menschen haben ihre Arbeit verloren, darunter mehr als 6.300 AkademikerInnen. Mehr als 79.400 wurden inhaftiert, 38.900 festgenommen. Medienanstalten und NGOs wurden geschlossen, um die Opposition zum Schweigen zu bringen und 145 JournalistInnen, 43 BürgermeisterInnen und mehr als 5.300 Mitglieder von HDP, DBP und anderen demokratischen und progressiven Organisationen wurden inhaftiert. Seit Sommer 2015 führen die türkischen Sicherheitskräfte Krieg gegen die kurdische Bevölkerung, töten ZivilistInnen und legen ganze Nachbarschaften und Städte in Schutt und Asche. Die Militärinterventionen der Türkei in Syrien und dem Irak sind eine Bedrohung für die gesamte Region, insbesondere für

die Menschen in Rojava, die versuchen, sich selbstbestimmt zu organisieren.

Erdogan und die AKP verurteilen jeden, der sich gegen die Pläne für ein neues islamistisches Regime stellt, insbesondere ihre alten Feinde, die KurdInnen, Alawiten, Säkulare und SozialistInnen. Wir verurteilen die Verhaftung von JournalistInnen, GewerkschafterInnen, RichterInnen und AkademikerInnen sowie von HDP-ParlamentarierInnen, BürgermeisterInnen von HDP und DBP und Parteimitgliedern auf das Schärfste. Wir fordern ihre umgehende Freilassung und dass die türkische Regierung endlich die Menschenrechte respektiert.

Ein demokratisches Referendum kann nicht während eines Ausnahmezustands stattfinden oder per Dekret befohlen werden. Die Europäischen Institutionen müssen auf die Unterdrückung in der Türkei reagieren. Wir rufen die EU und ihre Mitgliedsstaaten dazu auf, klare Position zu beziehen und Erdogan zu zwingen, diesen gewalttätigen Kreislauf zu beenden. Das schließt die Aussetzung des Flüchtlingsabkommens und der verschiedenen EU-Türkei-Kooperationsabkommen ein, so lange die Demokratie nicht respektiert wird. Die Zusammenarbeit auf militärischer und Geheimdienstebene muss ebenso umgehend ausgesetzt werden wie Waffenlieferungen aus europäischen Ländern an die Türkei. Zugleich lehnen wir die islamophobe Argumentation, von der die EU-Mitgliedschaftsdebatte dominiert wird, entschieden ab.

Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sowie Aktions- und Solidaritätsbewegungen

sollten dabei Unterstützung geben, in der Türkei Frieden zu schaffen und eine nationale Dialoglösung, zwischen dem Regime, der kurdischen Bewegung und allen politischen und kulturellen Teilen des Landes zu finden. Die Freilassung von Öcalan und die Entfernung der PKK von der Terrorliste der EU könnten ein erster Schritt in Richtung Frieden sein.

Wir erklären unsere Solidarität mit den GenossInnen der HDP und DBP. Freiheit für Selahattin Demirtas und Figen Yüsekdog, die beiden Vorsitzenden der HDP! Für ein Ende der Gewalt in der kurdischen Region! Die Türkei muss sich aus Syrien und dem Irak zurückziehen.

ANTRAG: SCHÜLERBEWERTUNG – EIN RADIKALES UMDENKEN IST NOTIG

Die Ausrichtung und die Ziele des europäischen Bildungssystems werden von anderen internationalen Organisationen, von der Weltbank bis zur OECD, geteilt, was auch die Beurteilung der SchülerInnen beeinflusst.

Mit Einführung des Programms zur Internationalen Schülerbewertung (PISA) fand eine drastische Umkehr in der Lehrmethode statt. PISA ist ein sehr effizientes Werkzeug zur Schülerbewertung, das positiv anmutet. Es verbirgt aber hinter seinem wissenschaftlichen Ansatz das Ziel einer für nationale und multinationale Unternehmen maßgeschneiderten Schule. Bildungssysteme werden standardisierten Kriterien unterworfen, die auf schnelle Umsetzung und Effizienz abzielen, ohne lokale und nationale Kulturen zu berücksichtigen.

Dies beinhaltet die Änderung des Bildungssystems weg vom Lehren zum Trainieren.

Die Beurteilung durch PISA ist für uns nicht angemessen solange sie

- die Persönlichkeit und Arbeit des Lehrenden außer Acht lässt;
- die Entwicklung des Kindes, seinen Gesundheitszustand, seine möglichen familiären Probleme außer Acht lässt;
- physisch oder geistig beeinträchtigte Kinder außer Acht lässt;
- Geschwindigkeit aufwertet und auf dem Erinnerungsvermögen basiert;
- sich auf geschriebene Arbeiten reduziert und Kooperation, Kreativität und Erforschung ignoriert;
- SchülerInnen mit Schwierigkeiten stigmatisiert;
- SchülerInnen, Lehrende und Schulen ohne Abwägung klassifiziert;
- SchülerInnen, Lehrende, Schulen und Eltern unter Stress setzt;
- die Qualität menschlicher Beziehungen geringschätzt;
- keinen Förderunterricht in Betracht zieht;
- ohne Einspruchsmöglichkeit richtet und Türen für immer schließt;
- nach speziellen Kriterien selektiert, die die Bewilligung zur Sekundarstufe bestimmen;
- den unmittelbaren und direkten Interessen der Arbeitgeber entspricht.

Daraus ergibt sich in der Konsequenz, dass

- Medien und Gegner staatlicher Schulen diese Bewertung benutzen, um Kinder

- zu drillen, Statistiken zu erheben, die Lehre und somit implizit die Bedeutung des Finanzplans zu beurteilen;
- die Lehreinrichtungen zum Wettbewerb angehalten werden.

Anforderungen:

Es ist von essentieller Bedeutung, über Prüfungsziele zu diskutieren. Prüfungen sollten die Möglichkeit zur Debatte, zum Lernen, zur Selbsteinschätzung und damit zu einer formativen Beurteilung für SchülerInnen und Lehrende bieten.

Anträge:

Wir beantragen,

- die in den Mitgliedsparteien für Bildung zuständigen GenossInnen um Rat zu fragen, um ein gemeinsames Papier zu erstellen;
- im Anschluss daran mit allen in der Bildung Aktiven zusammen zu arbeiten und einen konstruktiven Dialog mit den Abgeordneten der GUE/NGL zu eröffnen.

ANTRAG: 50 JAHRE ISRAELISCHE BESATZUNG – FÜR EINEN GERECHTEN FRIEDEN – SOLIDARITÄT MIT DEN PALÄSTINENSERINNEN

Die israelische Besetzung des Westjordanlands, Ost-Jerusalems und des Gazastreifens während des Sechs-Tage-Krieges, die bis heute durch Israel kolonisiert werden, dauert im Juni 2017 bereits 50 Jahre an. Auch der Rückzug Israels aus Gaza im Jahr 2005 bedeutete nicht das Ende der israelischen Kontrolle des Zutritts vom Gazastreifen in die ä-

ßere Welt sowie den Zutritt der äußeren Welt – selbst wenn es um medizinische Versorgung und Nahrungsmittel, etc. geht – nach Gaza. Gaza war seitdem mehreren israelischen militärischen Angriffen und Kriegen ausgesetzt. Es gab in dieser Zeit auch Angriffe aus dem Gaza.

Daraus resultierend mussten die PalästinenserInnen eine massive Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen erfahren, einschließlich Unterdrückung, militärischer Aggression und der Einschränkung ihrer Rechte. Dies wurde jedoch mit dem Widerstand der palästinensischen Bevölkerung beantwortet. Diese Entwicklung hat zu gesteigener Anspannung und einer Destabilisierung des gesamten Gebietes geführt.

UN-Resolution ruft zur Beendigung der israelischen Besatzung der palästinensischen Gebiete auf

Heute leben 760.000 israelische SiedlerInnen im besetzten Westjordanland und Ostjerusalem – sie verletzen damit die Vorgaben der 4. Genfer Konvention, die es einer Besatzungsmacht verbietet, ihre Bevölkerung in einem besetzten Gebiet anzusiedeln. Die UN-Generalversammlung hat Resolutionen (242 und 338) verabschiedet, die die israelische Besatzung verurteilen, sie für illegal erklären und Israel dazu aufrufen, sich aus den besetzten Gebieten zurück zu ziehen. Im Jahr 2004 wird die Besatzung des Westjordanlandes auch vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag als illegal eingestuft. Palästina wurde 2012 von den Vereinten Nationen als Beobachterstaat anerkannt.

Derzeit legt die gegenwärtige israelische Regierung sehr ausführlich ihre Pläne für eine weitere Ausweitung der israelischen Siedlungen im Westjordanland und Ost-Jerusalem dar und untergräbt damit jede weitere Chance auf ein Friedensabkommen mit den PalästinenserInnen, welches durch die israelische Politik immer unwahrscheinlicher wird. Ein aktueller Bericht der UN von 2013 nannte diese Expansionspolitik eine Verletzung des Völkerrechts.

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates verlieh dem Palästinensischen Nationalrat 2011 den Status Partner für Demokratie. Sie bestätigte auch ihre Unterstützung einer Zwei-Staaten-Lösung und der Beendigung der illegalen Besatzung palästinensischer Gebiete.

Diese Entwicklung ist nicht nur für die palästinensische Bevölkerung, sondern auch für die israelischen BürgerInnen unerträglich, die sich alle auf einen nicht endenden Konflikt und Krieg über Jahre hinaus einstellen können. Dazu kommt der Krieg mit benachbarten Ländern, da Israel darauf abzielt, seine Interessen über die israelischen Grenzen hinaus auszuweiten, wie heute in Syrien deutlich wird.

Diese Entwicklung wäre ohne die stillschweigende Unterstützung Israels durch die imperialistischen Westmächte, wie USA und EU, nicht möglich gewesen, die nicht nur eine große historische Verantwortung für die aktuelle Situation in dem Gebiet haben. Sie sind diejenigen, die die Macht haben, auf die israelische Regierung Druck auszuüben. Sie taten dies jedoch nicht, weil sie ihren Bündnispartner

Israel schützen wollten, den wichtigsten strategischen Partner im Nahen Osten und der arabischen Welt.

Israel wurde im Gegenteil von den Westmächten mit einer Aufwertung seiner Verbindungen zur Militärallianz NATO durch die Eröffnung einer ständigen Vertretung in ihrem Hauptquartier in Brüssel belohnt.

Ein gerechter Frieden muss auf den UN-Resolutionen beruhen

In Übereinstimmung mit den UN-Resolutionen unterstützt die Europäische Linke die Forderung der palästinensischen Bevölkerung für einen gerechten Frieden: Errichtung eines überlebensfähigen Staates Palästina im Westjordanland in den Grenzen von 1967 und Ost-Jerusalem als Hauptstadt und das Rückkehrrecht palästinensischer Flüchtlinge; sowie Israel als überlebensfähiger Staat wie er von der Resolution 194 der UN-Generalversammlung festgelegt wurde. Die Anerkennung des palästinensischen Staates durch möglichst viele Länder und Institutionen ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Die Europäische Linke unterstützt ebenso den verstärkten politischen Druck auf die israelische Regierung, die Siedlungspolitik zu beenden und rückgängig zu machen und tritt für den kompletten Rückzug aus den besetzten palästinensischen Gebieten ein. Die EL verurteilt Strategien, mit denen die Friedens- und SolidaritätsaktivistInnen kriminalisiert werden.

Trotz zahlreicher internationaler Resolutionen wird palästinensisches Land weiterhin besiedelt. Um einen vollständigen

Rückzug aus den besetzten Gebieten zu erreichen, empfiehlt die Europäische Linke:

- die Aussetzung des EU-Assoziierungsabkommens mit Israel, einschließlich des bevorzugten Handelsabkommens;
- die Beendigung der speziellen Beziehung Israels zur NATO, einschließlich der Schließung der ständigen Vertretung im NATO-Hauptquartier;
- einen Importstopp für Güter aus den besetzten Gebieten;
- die Beendigung der Kriminalisierung von BDS (Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen) -AktivistInnen.

Eine gerechte Lösung des Israel-Palästina-Konflikts ist der Schlüssel für die Auflösung der Konflikte im Nahen Osten und der arabischen Region, einem Krisenherd, in dem das hohe Risiko einer Ausweitung und Intensivierung von Konflikten und Kriegen besteht, solange die Zukunft von imperialistischen, chauvinistischen und religiösen Interessen beherrscht wird.

Die EL sendet herzliche Grüße an die linken und Friedenskräfte in Israel, die gegen die israelische Besatzung Palästinas kämpfen und einen freien und unabhängigen Staat Palästina fordern.

ANTRAG ZUR SELBSTBESTIMMUNG DER WESTSAHARA

Die Volksfront zur Befreiung von Saguía el Hamra und Río de Oro (Frente Polisario) kämpft seit 1973 aktiv für die Selbstbestimmung des westsaharaischen Volkes. Die Vereinten Nationen haben mehrmals ratifiziert, dass die Westsahara ein be-

setztes Territorium ist, das letzte Land Afrikas, das von der Kolonialisierung befreit werden muss. Die Besatzermacht Marokko und Spanien, das das Territorium immer noch legal verwaltet, sind die Hauptverantwortlichen. Das Schweigen der internationalen Gemeinschaft aber besteht trotz der Tatsache, dass die UN die Selbstbestimmung des Gebiets bereits 1965 gefordert hat. 1991 wurde die Mission der Vereinten Nationen für ein Referendum in der Westsahara eingesetzt, um den Waffenstillstand mit Marokko zu überwachen und eine Volksabstimmung der Sahrauis über ihre Selbstbestimmung durchzuführen. Die marokkanischen Behörden haben dieses Vorhaben jedoch auf jede erdenkliche Weise verhindert. Heute leben immer noch mehr als 150.000 Flüchtlinge unter extrem erschwerten Bedingungen in den Lagern von Tindouf (Südalgerien) und die Gewalt und Unterdrückung gegenüber den sahrauischen Aktivisten in den besetzten Gebieten steigt weiter an, mit einer wachsenden Zahl politischer Gefangener. Die gegenwärtige Situation in der Sahelzone ist sehr instabil, weshalb es dringender denn je geboten ist, eine Lösung zu finden, die den Sahrauis die Rechte und Freiheiten gibt, die ihnen nach dem Völkerrecht zustehen, wie verschiedene UN-Resolutionen in den letzten Jahrzehnten bestätigten. Das betrifft vor allem das Referendum, das von verschiedenen Parteien verabschiedet wurde, aber seit 25 Jahren auf Eis liegt.

Aus all diesen Gründen

- entsenden wir unsere Beileidsbekundungen anlässlich des Todes von Präsident Mohammed Abdelaziz im vergangenen Mai und drücken unsere Hoffnung auf Besserung in dieser neuen Periode unter der Präsidentschaft von Brahim Ghali aus.
- arbeiten wir gemeinsam für die vollständige Anerkennung der Sahrauischen Arabischen Demokratischen Republik.
- unterstützen wir alle notwendigen politischen Initiativen, um die Selbstbestimmung der Sahrauis durchzusetzen und so den Entkolonialisierungsprozess zu vollenden.
- fordern wir die umgehende Freilassung aller politischen Gefangenen des Königreichs von Marokko in den besetzten Gebieten sowie die Annullierung der laufenden Prozesse gegen sahrauische AktivistInnen.
- fördern und intensivieren wir unsere Kontakte mit den Sahrauis in den Flüchtlingscamps und den besetzten Gebieten sowie mit der Frente Polisario, der legitimen politischen Vertretung der Sahrauis.
- verurteilen wir die Ausbeutung sahrauischer Ressourcen durch marokkanische und europäische Unternehmen sowie das Handels- und Fischereiabkommen mit Marokko, das gegenwärtig in den besetzten Gebieten angewendet wird und dem Völkerrecht widerspricht. Wir verurteilen ebenso die Versuche des Königreichs Marokko, die Besetzung durch Aufbesserung ihres internationalen Images schön zu färben.
- rufen wir alle europäischen Parlamente dazu auf, Unternehmen und den öffentlichen Sektor dazu zu drängen, keinen Handel mit der von Marokko besetzten

Westsahara zu treiben.
– drängen wir die Parlamente dazu, die UN-Friedensmission in der Westsahara, MINURSO – ein Mandat, um die Menschenrechte in der Westsahara zu überwachen und zu schützen –, zu unterstützen und entsprechend zu agieren.

ANTRAG: FEMINISTISCHE ALLIANZEN BILDEN – EINE FEMINISTISCHE KARAWANE DURCH EUROPA

Der Grundgedanke für das Projekt einer feministischen Karawane ist die sichtbare und aktionsorientierte feministische Kritik an der neoliberalen Austeritätspolitik. Mit diesem Projekt verfolgen wir mehrere Ziele der Europäischen Linken: tieferes Verständnis, Sichtbarkeit, gemeinsame Aktionen der EL und der europäischen feministischen Bewegungen, ebenso eigene Qualifizierung und Weiterbildung. Zugleich kann das Vorhaben den Auftakt zum europäischen Wahlkampf für 2019 bilden.

Das unter der Schirmherrschaft von Elfem selbstorganisierte Projekt verknüpft andere Organe der EL, Arbeitsgruppen und Netzwerke mit feministischen, Friedens- und sozialen Bewegungen und Organisationen sowie Hauptveranstaltungen der EL, wie der Sommeruniversität. Frauen aus verschiedenen Ländern werden gemeinsam eine Karawane bilden, die in einige europäische Länder zieht. Die EL stellt die Organisation, Durchführung und Dokumentation (Webseite, Fotos, Videos, Berichte) durch die Bereitstellung finanzieller Mittel sicher.

Die vorgeschlagene Karawane sollte mit drei thematischen Blöcken zu den

Hauptthemen der Frauen in Europa beginnen.

1. »Militarisierung« ist ein thematischer Fokus der feministischen Karawane.

In einem globalen Projekt von gesellschaftlichem Ausmaß befreit sich das Kapital in den mächtigsten industrialisierten Ländern von seinen Ketten; mit ihm erringt das Patriarchat sein volles Potenzial. Diese Zweiheit ist kurz davor, die Herrschaft über Menschen und Natur zu übernehmen, indem sie sie zerstört. Ihr Werk ist die Krise des Geld- und Finanzsystems, der Produktion, Reproduktion und Distribution, der Demokratie und Politik.

Die Erhaltung und ständige Wiederherstellung von Natur, Gesellschaft und menschlichem Leben sind grundlegend gestört; es ist fraglich, ob unser Planet dies überleben wird. Waffenproduktion, Kriege und Militär sind die Klimazerstörer und Zerstörungsmaschinen schlechthin. Würden die Milliardenausgaben für Waffen und Kriege für zivile Zwecke verwendet werden, gäbe es längst keine Armut, keinen Hunger, Hoffnungslosigkeit und Zerfall mehr, und der Hauptgrund für Terror, viele Kriege und die Massenmisere von Flucht und Vertreibung wäre hinfällig.

2. »Familienpolitik/sexuelle Selbstbestimmung und Vielfalt« ist ein thematischer Fokus der feministischen Karawane.

Die frontale Attacke auf den Wohlfahrtsstaat ist total. Öffentliche Dienstleistungen von allgemeinem Interesse wie Bildung, Kultur, Gesundheitspolitik und

öffentlicher Verkehr, Pflege und Unterstützung für junge, alte und beeinträchtigte Menschen werden in doppeltem Sinne destabilisiert und privatisiert: Sie werden dem Gesetz der Profitabilität untergeordnet und gleichzeitig dem Privaten überantwortet und in die Verantwortung der Familien und so hauptsächlich in die Hände von Frauen gegeben.

Die traditionelle und als überholt erachtete Familie und mit ihr die Rollenaufteilung der Frau als Hausfrau oder zusätzliche Einkommensverdienerin erleben eine Renaissance. Die rechtlichen und finanziellen Vorgaben schränken ein selbstbestimmtes Leben, frei von gegenseitigen Abhängigkeiten der Menschen, ein.

Linke Familienpolitik heißt im Gegenteil für alle Menschen Bedingungen zu schaffen, die es ihnen ermöglichen, Verantwortung füreinander zu übernehmen, unabhängig vom Ehestatus, der sexuellen Orientierung und der Form, in der sie zusammen leben möchten.

3. »Frauenarbeit/Arbeit(-slosigkeit)« ist ein thematischer Fokus der feministischen Karawane.

Die treibende Kraft der kapitalistischen Entwicklung ist die Produktion von Waren, Finanzprodukten und Dienstleistungen, um Profit zu erzielen. In ihrer Gier nach Bewahrung und Maximierung des Profits enteignet sie die meisten Menschen auf viele Arten, nicht zuletzt von bedeutungsvoller Arbeit, die den Lebensunterhalt sichert. Arbeitslosigkeit,

geringfügige Beschäftigung und niedrige Löhne sind die Gründe für Armut und soziale Ausgrenzung. Die Spaltung zwischen arm und reich wird immer größer. In der EU leben mehr als 118 Millionen Menschen in Armut oder am Armutsrisiko – mehrheitlich junge Menschen und Frauen. Weltweit ist die Anzahl der unbezahlten Stunden in der Reproduktion bei Familien- und Hausarbeit weit größer als die Zahl der bezahlten Arbeitsstunden in der Produktion. Frauen sind weniger häufig angestellt als Männer; sie übernehmen jedoch zwei Drittel der Versorgungsarbeit, zum großen Teil unentgeltlich. Diese Ökonomie der Reproduktion ist nur im Kapitalismus integriert in einem widersprüchlichen Prozess der Profitherstellung: Sie wird genutzt, aber nicht als produktiv erachtet, sie hat keinen oder nur geringen Wert.

Gleichzeitig führt die Zuwanderung in großstädtische Zentren zu einer globalen Umverteilung der Pflegearbeit und zu so genannten transnationalen Pflegeketten: Frauen der Mittelschicht überlassen Migrantinnen die Pflegearbeit. Pflegearbeit wird immer von Ärmeren in wohlhabenderen Haushalten geleistet, wandert von armen zu reichen Ländern. Dadurch wird die Pflegeökonomie im Herkunftsland geschwächt und es entsteht eine Pflegelücke im Haushalt der Migranten. Im Ergebnis bleiben sowohl die genderspezifische Arbeitsteilung als auch die geringe Wertschätzung der Pflegearbeit bestehen.

ANTRAG: JUGENDPOLITIK – IST SIE NOTWENDIG UND WARUM SOLLTE SIE UNS WICHTIG SEIN?

Einführung

Das Jahr 2016 war ziemlich turbulent und durch einige größere Ereignisse gekennzeichnet. Wenn die Jugend in der politischen Welt mehr zu sagen hätte, wären die Folgen davon vielleicht anders ausgefallen. Wenn nur junge Menschen gewählt hätten, würde es keinen Präsidenten Trump geben.

Aber lasst uns nicht mit Träumereien aufhalten, denn die politische Macht der Jugend ist sehr real.

Momentan beträgt der Anteil junger Menschen zwischen 15 und 29 Jahren 17,5 Prozent an der EU-Bevölkerung – das sind über 90 Millionen Menschen. Dabei sind Menschen unter 15 Jahren noch gar nicht mitgezählt (Eurostat, 2015). Das macht die Jugend zu einer sehr mächtigen politischen Kraft, die nicht unterschätzt werden sollte.

Dennoch wird diese Kraft nur sehr selten genutzt: Seit 2011 ist die Teilnahme junger Menschen an der Politik rückläufig; mehr und mehr junge Menschen gehen nicht wählen. (Flash Eurobarometer 375, 2013). Es mangelt auch an aktiver Teilnahme: Nur fünf Prozent sind Teil einer politischen Organisation oder Partei (Flash Eurobarometer 375, 2013).

Warum ist das so? Das liegt hauptsächlich daran, dass sie das Gefühl haben, ihre Stimme würde nichts verändern, dass sie nicht finden, dass sich die europäische Politik mit den für sie wichtigen Themen befasst, dass sie sich nicht in-

formiert genug fühlen oder einfach kein Interesse an europäischer Politik haben (Flash Eurobarometer 375, 2013).

Und genau das müssen wir ändern!

Um diesen Teil der Gesellschaft zu aktivieren, müssen wir die Themen ansprechen, die die Jugend betreffen, insbesondere zum Beispiel die Stärkung der Rechte junger Menschen und Kinder, indem ihnen mehr Möglichkeiten zur Teilhabe und zur Meinungsäußerung gegeben werden. Man sollte ebenso in Betracht ziehen, dass Teilhabe am politischen Prozess von einem frühen Zeitpunkt an eine lebenslange Gewohnheit erzeugen und letztlich dazu führen kann, dass die Jugend sich schließlich selbst repräsentiert.

Obwohl einige MinisterInnen und PolitikerInnen versuchen, die Zukunft unserer und der nächsten Generation zu verbessern, ist ihre Erfahrung des Jungseins meist schon eine Weile her, weshalb wir junge KandidatInnen unterstützen müssen. PolitikerInnen können nicht nur viel für die Jugend verändern, die Jugend selbst eröffnet ein ganz neues Spektrum an Meinungen, Perspektiven und Ideen, die das Potenzial haben, die politische Welt zu öffnen und voranzubringen, nicht als einen zusätzlichen Vorteil für die Gesellschaft, sondern als eine Notwendigkeit.

In diesem Antrag versuchen wir einige Gründe darzulegen, warum Jugendpolitik so wichtig ist. In Wirklichkeit gibt es über 90 Millionen wichtige Gründe.

Arbeit/Arbeitslosigkeit/ Ökonomische Situation

Wir können uns nicht mit der halben Gleichheit zufriedengeben, mit den gegenwärtig immer noch ungleichen LGBTQIA+-Rechten in der Europäischen Union, mit den großen Missverhältnissen zwischen den Ländern. Uns ist klar, dass das Anwachsen der extremen Rechten in ganz Europa, direkt verknüpft mit dem Konservativismus, ein großes Hindernis auf dem Weg zu unserem Ziel bedeutet. Daher müssen wir in der kommenden Zeit viel effektiver und effizienter für Gerechtigkeit und Gleichheit kämpfen. Jenseits der Rechtsetzung ist es unerlässlich, dass unsere Organisationen ihre Verbindungen zueinander sowie die Beziehungen zu den nationalen und internationalen Bewegungen und Bündnissen aufrechterhalten, die jeden Tag etwas bewirken und besser als andere die Situation und Lebenswirklichkeit jener kennen, die von Gewalt und Diskriminierung betroffen sind. Wir müssen es als unsere Aufgabe ansehen, eine offene Debatte mit der gesamten Gesellschaft anzustoßen und zu unterstützen und an Protestaktionen, wie den üblichen Pride-Paraden, die in ganz Europa stattfinden, teilzunehmen.

Unserer Meinung nach wird das System Kapitalismus, das wir bekämpfen, um es zu ändern, durch verschiedene Macht- und Unterdrückungsbeziehungen aufrechterhalten – seien es Arbeitsausbeutung, Privilegien für Weiße und Männer oder in diesem Fall, Diskriminierung bzw.

Nicht-Sichtbarkeit von LGBTQIA+ Menschen. Diese überschneiden sich und erzeugen verschiedene Ebenen der Diskriminierung und sozialen Ausgrenzung. Daher liegt es in unserer Verantwortung als progressiver Organisation, uns mit diesen Themen und Kämpfen zu befassen, indem wir sie zusammenführen, in die richtige Perspektive rücken und verstehen, dass alle Bedingungen für Unterdrückung sich gegenseitig verstärken. Letztlich muss die Europäische Linke in ihrem internen Verhalten das gleiche Maß an Respekt und Inklusion walten lassen, für das wir in unseren Ländern und auf unseren Kontinenten kämpfen.

Demokratie

Nach dem Fall der Sowjetunion wurde die Erzählung vom Kapitalismus als einzigem Weg, um Demokratie (zumindest liberale Demokratie) zu erreichen, hegemonial. Gemäßigtes Wirtschaftswachstum und sozialer Frieden, gewonnen durch die Verschuldung der Arbeitendenklasse, bestätigten diese Idee. Dennoch wurde, sobald die Finanzkrise aufflog und der fiktive Wohlstand wie ein Kartenhaus in sich zusammen fiel, deutlich, dass Kapitalismus und Demokratie zueinander im Widerspruch stehen.

Technokratie wurde seitdem voll legitimiert, da es laut der Troika nur eine Lösung für die Wirtschaftskrise gebe: »Austeritätspolitik«. Demokratie und somit auch andere Alternativen, um die Krise zu lösen, wurden zugunsten der Makroökonomie verbannt. Das Ergebnis dieses Prozesses ist bekannt: Auferlegung konstitutioneller Reformen, technokratische

1 Lesbian, Gay, Bisexual, Transsexual, Transgender, Queer, Intersexual, Asexual, Ally

Regierungen und (wieder einmal) massive Privatisierungen sowie die Gefährdung von Sozial- und Arbeitsrechten.

Die Zukunft junger Menschen ist gestohlen worden, also liegt es an uns, die Demokratie wieder in die Spur zu bringen. Demokratie sollte das Mittel und das Ziel für die Rückgewinnung der Zukunft sein. Eine radikale Neuinterpretation ist nötig, die partizipative und direkte demokratische Mechanismen und Instrumente der öffentlichen Kontrolle einführt, um PolitikerInnen dazu anzuhalten, den Willen der Bevölkerung und nicht den großer Unternehmen auszuführen. Unser Gemeinwohl sollte über kapitalistischen Interessen stehen, daher sollte die Wirtschaft wieder in der Hand der Bevölkerung liegen. Die Ermächtigung der Menschen und das Ziel einer kritischen und freien (im republikanischen Sinne) Bürgerschaft ist eine grundlegende Bedingung für dieses Vorhaben.

Gewöhnlich wird uns gesagt, wir seien die am besten vorbereitete, aber eine verlorene Generation. Lasst uns zeigen, dass wir unsere eigene Gegenwart und Zukunft erschaffen können.

Teilhabe der Jugend an Politik und Entscheidungsfindung

Leider hat die Europäische Union die Demokratie unterhöhlt und die Forderungen sozialer Bewegungen in Europa ignoriert. Die schlimmste Folge dieses Vorgehens ist die wachsende Distanz zwischen jungen Menschen und der Politik. Die politische Krise betraf hauptsächlich junge Menschen, die keinen Zugang zu politischen Parteien, Gewerkschaften oder

lokalen Entscheidungsstrukturen finden. Die Jugend muss eine echte Rolle im Programm der Linken einnehmen. Derzeit hat die Linke, obwohl es Institutionen, Gipfeltreffen und NGOs gibt, an denen junge Menschen teilnehmen und ihre Meinung äußern können, so gut wie keinen Einfluss auf sie.

Die Jugend sollte an der öffentlichen Debatte teilnehmen, sie sollte auf europäischer Ebene organisiert sein, um in der Lage zu sein, am Entscheidungsfindungsprozess und Verfahren direkter Demokratie teilzuhaben und um Forderungen zu stellen. Sie sollte eine institutionalisierte Rolle finden, nicht in Form von Lobbying, aber sie sollte die entscheidenden Themen auf den Tisch bringen wie stabile, versicherte und gleichwertig bezahlte Arbeit für junge Menschen und gleiche Bildungschancen. Darüber hinaus sollte die Jugend vor allem ihren Platz in den Bewegungen finden. Um Lösungen für diese Herausforderungen zu finden, rufen wir die Europäische Linke dazu auf, uns als Teil von ihnen zu unterstützen und auch die Bedeutung unserer institutionellen Etablierung im Prozess der politischen Entscheidungsfindung und demokratischen Politik herauszustellen.

Proteste

Da wir in einer Zeit leben, in der wir das Erstarken rechter Demagogen und das harsche Regime der Milliardärs-Eliten erleben, ist Protest legitimer denn je.

Es gibt aber viele Wege des Protests und wir müssen unseren Blick auf Protest verändern. Protestieren heißt nicht einfach streiken, insbesondere da junge

Menschen dazu selten die Gelegenheit haben. Daher muss unser Ziel als starke linke Alternative sein, junge Menschen in Schulen oder Universitäten zu unterstützen, wenn sie für ihre Grundrechte kämpfen. Darüber hinaus muss ein langfristiges Ziel sein, das Streikrecht auch für Studierende einzuführen.

Viele verstehen nicht, dass der Protest gegen etwas nicht unsere Hauptaufgabe ist. Das zeigt deutlich, wo wir als Bewegung gerade stehen: Derzeit befindet sich die Linke nur im Verteidigungsmodus. Es muss unser Ziel sein, dies zu ändern. Gegen Faschismus und Austeritätspolitik zu protestieren ist wichtig, aber für einige mag es so erscheinen, als hätten wir nichts, wofür es zu kämpfen lohnt. Wir müssen in die Offensive gehen. Wir müssen für unsere Forderungen demonstrieren und, insbesondere als Jugendbewegung, für eine andere Gesellschaft kämpfen.

Wir müssen alle Arbeitenden- und Studierendenkämpfe vereinen in einer starken Bewegung, die nicht nur die Symptome des Kapitalismus bekämpft, sondern für eine Zukunft eintritt, an die man glauben kann.

Die herrschenden Klassen Europas haben versucht, die Krise von 2008 durch ihre vorrangige politische Agenda, die Austeritätspolitik, und deren Umsetzung durch die Maschinerie der Memoranden zu überwinden. Ihre Hauptziele waren die Entwertung von Arbeit und die Reduzierung ihrer Kosten, was die notwendigen Profitmargen für das Kapital sicherstellen würde, damit es ungeschoren aus der Krise kommt. Die Veränderungen im Bereich

der Arbeitsbedingungen verteilen sich auf fünf Pfeiler: die Abwertung stabiler Vollzeitarbeit zugunsten von flexiblen Formen der Anstellung die Deregulierung von Tarifabkommen, wodurch Arbeitsstunden flexibilisiert und Kündigungen erleichtert wurden, und schließlich die Herstellung ähnlicher Arbeitsbedingungen sowohl im privaten als auch öffentlichen Sektor, womit sie in beiden abgewertet wurden.

Diese politische Entscheidung zugunsten des europäischen Kapitals und seiner politischen Repräsentanten erzeugt eine große Kluft zwischen den sozialen Klassen, indem die soziale Ungleichheit ständig ausgeweitet wird. Solange auf der einen Seite Armut und Unsicherheit wachsen, steigt auf der anderen Seite der Reichtum.

Die Ausweitung flexibler und prekärer Formen von Arbeit erfolgte über eine Serie von Regelungen, die solche Praktiken wie die »Anmietung von ArbeitnehmerInnen«, die Erneuerung von Zeitarbeitsverträgen und Teilzeitjobs vorantrieben. ArbeitgeberInnen-Schlichtungsverfahren, Massenentlassungen und nicht dokumentierte Arbeit sind Teil der heutigen Realität sowie Teil der Zukunft, die das europäische Kapital verwirklichen will.

Es ist wichtig zu erkennen, dass dieses Aufeinanderprallen nicht zwischen Staaten geschieht, sondern sich direkt durch nationale Spaltungen zeigt und alle europäischen Bevölkerungen betrifft, die an zwei Fronten kämpfen müssen. Auf der einen Seite steht der Zusammenprall mit dem Kapital und Neoliberalismus in jedem einzelnen Land. Auf der anderen Seite

steht die Notwendigkeit zur Vereinigung aller Kräfte, die gegen Austerität kämpfen, und zur Schaffung einer stabilen Front der Arbeitenden und der Jugend, die auf europäischer Ebene kämpfen müssen.

Schlussendlich brauchen wir eine Arbeitendenbewegung, die die Hegemonie unter den Arbeitenden wieder herstellt, den Begriff der »Arbeit« in seiner vollen Bedeutung wieder ins Rampenlicht stellt und danach strebt, den sozialen Klassen-

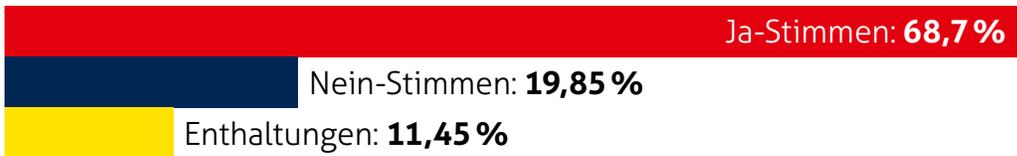
konflikt zu beleben, durch die Vereinigung der Arbeitenden unter dem Banner ihrer gemeinsamen Bedürfnisse.

Kapitalistisches Wachstum kennt keine Grenzen, auch nicht in der Intensität, in der es die Klasse der Arbeitenden angreift. Daher werden wir den Kampf beginnen, in dem Bewusstsein, dass Organisieren, Kollektivismus, Klassentendenz und internationale Solidarität unsere Waffen sind.

Separat abgestimmte Anträge

ABSTIMMUNGSERGEBNISSE:

Antrag zu den Wahlen in Deutschland und Frankreich 2017



Antrag: Den Frieden im Baskenland unterstützen



ANTRAG ZU DEN WAHLEN IN DEUTSCHLAND UND FRANKREICH 2017

Sowohl in Deutschland als auch in Frankreich werden 2017 politische Wahlen stattfinden. Ihr Ergebnis wird wichtige Auswirkungen auf die Zukunft der Europäischen Union und auf Europa haben.

In Deutschland ist es das Ziel der LINKEN, die Opposition gegen die neoliberale Politik der deutschen Regierung zu stärken. Die Stärkung der Linken in Deutschland, die Veränderung deutscher Politik und die Absetzung der Merkel-Regierung wären sehr wichtige Beiträge, um

auch die europäische Politik zu verändern und der Austeritätspolitik ein Ende zu setzen.

Die EL unterstützt DIE LINKE, um diesen Wandel in Deutschland herbeizuführen, der für ganz Europa unerlässlich ist.

Der Verzicht Francois Hollandes in Frankreich zeigt das Versagen eines Fünf-Jahresmandats, in dem die sozialistische Regierung die Hoffnung auf linke Politik, entgegen gemachter Versprechen, an den Europäischen Fiskalpakt verraten hat («... through submitted since 2012, contrary to made promises, to the European Fiscal Compact.» i.O., d.Ü.)

Im Angesicht der Gefahr durch den drohenden Sieg der rechten und extrem rechten Kräfte unterstützt die Europäische Linke die Sammlung linker Kräfte, die die Schaffung einer populären Mehrheit als soziale und ökologische Alternative zur Austerität fordern, der einzigen Chance, diese Gefahren abzuwehren.

Es treten mit Jean-Luc Mélenchon bei den Präsidentschaftswahlen und mit linken KandidatInnen bei den Parlamentswahlen VertreterInnen an, deren

Vorschläge mit den Zielen der Partei der Europäischen Linken konform gehen: Die Hoffnung kann durch all jene kommen, die die Perspektive einer Veränderung mit sich tragen, in Frankreich und auch in Europa, mit dem Zerbersten der neo-liberalen Politik. Die EL drückt jenen ihrer Mitgliedsparteien ihre Unterstützung aus, die in diesem Sinne handeln.

ANTRAG: DEN FRIEDEN IM BASKENLAND UNTERSTÜTZEN

Die Partei der Europäischen Linken unterstützt den und arbeitet an der Schaffung von Frieden und Solidarität in Europa.

Daher verurteilen wir die kürzlichen Festnahmen von fünf bekannten und respektierten Mitgliedern der baskischen und französischen Zivilgesellschaft, die den Entwaffnungsprozess der ETA begleitet haben, aufs Schärfste.

Wir unterstützen alle Bemühungen, den Frieden im Baskenland sowie in anderen Konfliktgebieten Europas und der Welt herzustellen.



Gesamter Text, wie vom Gründungskongress der Europäischen Linken am 9. Mai 2014 in Rom beschlossen, mit den Änderungen, beschlossen auf dem 2. Kongress in Prag im November 2007, dem 3. Kongress in Paris im Dezember 2010, dem 4. Kongress in Madrid im Dezember 2013 und dem 5. Kongress in Berlin am 17. Dezember 2016.

Statut der Partei der Europäischen Linken (EL)

1. Allgemeine Bestimmungen, Name, Sitz und Dauer

ARTIKEL 1 (PRÄAMBEL)

Die »Partei der Europäischen Linken«, im Weiteren als »Europäische Linke« (EL) bezeichnet, ist eine flexible, dezentrale Assoziation unabhängiger und souveräner europäischer Linksparteien und politischer Organisationen, die nach dem Konsensprinzip arbeitet.

Wir vereinigen demokratische Parteien der alternativen und fortschrittlichen Linken auf dem europäischen Kontinent, die sich – eingedenk ihrer unterschiedlichen Situation und Geschichte sowie ihrer gemeinsamen Werte – für die konsequente Umgestaltung der heutigen sozialen Verhältnisse hin zu einer friedlichen und sozial gerechten Gesellschaft einsetzen.

Wir fühlen uns den Werten und Traditionen der sozialistischen, kommunistischen und Arbeiterbewegung, dem Feminismus, der feministischen Bewegung und der Gleichstellung der Geschlechter, der Umweltbewegung und einer nachhaltigen Entwicklung, des Friedens und der internationalen Solidarität, der Menschenrechte, des Humanismus und des Antifaschismus, des progressiven und liberalen Denkens im nationalen und internationalen Rahmen verpflichtet. Wir arbeiten zusammen in der Tradition der Kämpfe gegen kapitalistische Ausbeutung, Umweltzerstörung, politische Unterdrückung und verbrecherische Kriege, gegen Faschismus und Diktatur, in der Tradition des Widerstandes gegen patriarchale Herrschaft und gegen jede Diskriminierung derer, die anders sind.

Wir verteidigen das Vermächtnis un-

serer Bewegung, die Millionen von Menschen inspiriert und zu ihrer sozialen Sicherheit beigetragen hat. Wir halten die Erinnerung an diese Kämpfe und an die im Zuge dessen gebrachten Opfer und Leiden wach. Wir tun dies in rückhaltloser Auseinandersetzung mit undemokratischen, stalinistischen Praktiken und Verbrechen, die im absoluten Widerspruch zu sozialistischen und kommunistischen Idealen stehen.

Die Entwicklungen in Politik und Wirtschaft der kapitalistischen Gesellschaften zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellen linke Parteien, demokratische Bewegungen und alternative gesellschaftliche Kräfte vor die Notwendigkeit und Möglichkeit, bei der Erarbeitung und Realisierung gesellschaftlicher Alternativen nicht nur den mit den Globalisierungs- und Internationalisierungsprozessen verbundenen Aspekten Rechnung zu tragen. Vielmehr ist gerade Europa als neuer, immer mehr Länder im Westen und Osten, im Norden und Süden des Kontinents umfassender Integrationsraum für die linken Kräfte eine Chance und Herausforderung zugleich, Politikfähigkeit zurückzugewinnen. Wir wollen und müssen unsere Bemühungen auf dieser Ebene mit dem sozialen und politischen Engagement der Mitglieder und Sympathisanten unserer Parteiorganisationen in den Kommunen, Regionen und Nationalstaaten verbinden.

Dabei leisten wir scharfen Widerstand und entwickeln Alternativen zum Kapitalismus und den weltweiten Versuchen

der führenden Finanzgruppen, über sogenannte Politik- und Wirtschaftseliten neoliberale Politik im täglichen Leben der Menschen durchzusetzen.

Dem wollen und müssen wir gerecht werden als politische Kraft, die nicht frei ist von Widersprüchen und unterschiedlichen Auffassungen zu vielen Fragen. Uns eint aber der gemeinsame Widerstand gegen politische Entmündigung und unsere Teilnahme an gemeinsamen Kämpfen für eine gesellschaftliche Alternative, die Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität zum Ziel hat.

Mit diesem internationalen Ansatz erklären wir:

- Die Linke ist bereit, in Europa und in der Welt Verantwortung für gesellschaftliche Gestaltung zu übernehmen, gemeinsame Alternativen zu erarbeiten, in der Öffentlichkeit für deren Durchsetzung zu werben und erforderliche Mehrheiten zu gewinnen.
- Neoliberale Internationalisierung und Globalisierung sind keine Naturgewalten, sondern das Ergebnis politischer Entwicklungen und Entscheidungen. Deshalb lehnen wir die neoliberale Politikweise, diese Herausforderungen zu meistern, ebenso entschieden ab wie Krieg und Militarisierung. Gerade heute muss den Menschen Mut und die Zuversicht gegeben werden, dass die Welt keine Ware ist, dass eine neue friedliche, solidarische, demokratische und ressourcenbewahrende Welt möglich ist.

ARTIKEL 2 (NAME UND SITZ)

Die nichtkommerzielle Organisation (ASBL, im folgenden »ASBL«) trägt den Namen »Partei der Europäischen Linken« oder in abgekürzter Form »Europäische Linke« (EL). Dem Namen wird immer die Bezeichnung »Association sans but lucratif« (Vereinigung ohne Gewinnabsicht) in der Abkürzung »ASBL« voran- oder nachgestellt. Die EL hat einen offiziellen Namen in den offiziellen Sprachen der EU, ebenso in den Amtssprachen aller europäischen Länder, in denen Mitgliedsparteien bestehen.

Die Namen sind:

- »Партыя Еўрапейскіх левых« oder »Еўрапейскія левыя« oder »ЕЛ« in Belarussisch
- »Европейската лява партия« oder »Европейската левица« oder »ЕЛ« auf Bulgarisch
- »Europæisk Venstreparti« oder »Europæisk Venstre« oder »EV« auf Dänisch
- »Partei der Europäischen Linken« oder »Europäische Linke« oder »EL« auf Deutsch
- »Party of the European Left« oder »European Left« oder »EL« auf Englisch
- »Europa Vasakpartei« oder »Europa Vasak« oder »EV« auf Estnisch
- »Euroopan vasemmistopuolue« oder »Euroopan vasemmisto« oder »EV« auf Finnisch
- »Europese Linkspartij« oder »Europees Links« oder »EL« auf Flämisch
- »Parti de la Gauche Européenne« oder »Gauche Européenne« oder »GE« auf Französisch
- »Κόμμα της Ευρωπαϊκής Αριστεράς«

- oder »Ευρωπαϊκή Αριστερά« oder »EA« auf Griechisch
- »Partito della Sinistra Europea« oder »Sinistra Europea« oder »SE« auf Italienisch
- »Partit de L'Esquerra« oder »Esquerra Europea« oder »EE« auf Katalanisch
- »Partidul Stîngii Europene« oder »Stînga Europeană« oder »SE« auf Moldauisch und Rumänisch
- »Partido da Esquerda Europeia« oder »Esquerda Europeia« oder »EE« auf Portugiesisch
- »Europeiska vänsterpartiet« oder »Europeiska vänstern« oder »EV« auf Schwedisch
- »Európska ľavicová strana« oder »Európska ľavica« oder »EL« auf Slowakisch
- »Stranka evropske levice« oder »Evropska leвица« oder »EL« auf Slowenisch
- »Partido de la Izquierda Europea« oder »Izquierda Europea« oder »IE« auf Spanisch
- »Strana evropské levice« oder »Evropská levice« oder »EL« auf Tschechisch
- »Avrupa Sol Partisi« oder »Avrupa Sol« oder »ASP« auf Türkisch
- »Európai Baloldali Párt« oder »Európai Bal« oder »EB« auf Ungarisch

Sitz der Europäischen Linken ist Brüssel, die Geschäftsstelle befindet sich am Square de Mêeus 25 und kann nach Entscheidung durch den Vorstand an einen anderen Ort in Brüssel verlegt werden.

ARTIKEL 3 (DAUER)

Die Vereinigung ist auf unbestimmte Dauer begründet.

2. Ziele

ARTIKEL 4

Die EL setzt sich als Ziel:

- zum gemeinsamen politischen Handeln der demokratischen und alternativen Linken in den Staaten der EU sowie auf gesamteuropäischer Ebene beizutragen;
- soziales und emanzipatorisches, ökologisches, friedliebendes sowie demokratisches und progressives Denken und Handeln der Parteien, ihrer Mitglieder und Sympathisant/-innen zu fördern und so das Eintreten der Parteien für eine emanzipatorische und demokratische Friedens-, Sozial-, Umwelt- und Nachhaltigkeits-Politik zu stärken, was die entscheidende Voraussetzung für die Transformation der Gesellschaft und für die Überwindung des Kapitalismus von heute ist;
- die kapitalistischen Verhältnisse von heute mit demokratischen Mitteln zu bekämpfen;
- die Zusammenarbeit der Parteien und politischen Organisationen auf allen Ebenen zu festigen;
- den Vergleich ihrer Analysen und die Abstimmung ihrer Orientierungen auf europäischer Ebene zu fördern;

- mit anderen politischen Zusammenschlüssen auf europäischer Ebene, die ähnliche Zielstellungen verfolgen, zusammenzuarbeiten;
- eine europäische Öffentlichkeitsarbeit zu fördern, die die Herausbildung einer europäischen Identität entsprechend unseren Werten und Zielen aktiv unterstützt;
- bei der Vorbereitung von Europawahlen und europaweiten Referenden zusammenzuarbeiten;
- gesamteuropäische Initiativen der EL und ihrer Mitgliedsparteien – auch gemeinsam mit anderen Parteien, Partei-

en-Netzwerken und NGOs zu initiieren, vorzubereiten und zu unterstützen;

- alle Entscheidungen von Mitgliedsparteien und gesellschaftlichen Organisationen der EL zu Problemen und Positionen, die das eigene Land betreffen, strikt in der souveränen Zuständigkeit der nationalen Parteien zu belassen.

Die EL setzt sich nachdrücklich für die Gleichstellung der Geschlechter in allen Lebensbereichen ein. Feminismus, Gender-Mainstreaming und Gender-Demokratie sind Grundbausteine für das Funktionieren und die Entwicklung der EL.

3. Mitgliedschaft

ARTIKEL 5

- Gründungsmitglieder der Europäischen Linken sind sozialistische, kommunistische, rot-grüne und andere demokratische Linksparteien in den Mitglieds- und assoziierten Staaten der Europäischen Union (EU), die entsprechend den Vereinbarungen, Grundüberzeugungen und Zielen, die im politischen Programm (Manifest) festgehalten sind, zusammenarbeiten und auf allen politischen Handlungsebenen in Europa vielfältige Kooperationsformen entwickeln. Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der Partei der Europäischen Linken ist die Zustimmung zum Statut.
- Die Mitgliedschaft in der Europäischen Linken steht allen linken Parteien und po-

litischen Organisationen in Europa offen, die mit den Zielen und Prinzipien des politischen Programms (Manifests) übereinstimmen und dieses Statut anerkennen. Über ihre Mitgliedschaft wird von den Mitgliedsparteien entschieden.

- Andere Parteien und politische Organisationen können Beobachterstatus beantragen oder von Mitgliedsparteien eingeladen werden, Beobachter der Europäischen Linken zu werden.
- Die Zahl der Mitgliedsparteien ist unbegrenzt, aber die Mindestzahl von Vollmitgliedern beträgt drei. Sollte die Zahl unter diese Schwelle sinken, ist die Vereinigung verpflichtet, ihre Auflösung einzuleiten.

ARTIKEL 6 (MITGLIEDER)

Die Europäische Linke besteht aus:

- den Mitgliedsparteien/politischen Organisationen mit vollen Rechten,
- den Beobachterparteien/politischen Organisationen,
- Einzelmitgliedern,
- Partnern der EL.

Mitgliedsparteien

der Europäischen Linken sind:

- die Arbeiterpartei 2006, Ungarn.
- die Belarussische Partei der Linken »Gerechte Welt«,
- die Bulgarische Linke,
- DIE LINKE, Deutschland,
- Die Linken, Luxemburg,
- die Einheitsliste – Die Rot-Grünen, Dänemark,
- die Estnische Vereinigte Linkspartei,
- die Französische Kommunistische Partei,
- die Freiheits- und Solidaritätspartei, Türkei,
- die Initiative für Demokratischen Sozialismus, Slowenien,
- die Koalition der Radikalen Linken (SYRIZA), Griechenland,
- die Kommunistische Partei Finnlands,
- die Kommunistische Partei Österreichs,
- die Kommunistische Partei Spaniens,
- die Kommunistische Partei Wallonien-Brüssel, Belgien,
- der Linksblock, Portugal,
- der Linksbund, Finnland,
- die Linkspartei, Frankreich,
- die Partei der Arbeit der Schweiz,
- die Partei der Kommunisten der Republik Moldau,

- die Partei der Kommunistischen Wiedergründung, Italien,
- die Partei des Demokratischen Sozialismus, Tschechische Republik,
- die Partei für Ökosozialismus und Nachhaltige Entwicklung Sloweniens,
- die Rumänische Sozialistische Partei,
- die Vereinigte Linke, Spanien,
- die Vereinigte und Alternative Linke, Katalonien, Spanien,

Beobachterparteien

der Europäischen Linken sind:

- Ein anderes Europa mit Tsipras, Italien,
- die Fortschrittspartei des Werktätigen Volkes (AKEL), Zypern,
- die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens, Tschechische Republik,
- die Kommunistische Partei der Slowakei,
- Linke Einheit, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland,
- die Neue Zypernpartei,
- die Partei Vereinigtes Zypern,
- VEGA, Belgien,

EL- Partner sind:

- Der Wandel, Österreich,
- Die Linke - Linkspartei, Ungarn,
- Gemeinsam!, Frankreich,

ARTIKEL 7 (NEUMITGLIEDER, BEITRITT UND SUSPENDIERUNG)

(1) Mitglied der EL mit allen Rechten und Pflichten können Linksparteien bzw. politische Organisationen werden, die im Europäischen Parlament oder in den nationalen oder regionalen Parlamenten und Versammlungen der ein-

zelen EU-Mitgliedstaaten vertreten sind.

In Mitgliedstaaten der EU, die über keine regionalen Untergliederungen verfügen, ist es für eine Partei oder politische Organisation ausreichend, in einer kommunalen Versammlung vertreten zu sein, wenn diese mindestens 20 Prozent der Bevölkerung des Landes repräsentiert.

Parteien oder politische Organisationen aus Mitgliedstaaten oder Nicht-Mitgliedstaaten der EU können Mitglied der Europäischen Linken mit vollständigen Rechten werden, ob sie nun in den Parlamenten der verschiedenen Ebenen vertreten sind oder nicht.

(2) Die Mitgliedschaft in der EL schließt die Zugehörigkeit zu anderen Zusammenschlüssen, auch außerhalb der Europäischen Union, nicht aus, vorausgesetzt, ihr Handeln widerspricht nicht den Zielen und Prinzipien der EL. Zugleich lässt die Struktur der EL die Möglichkeit offen, dass sich ihr politisch nahe stehende politische Organisationen flexibel in ihre Aktivitäten einbringen können. Wenn das für beide Seiten wünschenswert ist, kann die EL zu diesem Zweck ein Kooperationsprotokoll vereinbaren und die betreffenden Organisationen erhalten das Recht, sich als »Partner der EL« zu bezeichnen. Hauptkriterium hierbei ist die politische Zustimmung zu den Grundpositionen der EL. Der Entscheidungsprozess innerhalb der EL darüber folgt den Regeln für die Entscheidung über Mitgliedschaftsfragen.

(3) Die Prüfung und Entscheidung über die Mitgliedschaft in der EL erfolgt auf

der Basis eines Vorschlages des Vorstandes durch den Rat der Vorsitzenden, die Ratifizierung durch die Generalversammlung auf Vorschlag des Vorstandes entsprechend dem Antrag, der eingereichten Satzung und Programmatik der um Mitgliedschaft nachsuchenden Partei. Die Entscheidung im Rat der Vorsitzenden muss im Konsens erfolgen.

(4) Die zeitweilige/provisorische Suspendierung der Beteiligung an Aktivitäten der EL oder die Annullierung der Mitgliedschaft im Falle einer ernsthaften Verletzung von Statut und politischen Zielen der EL durch eine Partei oder politische Organisation erfolgen nach dem gleichen Verfahren wie die Aufnahme.

(5) Anträge auf Beobachterstatus werden auf dieselbe Weise entschieden, ohne die Notwendigkeit einer Ratifizierung. Parteien oder politische Organisationen mit Beobachterstatus nehmen an den Zusammenkünften, zu denen sie eingeladen werden, in beratender Eigenschaft teil. Sie können dem Vorstand Vorschläge zur Prüfung und Entscheidung übergeben.

(6) Parteien oder politische Organisationen, die als Mitglied aus der EL ausscheiden wollen, haben dies offiziell zu erklären.

ARTIKEL 8 (EINZELMITGLIEDER)

Als Beitrag zu ihrer künftigen Entwicklung räumt die EL die Möglichkeit der Einzelmitgliedschaft ein. In Ländern, in denen es Parteien oder politische

Organisation mit Vollmitgliedschaft gibt, kann jede Mitgliedspartei oder politische Organisation diese Möglichkeit ausüben und über das geeignetste praktische Vorgehen im eigenen Land selbständig entscheiden.

Danach können Einwohnerinnen und Einwohner eines EU-Mitgliedstaates Einzelmitglied der EL werden. In Ländern, wo Mitgliedsparteien oder politische Organisationen der EL mit vollständigen Rechten bestehen, können sie Freundschaftskreise mit diesen Parteien der Europäischen Linken bilden. Bürger anderer mit der EU assoziierter europäischer Staaten können ebenfalls um Einzelmitgliedschaft nachsuchen. Sie können eine nationale Gruppe von individuellen Mitgliedern bilden oder einer solchen beitreten und sich um den Beobachterstatus in der EL bewerben.

ARTIKEL 9 (POLITISCHE STIFTUNG)

Die europäische politische Stiftung Transform! Europe ist mit der EL verbunden.

ARTIKEL 10 (RECHTE UND PFLICHTEN VON MITGLIEDS- UND BEOBACHTERPARTEIEN)

Die Mitgliedsparteien haben die folgenden Rechte:

- das Recht auf Teilnahme an den Treffen und auf Abstimmung über alle Fragen,
- das Initiativrecht für Dokumente und Positionen der EL,

- das Vorschlagsrecht für gemeinsame Aktivitäten der EL.

Die Beobachterparteien und Einzelmitglieder haben dieselben Rechte mit Ausnahme des Rechts zur Abstimmung. Dasselbe gilt für Partner der EL.

Die Mitgliedsparteien haben die folgenden Pflichten:

- die Pflicht zur Befolgung der gültigen Dokumente (Statut, programmatische Dokumente) der EL,
- die Pflicht zur Zahlung von Mitgliedsbeiträgen,
- die Pflicht, den Kontakt mit den Führungsorganen der Partei zu halten.

Die Beobachterparteien und die Einzelmitglieder haben dieselben Pflichten, außer der Pflicht zur Zahlung von Mitgliedsbeiträgen.

4. Organe der EL und Beschlussfassung

ARTIKEL 11

Die Europäische Linke hat nachfolgende

Organe:

- den Kongress
- die Generalversammlung
- den Rat der Vorsitzenden
- den Vorstand
- die Präsidentschaft
- das Politische Sekretariat

Arbeitsweise:

ARTIKEL 12

– Die Arbeit der Organe der EL ist offen und transparent zu gestalten, ihre Dokumente werden veröffentlicht. Sie werden allen Mitgliedsparteien/politischen Organisationen zugeleitet.

– Für die konkrete Arbeitsweise aller Organe sowie die Vorschriften betreffend den Entscheidungsprozess müssen diesen Organen auf Vorschlag des Rates der Vorsitzenden Verfahrensregeln ausgearbeitet und beschlossen werden.

– In Beachtung der Werte der Gender-Demokratie muss der Anteil der Frauen in allen Organen (mit Ausnahme des Rates der Parteivorsitzenden) 50 Prozent betragen.

– Im Sinne des pluralistischen Selbstverständnisses sind von der EL Verfahren zu wählen, die die Rechte von unterschiedlichen Tendenzen gewährleisten.

ARTIKEL 13

(1.) Die EL ist bestrebt, mit Parlamentsfraktionen der Linken in anderen europäischen Organen und Zusammenschlüssen eng zusammen zu arbeiten.

(2.) Die EL schafft Formen der Zusammenarbeit mit Jugendorganisationen der europäischen Linken, die nationale oder regionale Organisationen wie auch europäische und andere internationale Zusammenschlüsse vertreten können.

Der Kongress

ARTIKEL 14

Der Kongress hat alle Rechte der Generalversammlung. Zusätzlich wählt er

– die Vorsitzende/den Vorsitzenden der EL und eine/n oder mehrere stellvertretende/n Vorsitzende/n auf Vorschlag des Rates der Parteivorsitzenden nach dem Rotationsprinzip;

– die Schatzmeisterin/den Schatzmeister auf Vorschlag des Vorstandes;

– den Vorstand, der aus je zwei von jeder Mitgliedspartei nominierten Mitgliedern besteht;

– wählt mindestens drei, aber jedenfalls eine ungerade Zahl von Rechnungsprüferinnen und -prüfern;

ARTIKEL 15

Der Kongress tagt mindestens einmal in drei Kalenderjahren. Er wird vom Vorstand einberufen, der auch über die Einberufung eines außerordentlichen Kongresses entscheiden kann. In dem Jahr, in dem der Kongress zusammenkommt, erfüllt er auch die Aufgaben der Generalversammlung.

Der Kongress wird abwechselnd in verschiedenen Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder in europäischen Ländern abgehalten, wo Parteien bzw. politische Organisationen Mitglied der EL sind.

Der Kongress kann auf Verlangen von mindestens 25 Prozent seiner Mitglieder zusammentreten.

ARTIKEL 16

Der Kongress setzt sich wie folgt zusammen:

Jede Mitgliedspartei entsendet 12 Delegierte. Der Delegiertenschlüssel wird vom Kongress jeweils für den nächsten Kongress festgelegt.

Die Delegierten werden von ihren Parteien unter Berücksichtigung der Gendergleichheit, also mit mindestens 50 Prozent Frauen, gewählt.

Der Delegiertenschlüssel für den Gründungskongress wird vom Rat der Vorsitzenden im Konsensverfahren festgelegt. Die Parteien müssen die Delegiertenzahl nicht voll ausschöpfen.

Als Beobachter ohne Stimmrecht nehmen teil:

– Vertreter/-innen der Beobachterparteien/politischen Organisationen,

– Mitglieder des Vorstandes, die nicht Delegierte sind,

– Eingeladene und Gäste, die Mitglieder der Parlamentsfraktionen linker Parteien im Europäischen Parlament, in nationalen Parlamenten oder in anderen europäischen Gremien resp. Zusammenschlüssen sind.

ARTIKEL 17

Der Vorstand kann außerdem Vertreterinnen und Vertreter anderer Parteien oder Organisationen zum Kongress der EL einladen.

Der Rat der Vorsitzenden

ARTIKEL 18

Der Rat der Vorsitzenden tritt mindestens einmal im Jahr zusammen.

Ihm gehören an:

– die Vorsitzenden der Mitgliedsparteien,
– die/der Vorsitzende und die/der stellvertretende Vorsitzende der EL.

Der Rat der Vorsitzenden kann Vertreterinnen und Vertreter von anderen Organen der EL oder Mitgliedsparteien/politischen Organisationen zu seinen Sitzungen einladen.

Zur Vorbereitung des Gründungskongresses der EL wird ein provisorischer Rat der Vorsitzenden gebildet, dem die Vorsitzenden aller Mitgliedsparteien angehören.

ARTIKEL 19

- Der Rat der Vorsitzenden hat gegenüber dem Vorstand das Initiativ- und in wichtigen politischen Fragen ein Einspruchsrecht.
- Der Rat der Vorsitzenden nimmt Entschlüsse und Empfehlungen an, die an den Vorstand und den Kongress weitergeleitet werden.
- Der Rat der Vorsitzenden entscheidet über Anträge auf Mitgliedschaft in der EL.

Der Vorstand

ARTIKEL 20

Dem Vorstand gehören an:

- die/der Vorsitzende und ein/e oder mehrere stellvertretende/r Vorsitzende/r,
- die/der Schatzmeister/in,
- weitere vom Kongress gewählte Mitglieder entsprechend einem Schlüssel von zwei Personen auf nach Geschlecht quotierter Basis aus jeder Mitgliedspartei.

ARTIKEL 21

Vorstandssitzungen finden mindestens zweimal im Jahr statt.

Die Einberufung des Vorstandes kann auch von einer Mitgliedspartei/politischen Organisation beantragt werden.

ARTIKEL 22

- Der Vorstand führt Entscheidungen auf der Grundlage und der Orientierung des Kongresses und der Generalversammlung und in Übereinstimmung mit dem Rat der Vorsitzenden aus.
- Der Vorstand ist für die Organisation der täglichen Arbeit der EL verantwortlich. Er ist verantwortlich für die Einsetzung, Zusammenstellung und Funktionsfähigkeit des Politischen Sekretariats. Er hat die Regeln seiner eigenen Arbeit sowie diejenigen der Arbeit des Sekretariats zu beschließen.
- Er bestimmt die politischen Leitlinien der Partei zwischen den Generalversammlungen. Er schlägt vor und plant und beruft politische Initiativen für die EL ein und beruft Konferenzen oder thematische Zusammenkünfte ein. Er bildet permanente oder ad-hoc-Arbeitsgruppen, deren Verantwortliche er auswählt und deren Aufgaben er festlegt.
- Der Vorstand beruft den Kongress und die Generalversammlung ein, legt deren Zeitpunkt und Tagungsort fest, schlägt Geschäfts- und Tagungsordnung vor.
- Der Vorstand ist ermächtigt, entsprechend dem vom Kongress in Übereinstimmung mit dem Rat der Vorsitzenden beschlossenen Aktionsplan zu besonderen politischen Fragen oder Angelegenheiten ad-hoc-Arbeitsgruppen einzusetzen.

Die Generalversammlung

ARTIKEL 23

Die Generalversammlung besteht aus den Mitgliedern des Vorstandes und den Mitgliedern des Rates der Vorsitzenden. Bei der Einberufung der Generalversammlung kann der Vorstand entscheiden, mehr Delegierte der Mitgliedsparteien hinzuziehen, wobei aber das Prinzip der gleichen Vertretung respektiert werden soll.

ARTIKEL 24

Die Generalversammlung tritt einmal im Jahr zusammen, mit Ausnahme der Jahre, in denen der Kongress zusammenkommt; in diesen Jahren ersetzt die Tagung des Kongresses die der Generalversammlung.

ARTIKEL 25

Die Generalversammlung

- bestimmt die politischen Leitlinien der Partei zwischen den Kongressen und passt die Entscheidungen des Kongresses der aktuellen politischen Situation an;
- beschließt den jährlichen Arbeitsplan der EL;
- bestimmt die politische Plattform und die Strategie für die Wahlen zum Europäischen Parlament;
- nimmt Stellung zum Tätigkeitsbericht der Partei über den vorangegangenen Zeitraum sowie zum Programm für die weitere Arbeit, die ihm vom Vorstand vorgelegt werden;

– schlägt Diskussionen von und/oder in Mitgliedsparteien/politischen Organisationen über politische Entwicklungen oder besondere Fragen vor.

– Änderungen dieses Statuts und des politischen Programms (Manifest) werden vom Kongress nach einer sorgfältigen Diskussion der Frage innerhalb jeder Mitgliedspartei beschlossen. Wenn durch Änderungen in der europäischen oder nationalen Gesetzgebung in der Zeit zwischen zwei Kongressen ein Konflikt zwischen diesem Statut und den geltenden europäischen Regelungen entsteht, ist die Generalversammlung berechtigt, auf der Grundlage von Vorschlägen des Vorstandes vorläufige Änderungen des Statuts zu beschließen, um es in Übereinstimmung mit den europäischen Regelungen zu bringen. Diese Änderungen sind zeitweilig. Über ihre Bestätigung oder Ablehnung hat der nächste EL-Kongress zu entscheiden.

Die Präsidentschaft

ARTIKEL 26

Die/der Vorsitzende wird vom Kongress gewählt. Ein Kandidat für die/den Vorsitzende/n der EL wird vom Rat der Parteivorsitzenden bis zum Abschluss des nächsten Kongresses vorgeschlagen. Die Kandidatur soll dem Rotationsprinzip folgen.

Auf Vorschlag des Rates der Vorsitzenden wählt der Kongress quotiert nach Geschlecht eine/n oder mehrere stellvertretende/n Vorsitzende/n.

ARTIKEL 27

Wird das Amt der oder des Vorsitzenden vor dem nächsten ordentlichen Kongress frei, bestimmt der Vorstand eine/n geschäftsführende/n Vorsitzende/n für den Zeitraum bis zum nächsten Kongress.

ARTIKEL 28

Die/der Vorsitzende vertritt die EL öffentlich in Kontakten mit Vertreter/-innen von Organisationen und Institutionen, einschließlich Institutionen der EU, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Verbänden.

Die/der Vorsitzende wird in der Ausübung seiner Funktion von der/dem/den stellvertretenden Vorsitzenden unterstützt.

Das Politische Sekretariat

ARTIKEL 29

Das Sekretariat führt die Beschlüsse der Organe der EL aus. Es wird von einer Koordinatorin oder einem Koordinator geleitet. Es besteht aus Mitgliedern, die vom Vorstand auf der Grundlage eines Vorschlages des Rates der Vorsitzenden unter Beachtung der Geschlechterparität gewählt werden. Im Einzelnen ist es verantwortlich für:

- die Unterstützung der Präsidentschaft,
- das Führen der laufenden Geschäfte und die Vorbereitung der Vorstandssitzungen,
- die Ausführung der Beschlüsse des Vorstandes und der von ihm erteilten Aufträge,
- die Aufrechterhaltung enger Kontakt zu allen Führungen der Mitgliedsparteien,
- die Aufrechterhaltung der Kontakte zu den Mitglieds- und Beobachterparteien/politischen Organisationen,
- die Unterstützung der EL-Arbeitsgruppen,
- die Beziehungen zu den Medien in Zusammenarbeit mit der Präsidentschaft,
- die Aufrechterhaltung der Verbindung der EL zu den Parlamentsfraktionen im Europäischen Parlament, in anderen europäischen und internationalen Gremien, wo Mitgliedsparteien der EL tätig sind,
- die Führung des Archivs,
- die Gewährleistung der Transparenz der politischen Arbeit,
- die Anleitung der Arbeit des EL-Büros,
- die Berichtsführung über seine Arbeit zu jedem Vorstandstreffen.

5. Die Finanzen der EL

ARTIKEL 30

Die Partei der Europäischen Linken finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und öffentlichen Zuwendungen.

Der Vorstand bewilligt den von der/dem Schatzmeister/in vorgeschlagenen

Haushalt nach seiner Verabschiedung beim Treffen der Schatzmeister/-innen der Mitgliedsparteien. Der Haushalt soll gemäß der Vorschriften und Regeln über die Finanzierung von politischen Parteien auf europäischer Ebene vorbereitet und bewilligt werden.

6. Auflösung der EL

ARTIKEL 31

Die Auflösung der EL erfordert einen Beschluss der Generalversammlung. Alles Eigentum und alle Verbindlichkeiten, die

zur Zeit der Auflösung bestehen, werden zwischen den Mitgliedsparteien in Höhe der von ihnen erbrachten finanziellen Beiträge aufgeteilt.

Organisation der Partei der Europäischen Linken (EL)





Die Partei der Europäischen Linken ist eine 2004 gegründete europäische politische Partei. Mitglieder- und Beobachterparteien der EL sind sozialistische, kommunistische, rot-grüne und andere demokratische linke Parteien. Ihre Grundprinzipien und politischen Ziele wurden im Programm der EL 2004 festgelegt. Die Mitgliedschaft in der EL ist jeder linken Partei und politischen Organisation in Europa offen, die mit dem EL-Programm übereinstimmt und die EL-Satzung anerkennt. Derzeit (März 2017) gehören der EL 27 Mitglieds- und 12 Beobachter- und Partnerparteien an.

MITGLIEDSPARTEIEN

BELARUS

Belarussische Linkspartei

»Gerechte Welt«

Беларуская партыя левых

‘Справядлівы свет’

www.camarade.biz

BELGIEN

Kommunistische Partei

Parti Communiste (Wallonie-Bruxelles)

www.particomuniste.be

BULGARIEN

Bulgarische Linke

Българската левица

www.levicata.org

DÄNEMARK

Rot-Grüne Allianz

Enhedslisten – De Rød-Grønne

www.enhedslisten.dk

DEUTSCHLAND

DIE LINKE

www.die-linke.de

ESTLAND

Estnische Vereinigte Linkspartei

Eestimaa ühendatud vasakpartei

www.vasakpartei.ee

FINNLAND

Kommunistische Partei Finnlands

Suomen kommunistinen puolue

www.skp.fi

Linke Allianz

Vasemmistoliitto

www.vasemmisto.fi

FRANKREICH

Kommunistische Partei Frankreichs

Parti communiste français

www.pcf.fr

Linkspartei

Le Parti de Gauche

www.lepartidegauche.fr

GRIECHENLAND

Syriza

ΣΥΡΙΖΑ

www.syriza.gr

ITALIEN

Partei der kommunistischen

Wiedergründung

Partito della rifondazione comunista

www.rifondazione.it

LUXEMBURG

Die Linke

Déi Lénk

www.dei-lenk.lu

ÖSTERREICH

Kommunistische Partei Österreichs

www.kpoe.at

PORTUGAL

Linksblock

Bloco de Esquerda Portugal

www.esquerda.net

REPUBLIK MOLDAU

Partei der Kommunisten der Republik

Moldau

Partidul Comuniștilor din Republica

Moldova

www.pcrm.md

RUMÄNIEN

Sozialistische Allianzpartei

Partidul Alianta Socialista

www.pasro.ro

SAN MARINO

San-marinesische Kommunistische

Wiedergründung

Rifondazione Comunista Sammarinese

www.sxun.org

SCHWEIZ

Partei der Arbeit der Schweiz

Parti Suisse du Travail

Partito Svizzero del Lavoro

www.pda.ch (de)

www.pst.ch (fr)

www.pdl.ch (it)

SLOWENIEN

Initiative für

demokratischen Sozialismus

Iniciativa za demokratični socializem

www.democraticni-socializem.si

Partei für Ökosozialismus und nachhaltige Entwicklung Sloweniens

Stranka za ekosocializem in trajnostni razvoj Slovenije

www.gibanje-trs.si

SPANIEN

Kommunistische Partei Spaniens

Partido Comunista de España

www.pce.es

Vereinigte Linke

Izquierda Unida

www.izquierda-unida.es

Vereinigte und Alternative Linke (Katalonien)

Esquerra Unida i Alternativa

www.euia.cat

TSCHECHISCHE REPUBLIK

Partei des demokratischen Sozialismus

Strana demokratického socialismu

www.sds.cz

TÜRKEI

Partei der Freiheit und Solidarität

Özgürlük ve Dayanışma Partisi

www.odp.org.tr

UNGARN

Arbeiterpartei Ungarns 2006

Magyarországi Munkáspárt 2006

www.munkaspart-2006.hu

BEOBSACHTERPARTEIEN

BELGIEN

VEGA

www.mouvement-vega.be

ITALIEN

Partei der italienischen Kommunisten

Partito dei Comunisti Italiani

www.comunisti-italiani.it

Das andere Europa mit Tsipras

L'Altra Europa con Tsipras

www.listatsipras.eu

SLOWAKEI

Kommunistische Partei der Slowakei

Komunistická strana Slovenska

www.kss.sk

TSSCHECHISCHE REPUBLIK

Kommunistische Partei

Böhmens und Mährens

Komunistická strana Čech a Moravy

www.kscm.cz

VEREINIGTES KÖNIGREICH

Linke Einheit

Left Unity

<http://leftunity.org>

ZYPERN

Neue Zypern Partei

Yeni Kıbrıs Partisi

www.ykp.org.cy

Fortschrittspartei des werktätigen Volkes

Ανορθωτικό Κόμμα Εργαζόμενου Λαού

www.akel.org.cy

Vereinigte Zypern Partei

Birleşik Kıbrıs Partisi

www.birlesikkibrispartisi.org

PARTNER

FRANKREICH

Gemeinsam!

Ensemble!

<http://ensemble-fdg.org/>

ÖSTERREICH

Der Wandel

<https://www.derwandel.at/>

UNGARN

Die Linke

A BAL – Balpart

<http://abal.hu/>

VEREINT FÜR EINE LINKE ALTERNATIVE IN EUROPA

»Wir fühlen uns den Werten und Traditionen des Sozialismus, des Kommunismus und der Arbeiterbewegung, der feministischen Bewegung und der Geschlechter-Gleichheit, der Umweltbewegung und einer nachhaltigen Entwicklung, des Friedens und der internationalen Solidarität, der Menschenrechte, des Humanismus und des Antifaschismus, des progressiven und liberalen Denken im nationalen und internationalen Rahmen verpflichtet.«

Programm der Partei der Europäischen Linken, 2004

KONGRESS

Der Kongress setzt sich aus allen Mitglieds- und Beobachterparteien (ohne Stimmrecht) zusammen. Er tagt mindestens einmal in drei Jahren abwechselnd in den europäischen Ländern der Mitgliedsparteien. Er wählt den Vorsitz und den Vorstand der EL und beschließt Anträge.

GENERALVERSAMMLUNG

Die mit dem 5. Kongress neu gegründete Generalversammlung besteht aus dem Vorstand und dem Rat der Vorsitzenden, die noch weitere Delegierte der Mitgliedsparteien hinzuziehen können. Sie tritt einmal jährlich zusammen, außer in Jahren, in denen der Kongress stattfindet.

POLITISCHES SEKRETARIAT

Das Sekretariat führt die Beschlüsse der Organe der EL aus. Es wird von einer Koordinatorin oder einem Koordinator geleitet. Es besteht aus Mitgliedern, die vom Vorstand auf der Grundlage eines Vorschlages des Rates der Vorsitzenden unter Beachtung der Geschlechterparität gewählt werden.

VORSTAND

Der Vorstand der Partei der Europäischen Linken wurde während ihres 5. Kongres-

ses vom 16.–18. Dezember 2016 in Berlin gewählt. Der Vorstand setzt sich zusammen aus der oder dem Vorsitzenden und ihren Stellvertreter*innen, der oder dem Schatzmeister*in und weiteren Mitgliedern, die vom Kongress unter Beachtung der Geschlechtergerechtigkeit gewählt werden.

RAT DER VORSITZENDEN

Der Rat der Vorsitzenden trifft sich mindestens zwei Mal jährlich. Mitglieder sind alle Vorsitzenden der Mitgliedsparteien sowie der/die Vorsitzende der EL und seine/ihre Stellvertreter*innen. Er hat mit Bezug auf den Vorstand das Recht zur Initiative und Ablehnung bei wichtigen politischen Ereignissen und nimmt Beschlüsse und Empfehlungen vom Vorstand entgegen. Er entscheidet über Mitgliedsanträge an die EL.

NETZWERKE

- EL-FEM Netzwerk
- Gewerkschaftsnetzwerk
- Balkanetzwerk
- Kulturnetzwerk

ARBEITSGRUPPEN

- Afrika
- Bildung

- Freiheits- und Bürgerrechte
- Frieden
- Jugend
- Landwirtschaft
- Lateinamerika
- LGBT
- Migration
- Mittel- und Osteuropa
- Naher Osten
- Öffentliche Dienste
- Öffentlichkeitsarbeit
- Umwelt
- USA/Kanada
- Wirtschaftspolitik

KONTAKT

Europäische Linke

Party of the European Left (EL)

Square de Meeus 25

1000 Brussels, Belgium

Tel: +32 2 5022606, Fax: +32 2 5020173

Email: info@european-left.org

www.european-left.org

Mitglied für DIE LINKE im Politischen Sekretariat

Heinz Bierbaum heinz.bierbaum@die-linke.de

Mitglieder für DIE LINKE im Vorstand

Judith Benda judith.Benda@die-linke.de

Claudia Haydt claudia.Haydn@die-linke.de

IMPRESSUM

Herausgegeben

vom Bereich Internationale Politik in der
Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE

V. i. S. d. P. Andreas Günther

Redaktion

Uta Wegner, Brigitte Holm

Übersetzungen

Uta Wegner, Oliver Schröder,
Andreas Günther, Julia Wiedemann

Fotos

Martin Heinlein, Rico Prauss (Seite 2)

Berlin 2017

